NR.77 24. Jahrgang Sommer 2004 4 €

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



mit Beiträgen von:

Jörg Auberg
Uri Avnery
Noam Chomsky
Eduardo Galeano
Helmut Haasis
Tom Kucharz u. a.

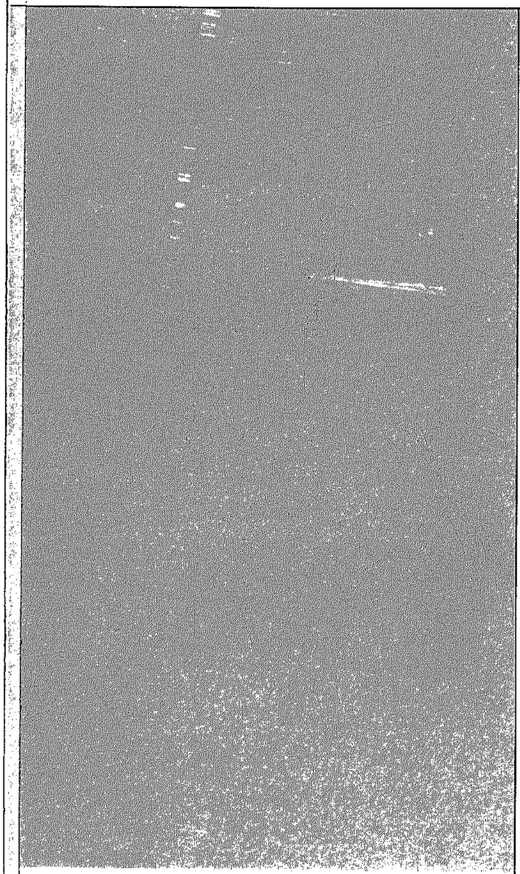
Themen sind u. a.

Flüchtlingspolitik • „Krieg gegen den Terror“ • Ossietzky-Preis für Noam Chomsky

Inhalt

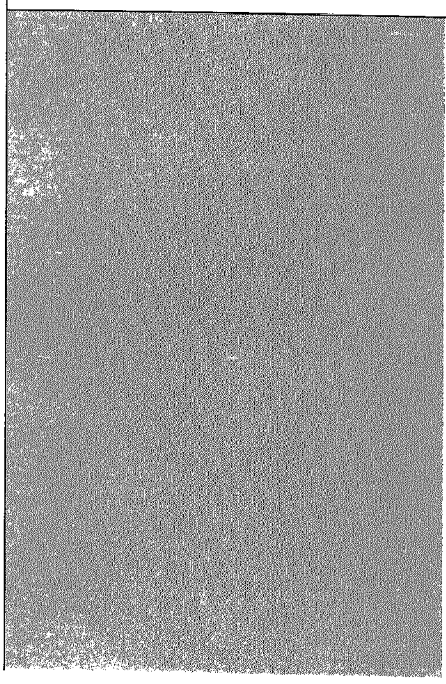
Titelphoto: Christian Ditsch, version





„Es ist unvorstellbar uns die Geschichte andersherum vorzustellen. Zum Beispiel, was wäre passiert, wenn der Irak die Vereinigten Staaten überfällt, mit der Begründung, dass die USA Massenvernichtungswaffen hat? Oder wenn die Botschaft Venezuelas in Washington einen Coup gegen George W. Bush angetrieben und gefeiert hätte, einen solchen wie jenen, welche die US Botschaft in Caracas gegen Hugo Chavez veranstaltet hat? Oder wenn die Regierung Kubas 637 Mordanschläge gegen US Präsidenten organisiert hätte, als Antwort auf die 637 Mal, welche die USA versucht haben Fidel Castro zu ermorden?" Mit diesem kleinen Rollentausch verdeutlicht Eduardo Galeano in seinen Artikel *Schlechte Angewohnheiten*, die Absurdität in globaler Großmachtspolitik ethische Werte oder gar einen Kampf der Kulturen hineinzuinterpretieren. Zumal die Werte, für die die „Koalition der Willigen" angeblich in den Krieg zogen, zu Staub zerfallen, sich nicht mehr in der irakischen Wüste auffinden lassen. Beginnend mit den Massenvernichtungswaffen, weitergehend mit der Installierung einer demokratischen Regierung, bis zu der Abschaffung eines Regimes, in der die Folter von Gefangenen gängiges Prinzip war. Nichts. Gar nichts mehr ist vorhanden. Lediglich der Mammon, sprudelnd aus den schwarzen Quellen, bleibt als Kriegsgrund. Es ist wirklich keine neue weltpolitische Einsicht, wie mensch in älteren Schriften von Noam Chomsky nachlesen kann, der im Mai diesen Jahres mit dem Carl-von-Ossietzky-Preis ausgezeichnet wurde. Seit Jahrzehnten analysiert er die us-amerikanische Außenpolitik kritisch und sehr faktenreich, was auch eine spätere Lektüre empfehlenswert macht. Dass es die amerikanischen Regierungen in der Außenpolitik mit den „demokratischen Grundwerten" nicht ganz ernst nehmen, ist eine „Kontinuität in der Außenpolitik". Die Artikel von Jane Franklin *(Durch den Spiegel in Guantanamo)* und Gregory Palast *(Maulkorb für Michael Moore)* beleuchten zwei Aspekte dieser eigentümlichen Interpretation von demokratischen Grundwerten, die des Rechtsstaates, anhand von Guantanamo, und der Meinungsfreiheit, anhand der Schwierigkeiten von Michael Moore einen us-amerikanischen Vertrieb für seinen neuen Film zu finden. Und was ist mit „old europe"? Der Artikel von Tom Kucharz gibt Antwort.

Bleibt noch der Ausblick auf die nächste Ausgabe. Sie wird sich im Schwerpunkt mit der gegenwärtigen Tendenz zur Kontrollgesellschaft auseinandersetzen.



Unterstützungsmöglichkeiten unseres Neuanfangs:

Erst einmal danke für die Unterstüzung des Schwarzen Fadens, vor allem was den Vertrieb der Zeitschrift betrifft, aber natürlich freuen wir uns nach wie vor über Angebote zu Mitarbeit. Finanzen: Damit der Schwarze Faden weiterhin gesichert erscheinen kann, suchen wir UnterstützerInnen. Es gibt aus der Vergangenheit Menschen, die dem Faden monatlich 10.-, 15.- oder 20.- Euro zukommen ließen und hoffen, dass sie zahlreicher werden. Wir bedanken uns für dieses Vertrauen.

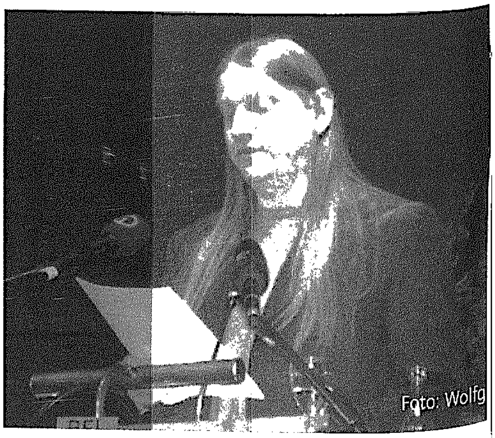
Mitarbeit: Ob es nun Hilfe für das Layout, das dezentral unterstützt werden kann, für einzelne Bürotätigkeiten, die ausgelagert werden können, in Form von Artikeln, Interviews vor Ort, Fotos oder beim Wiederverkauf der Hefte zu 30% Rabatt sind nach wie vor gerne gesehen .

Wir freuen uns, dass wir für einzelne Tätigkeiten bereits Unterstützung erhalten haben, so werden Mahnungen und eventuelle e-mail-Rundbriefe in Zukunft aus der Schweiz versandt werden, der Vertrieb der Zeitschriften wird von Hamburg aus erfolgen. Dieses Konzept, die Tätigkeiten um den SF und für den SF weiter zu dezentralisieren und auf viele Schultern zu verteilen, scheint uns der richtige Weg, um die Überlastung einzelner Mitarbeiter, wie sie sich in der Vergangenheit nur allzu häufig einschlich, zu vermeiden und das Erscheinen des SF sicherer zu machen. Der Schwarze Faden erscheint als eigenständiges Projekt, er fühlt sich aber nach wie vor mit der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft eG eng verbunden.

Im Internet findet mensch den SF und den Trotzdem-Verlag weiterhin unter folgenden Seiten: **www.schwarzerfaden.de** e-mail an **trotzdemusf@t-online.de**

„Das Verschw

von Wolfgang Haug



Nach Uri Avnery vor zwei Jahren feierte die Stadt Oldenburg mit Noam Chomsky erneut einen würdigen Preisträger. Dem Chomsky-Übersetzer, Mumia-Aktivisten, GWR- und SF-Übersetzer und Autor Michael Schiffmann blieb die ehrenvolle Aufgabe, Chomsky in einer Laudatio vorzustellen. Seinen Schwerpunkt legte er dabei ganz deutlich auf Chomskys anarchistisches Anliegen, dass jede und jeder aktiv werden, sich einmischen und an seine/ihre Wirkungsmöglichkeit glauben soll. Schiffmann unterschied sich dabei wohltuend von Rednern wie dem Oldenburger Bürgermeister Schulz oder diversen Professoren, die es nicht lassen konnten, etwas von der „Berühmtheit" ihres Gasts auf sich selbst überleiten zu wollen.

Schiffmann reichte im Zweifelsfall Chomsky in Originalzitaten seine Stimme: *„Es ist meines Erachtens vollkommen richtig, in jedem Aspekt des Lebens die jeweiligen autoritären, hierarchischen und herrschaftsbestimmten Strukturen ausfindig zu machen und klar zu umreißen, und dann zu fragen, ob sie notwendig sind; wenn es keine spezielle Rechtfertigung für sie gibt, sind sie illegitim und sollten beseitigt werden, um den Spielraum der menschlichen Freiheit zu erweitern. ... Natürlich werden damit mächtige Institutionen, die Zwang und Kontrolle ausüben, in Frage gestellt: der Staat, die keiner Rechenschaftspflicht unterliegenden privaten Tyranneien, die den größten Teil der einheimischen und internationalen Wirtschaft kontrollieren und andere, ähnliche Institutionen."*[1]

Noam Chomsky selbst wies in seiner Rede darauf hin, dass an den Herausgeber und Autor der Weltbühne Carl von Ossietzky zu Recht erinnert wird und schlug den Bogen zu dem ermordeten Erzbischof Romero aus San Salvador, von dem er ein Bild in seinem Bostoner Büro aufgehängt habe. Anhand dieses Bildes, das Romero zusammen mit mehreren von den US-unterstützten salvadorianischen Militärs ermordeten jesuitischen Theologen zeigt, kommt er auch sofort zu seinem Hauptanliegen: die BesucherInnen aus Lateinamerika erkennen sofort, worum es sich handelt, die aus den USA fast nie und die aus Europa nur zu ca. zehn Prozent. Mit dieser einfachen Beobachtung drückt Chomsky sein Hauptanliegen aus und seinen Antrieb sich beständig politisch einzumischen: Fakten und Tatsachen vor dem Verschwinden im Gedächtnisloch zu bewahren. Seine Wirkung beruht dann auch zweifellos auf einem immensen Faktenwissen und der Fähigkeit, Zusammenhänge über Jahrzehnte hinweg deutlich machen zu können.

Noam Chomsky, der kurz vor seinem Deutschland-Aufenthalt 75 Jahre alt wurde, nahm auch bei seiner Preisverleihungsrede kein Blatt vor den Mund. Er warnte – vielleicht hinsichtlich des Themas etwas überraschend – vor dem erneuten Wettrüsten im Weltall und wartete mit Zahlen auf, die mehr als nachdenklich stimmen:

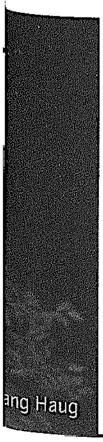
Zwischen 1977 und 1994 gab es 21.000 Fehlwarnungen über vermeintliche Nuklearangriffe; davon wurden 5 % als ernsthaft eingestuft und in letzter Minute von Menschen gestoppt, bevor die Computer den eingespeicherten Gegenschlag auslösen konnten. Für eine menschliche Beurteilung bleiben 3 Minuten Zeit. Wird der Fall als ernsthaft eingestuft, bleiben dem US-Präsidenten noch weitere 30 Sekunden, um etwas zu stoppen. In dieser Welt leben wir nach wie vor und im Zeitalter der immer besser und echter werdenden Computersimulationen gibt es wahrlich keinen Grund, sich in Sicherheit zu wiegen – zumal Bill Clintons Option auf einen Erstschlag inzwischen auch von Putin für den Fall übernommen wurde, dass Russland der Zugang zu Regionen verwehrt wird, die es als lebenswichtig einstuft. Die Hochrüstung der USA unter Bush hat inzwischen dazu geführt, dass Russland, um mitzuhalten, seine (insgesamt sehr viel niedrigeren) Militärausgaben verdreifacht hat! Die Absicht der US-Regierung, noch in diesem Sommer mit der Stationierung ihres Weltraum-Satelliten-Systems zu beginnen, wird dazu beitragen, entsprechende Anstrengungen Russlands auszulösen. Bereits heute hat Russland darin nachgezogen, Nuklearwaffen mit niedrigerem Wirkungskreis zu entwickeln, um wie die Amerikaner Bunkeranlagen effizient angreifen zu können.

Um diese spezielle Bedrohung deutlicher zu machen, berichtete Chomsky von einer Tagung zur Kubakrise (vom 22. bis 27.10.1962). Der damalige Außenminister Schlesinger erzählte auf dieser Tagung, dass der Ausbruch eines Atomkriegs noch näher bevorstand als bislang angenommen. Nicht allein das Einlenken Chruschtschows, die Mittelstreckenraketen nicht auf Kuba zu stationieren und im Gegenzug – und viel später! – der Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei verhinderten den Atomkrieg. Es spielte sich noch dramatischer ab: Die sowjetischen U-Boote vor Kuba waren ebenfalls mit Nuklearraketen bestückt und hatten den Befehl, falls sie angegriffen würden, diese Raketen auf die USA abzufeuern. Als ein amerikanischer Kreuzer eines der U-Boote angriff, bestand diese Befehlssituation und nur die Weigerung eines einzigen kommandierenden russischen Admirals verhinderte den nuklearen Schlag, der die Nordhalbkugel der Erde verheert hätte.

Noam Chomskys zwei Tage in Oldenburg, das bedeutete konkret: Pressekonferenz vor der Preisverleihung, anschliessende Preisverleihung und Rede im kleineren Kreis im Kulturzentrum (einem ehemaligen Krankenhaus) der Stadt, danach ein abgeschirmtes Essen mit den Honoratioren der Stadt, denen Köhlers Wahl wichtiger war als ihr Gast; am nächsten Vormittag Vortrag und Diskussion mit den Schülern der Cäcilien-Schule in Oldenburg, nachmittags TV-und Presseinterview-Termine[2] und abends eine Podiumsdiskussion im Audimax der Oldenburger Universität mit dem FAZ-Redakteur Michael Jeismann.

In der Schule berührt Chomsky einen ganz anderen Schwerpunkt, er spricht – ganz aktuell für Deutschland – vom Abbau des sozialen Wohlfahrtsstaats, und betont das Wort „Sklaverei" im heutzutage unmodernen Begriff „Lohnsklaverei". Für Chomsky ein Begriff, den die Arbeiterbewegung jahrzehntelang benutzt hat und den er noch immer für treffend hält, erst recht im Zeitalter der „Flexibilisierung". Arbeitsmarktflexibilität als das El Dorado für die Wirtschaft bedeutet in erster Linie, dass es zu keinen Lohnerhöhungs-

inden im Gedächtnisloch"



Nicht der Linguist – der Anarchist Noam Chomsky erhielt am 23. Mai den Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg



Foto: Wolfgang Haug

forderungen seitens der ArbeitnehmerInnen kommt. Die ökonomische Theorie, die dem zugrunde liegt, ist bestechend einfach: „You have to keep the rich people happy and to keep everybody else insecure." – Es kommt darauf an, die Reichen bei Laune, und alle anderen in Unsicherheit zu halten. Beim der wiederholten Erwähnung des Stichworts „insecure" verließ der SPD-Oberbürgermeister das Podium und ward in der Schule nicht mehr gesehen.

So verpasste er ganz interessante Zahlen wie etwa, dass 1945 noch 40 % der amerikanischen Steuern von Unternehmen bezahlt wurden, heute nur noch 7 %, was im Klartext heißt, dass die Steuern auf die ärmeren Bevölkerungskreise umverteilt wurden und dass im noch kurzen Zeitalter der „Globalisierung" („keep them insecure") die Einkommen von 90 % der arbeitenden Bevölkerung zurückgingen.

Auf die gestellten Fragen antwortete Chomsky jeweils sehr ausführlich, häufig wiederum in kleinen Vorträgen, sicherlich um nicht „verkürzt" interpretiert zu werden. Er streifte die US-Bürgerrechtsbewegung, die Propagandaformen heutzutage, die Privatisierung der US-Medien (rechtsgerichtete Kreise haben die meisten Radio-Stationen der USA aufgekauft: „to shut people up"), die Folter im Irak (und anderswo) oder die Berufsarmee für die heutigen Einsätze: Mit einer Wehrpflichtigenarmee wäre das alles nicht zu machen, was heute nach Meinung der Mächtigen getan werden muss. Dies sei die entscheidende Lehre aus Vietnam gewesen, damals hätte die Wehrpflichtigenarmee wesentlich zum Scheitern der USA in Vietnam beigetragen. Um unterschiedslos zuzuschlagen, braucht es mehr den je Berufskiller, keine Söhne und Töchter ganz gewöhnlicher Bürger, die auf Zeit Soldat sein müssen und davon träumen ein schönes Leben mit Familie zu führen.

Wie reagierte die deutsche Öffentlichkeit auf Chomskys dritten Besuch in Deutschland?

N3, 3SAT und das Deutschlandradio brachten informative Beiträge (auch wenn nur die Chomsky-Buchtitel aus dem Europa-Verlag vorgestellt und die aus dem Trotzdem Verlag „vergessen" wurden.)

3SAT hakte bei der New York Times ein, die Noam Chomsky als den „bedeutendsten lebenden Intellektuellen" bezeichnet, aber unzufrieden mit seiner politischen Einstellung ist und darin das „Chomsky-Problem" sieht. *„Der 1928 geborene Sohn jüdischer Einwanderer aus Russland hat mit seiner generativen Transformationsgrammatik die Linguistik revolutioniert. Alle Sprachen basieren laut Chomsky auf einer Grundstruktur. Der Mensch trägt die Fähigkeit, Sätze zu bilden in sich. Diese wissenschaftliche Erkenntnis war für die Linguistik genauso wichtig wie Einsteins Relativitäts-Theorie für die Physik. – Die Revolte gegen den Vietnamkrieg ließ ihn zum politischen Aktivisten werden. In vielen seiner Bücher, Artikel und Vorträge geißelt er Amerika und die Rolle der USA als machtpolitische Komplizen der transnationalen Konzerne. ... Wie politische Macht und ökonomische Ausbeutung global vernetzt werden, weist er nach, in der Geschichte wie in der Gegenwart."*

Chomsky, so 3SAT, füllt Säle und der Abend im Audimax Oldenburg bestätigt dies: 800 Sitzplätze waren belegt, weitere ca. 400-500 Menschen verfolgten die Veranstaltung via TV in der Vorhalle. Und auch hier fordert Chomsky den Blick auf die Zusammenhänge: Es sei zu fragen woher ein Ereignis kommt und nicht, wie es in der Regel geschieht, ein Ereignis als „isoliertes Geschehen ohne Kontext" zu vermitteln. Ein deutlicher Seitenhieb auf die Terrorberichterstattung nach dem 11.September, aber nicht nur diese. 3SAT fragt, warum er so zornig ist? *„Es ist die Realität dieser Welt"*, ist die Antwort. Er meint noch, dass er in Osttimor, in Palästina und in den Slums der USA und anderswo war und fragt zurück: *„Wie kann man darüber nicht zornig sein?"*

Weniger begeistert ist naturgemäß Herr Jeismann von der FAZ, zumal es ihm in der Podiumsdiskussion nicht gelang, Chomsky zu „entlarven". Sein Beitrag beginnt mit einem falschen Datum: Nicht am 26. Mai, sondern am 24. Mai fand die Podiumsdiskussion statt, in der Chomskys Ausführlichkeit gleich beifallsheischend denunziert wird: *„Er redet wie eine zu lang geratene E-Mail."* Für die FAZ ist klar, dass Chomsky ein System anwendet: *„Erst wird*

ein allgemeiner Missstand benannt, dann werden die Vereinigten Staaten als Verursacher dingfest gemacht, durch ein konkretes Beispiel überführt und wegen Heuchelei lächerlich gemacht."*

Jeismann stellt sich aber nicht die Frage, warum diese Strategie funktioniert. Warum es diese Beispiele alle gibt, weshalb der derzeitigen Hegemonialmacht die größte Verursacher-Rolle zukommt und ob es in der Geschichte nicht Parallelen gibt? Er zeigt sich im Gegenteil verwundert. *„Er gewinnt die Zuhörer mühelos für sich, ohne eigentlich irgendetwas Mitreißendes zu haben, ohne geschliffene Rhetorik, ohne großen Gesten."* Die Mär vom Rattenfänger von Hameln wird beschworen, wenn Jeismann am Ende meint: *„Chomsky scheint etwas in der verschlossenen Hand zu halten, was uns endlich wieder eine Richtung und eine Gewissheit geben könnte, wenn aber die Hand leer wäre? Illusionen können auch wirken."* Noam Chomsky hat also die Faust geschlossen, tut so, als biete er Heilsbotschaften, hat aber nichts drin in seiner Faust. Wieder stellt sich Jeismann selbst ein Bein: Chomsky versteckt nichts, seine Hände sind offen und erzählen nur Fakten, Tatsachen und Fakten und Tatsachen. Und nur weil diese in die jeweiligen Kontexte gerückt werden, vermitteln sie Einsicht in die gesellschaftlichen und weltpolitischen Abläufe. Und wir sollen mit diesem Faktenwissen und dem Wissen um die Zusammenhänge handlungsfähig werden. Das ist die ganze Wahrheit, daran ist nichts Geheimnisvolles, nichts Mystisches oder Verführerisches.

Und die taz? Die hat einen Jens Fischer nach Oldenburg entsandt und hätte gut daran getan, jemand Qualifizierteren zu schicken. Fischer entblödet sich nicht – trotz circa 1200–1300 ZuhörerInnen und der Anwesenheit von Presse, TV und Radios – festzuhalten: *„Links ist einfach da, wo man in aller Gelassenheit Recht hat – und unter sich bleibt: Die Debatte mit Chomsky findet im abgelegenen UNI-Audimax statt."* Welchen größeren öffentlichen Saal hätte Jens Fischer denn vorgeschlagen? Klischees vom linken Ghetto werden bemüht, weil man selbst nicht mehr links sein will (bzw. es wohl nie war). Inhaltlich bringt Fischer nichts rüber, peinlich dämlich, dieser Journalismus.

Ganz anders das Deutschland-Radio, nicht übermäßig bekannt für seine linksradikalen Wurzeln, die die taz immer wieder neu entsorgen muss. Es zitiert die Fragen in Oldenburg, was man denn politisch tun könne und lässt Chomsky antworten:

„Sie hören diese Frage nur in Ländern, in denen die Menschen alle Möglichkeiten haben, zu tun und zu lassen, was sie wollen. Wenn ich z.B. in der Türkei, in Kolumbien, in Südasien oder der Westbank spreche, fragen die Leute mich nie, was sie tun könnten. Sie erzählen mir immer, was sie tun. Aber in den USA, in Kanada, in England oder anderen Ländern Europas haben die Menschen das Gefühl, nichts tun zu können. Das ist ein sehr eigenartiges Phänomen, weil wir über die Möglichkeiten verfügen, die ganze Welt zu verändern."

Wir haben Möglichkeiten, wir können uns die Fakten beschaffen, wir könnten handeln – oder wir können, damit wir nichts tun müssen, ebenfalls die Fakten diskutieren, sie anzweifeln, sie als Schwarzweiß-Malerei abtun, und wir können Chomsky verdächtigen, den Neonazis eine Plattform zu bieten, weil er grundsätzlich die Meinungsfreiheit verteidigt hat, ihn durch das In-die-Nähe-der-Nazis-rücken ins politische Abseits drängen und uns für seine Fakten immunisieren. Und wenn wir „antideutsch" denken, dann ist uns dieser Israel- und USA-Kritiker eh vollkommen suspekt. Deshalb rettet sich die taz in einem Geburtstagsartikel von Robert Misik am 6. Dezember 2003 (auch Misik hat Schwierigkeiten mit Daten: Chomsky hat nicht am 6., sondern am 7. Dezember Geburtstag) wieder in den häufig vorgebrachten Vorwurf: *„So sind die Bilder, die Chomsky malt, auch vielen wohlmeinenden Linken ein bisschen zu viel Schwarzweiß."*

Abgesehen davon, dass die Grundaussagen der taz bzw. von Robert Misik denen der FAZ und Michael Jeismann recht nahe kommen, fehlt ganz einfach die Erkenntnis, dass Wahrheit oft „schwarzweiß" ist. Dass sich die politische Grundeinstellung, „Macht" zu hinterfragen über die Jahre nicht ändern muss, und dass es die Verantwortlichkeit der Intellektuellen ist, Wahrheiten in einfachen Worten verständlich rüber zu bringen, anstatt einfache Dinge zu komplizieren und hinter großen Worten zu verstecken.

Anmerkungen

1 Siehe Noam Chomsky, „Anarchismus, Marxismus und Hoffnungen für die Zukunft", in Die Politische Ökonomie der Menschenrechte, Trotzdem Verlag 2000, S. 172.

2 Siehe dazu Noam Chomsky, „Interview mit ZNet Deutschland" (Interviewer: Timo Stollenwerk), www.zmag.de

HAT BUSH GELO-

NOAM CHOMSKY

Hat Bush wegen der Gründe für den 11. September gelogen („Sie hassen unsere Freiheit", etc)?

Ich glaube hier muss man ein wenig vorsichtig sein.

Lügen setzt eine gewisse Kompetenz voraus: zumindest braucht es dazu ein Verständnis um den Unterschied zwischen wahr und falsch. Wenn ein Dreijähriger etwas offenkundig Falsches sagt, darf man das wohl nicht als Lüge bezeichnen. Gleiches gilt für jene monströsen Enten die Reagan entglitten, wenn er der Kontrolle durch seine Berater entkam. Der arme Kerl hatte wahrscheinlich keine Ahnung. Ich denke, mit Bush verhält es sich ähnlich. Es gibt eine Liste von „Enthüllungsbüchern" (Woodward, etc.), die ernstgenommen werden, aber ehrlich gesagt verstehe ich nicht warum. Von den Leuten die, die er interviewt, haben einige das Zeug zum Lügen, und es macht ganz einfach Sinn anzunehmen, dass sie dies auch tun – warum sollten sie ihm die Wahrheit sagen. Was die anderen angeht, so ist es ziemlich egal was sie ihm sagen. Das Gleiche gilt auch für diejenigen, die tief in irgendwelchen religiösen Kulten stecken, wie etwa die neo-konservativen Intellektuellen in Washington. Es fällt schwer darüber zu urteilen, ob sie fähig sind zu lügen, ganz so wie im Falle eines Menschen der den direkten Draht zu irgendeiner Gottheit hat.

Für jene die versucht haben, ernsthafte und ehrliche Kommentatoren zu sein, waren die Antworten auf die Frage „warum sie uns hassen" schon immer mühelos zu finden, und das systematische Meiden der drängendsten Beweise (was Anthropologen manchmal „rituelle Vermeidung" nennen) ist bestechend. Ich habe hierzu Einiges geschrieben – in „World Orders", zum Beispiel, als die Geheimdokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wur-

GEN?



den. Hier die knappen Umrisse. Eisenhower und sein Stab sorgten sich während der 50er Jahre um die „Hasskampagne" gegen uns in der arabischen Welt, und sie begriffen die Ursachen: Die Meinung, dass die USA strenge und unterdrückerische Regierungen unterstützt und Demokratie und Entwicklung blockiert, um so die Energiereserven der Region zu kontrollieren. Während der folgenden Jahre blieben diese Gründe bestehen, und neue kamen hinzu. Als das Wall Street Journal und andere die Meinung wohlhabender Muslime (Bankiers, Manager transnationaler Konzerne, Firmenanwälte, etc.) nach dem 11. September untersuchten, fanden sie diese und andere Gründe: die entschiedene Unterstützung seitens der USA für Israels schreckliche Unterdrückung der Palästinenser und den Raub ihrer Ressourcen, sowie die mörderischen Sanktionen der USA und Großbritanniens, die dabei waren, die Zivilgesellschaft des Irak zu vernichten. In den Dörfern und auf den Straßen waren die Meinungen noch weitaus extremer. Da westliche Intellektuelle nur ungern unangenehme Wahrheiten über sich selbst hören, beglückt man uns statt dessen, wie zu erwarten, mit einer ganzen Reihe von Phantasiegründen darüber „warum sie uns hassen".

So ist es bis heute.

Beispiel Irak. Als Ausgangspunkt dient westlichen Intellektuellen die unbewiesene Annahme, es ginge den USA darum, dem Irak, dem Mittleren Osten und der Welt Demokratie zu bringen – was die elitäre Presse manchmal Bushs „messianischen Auftrag" nennt. Kritiker der liberalen Presse (z.B. die New York Review, American Prospect, etc.) pflichten bei, es sei eine edle und großmütige Vision, warnen aber, dass sie außerhalb unserer Möglichkeiten liegt, etc. Iraker sehen dies offenbar anders. Wenige Tage nachdem der Präsident in Washington vergangenen November unter stürmischem Applaus seine edle Vision bekräftigte, erschien eine Umfrage in Bagdad, in der die Menschen gefragt wurden, warum die USA einmarschiert sind. Einige stimmten mit der fast einhelligen Meinung der westlichen Elite überein: um Demokratie zu bringen: 1 %. 5 % sagten, es ginge darum, den Irakern zu helfen. Die meisten anderen gaben die offensichtliche Antwort, jene, die mit einiger Hysterie hierzulande als „Verschwörungstheorie" oder schlimmer abgetan wird: es ginge darum, die Ressourcen des Irak zu kontrollieren und den Mittleren Osten im Sinne der USA und ihres Vasallenstaates Israel neu zu ordnen.

So verhält es sich außerdem nicht nur bei Arabern und Moslems. Viele hochrelevante und wichtige Umfragen werden in den Medien einfach deshalb unterdrückt, weil sie uns zu viel über das verraten, was wir besser nicht wissen sollen. Nehmen wir als Beispiel die Bombardierung Afghanistans – sie bedurfte zufolge der einhellig geäußerten Meinung in den USA und Großbritannien nicht einmal der Diskussion. Nur Traumtänzer und absolute Pazifisten konnten dagegen sein, so wurde uns von den führenden Moralphilosophen feierlich versichert: vom Herausgeber der New York Times und anderen. Um diese Haltung aufrechtzuerhalten musste man eine internationale Gallup-Umfrage unterdrücken, die gleich nach der Ankündigung der Bombardierung durchgeführt worden war. Darin fand sich nur sehr geringfügige Unterstützung. In Lateinamerika, jener Region, welche die Macht der USA am besten kennt, gab es praktisch keine Unterstützung. In Mexiko sprachen sich 2 % für den Angriff aus, aber nur sofern dabei keine zivilen Ziele getroffen würden (was natürlich doch geschah, gleich zu Beginn), und auch nur sofern die Verantwortlichen für den 11. September bekannt wären (acht Monate später gab das FBI zu, dass sie noch immer lediglich „glaubten" dass der Plan wohlmöglich in Afghanistan ausgearbeitet aber anderswo durchgeführt wurde). Befürworter, die diese Einschränkungen nicht machten, gab es praktisch keine, wohin man auch schaut. Das durfte aber nicht sein, also wird es totgeschwiegen, bis heute. Gleiches gilt für die Frage „warum sie uns hassen."

Und anderswo. Vor ein paar Tagen lauschte ich zufällig NPR [öffentl.-rechtl. Radio in den USA], wo die üblichen schmeichlerischen Stimmen darüber sprachen, dass Moqtada al-Sadr eine Randfigur sei, und die Iraker voller Abneigung für ihn wären. Mag sein. Andererseits hatte ich eben in der seriösen London Financial Times von einer Umfrage gelesen, die als recht glaubwürdig behandelt und noch vor den Enthüllungen über Folterpraxis durchgeführt worden war. Sie kam zum Schluss, dass die Angriffe auf Moqtada ihn zur zweitbeliebtesten Person im Irak gemacht haben, gleich nach dem Ayatollah Ali Sistani. 1/3 der Befragten bekundete „Unterstützung" für ihn, ein weiteres Drittel sogar „starke Unterstützung". Als Grund wurde angeführt, er habe sich wenigsten der verhassten Besatzung entgegengestellt. Vielleicht ist das hier erschienen. Ich habe es nicht gesehen.

Aus den erwähnten Gründen würde ich also das, was sie beschreiben, nicht „Lüge" nennen wollen. Diese Gründe betreffen einen großen Kreis, nicht nur 3-Jährige, Kultanhänger und arme Kerle, deren Kenntnisse über die Welt so ziemlich auf das beschränkt sind, was auf ihren Merkzetteln steht.

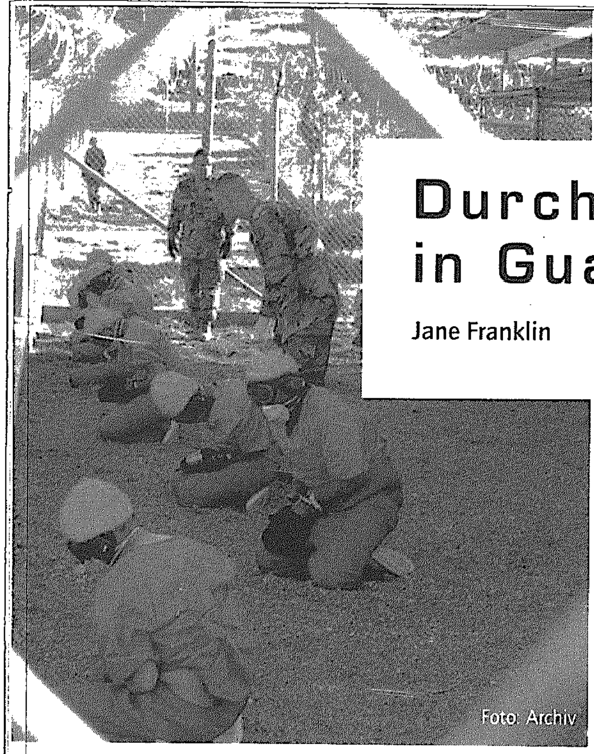


Foto: Archiv

Durch den Spiegel in Guantanamo

Jane Franklin

Alice: Wenn die Bush Regierung die Kontrolle über den amerikanischen Marinestützpunkt in Guantanamo (Cuba) behalten will, warum argumentiert sie dann vor dem höchsten Gericht, damit dass Cuba volle Souveränität besitzt?

Humpty-Dumpty: Was für einfache Fragen du stellst. Weil, wenn Cuba volle Souveränität besitzt, dort das amerikanische Gesetz nicht greift und somit die 600 Männer und Jugendlichen, die von der Bush Regierung „feindliche Kämpfer" genannt werden keinerlei legale Rechte nach amerikanischem Gesetz besitzen.

Das ist übrigens das Argument, das von dem Anwalt der Bush Regierung am 20. April vor dem obersten Gerichtshof vorgebracht wurde. In Wirklichkeit ist Cuba in diesem speziellen Gebiet seit das Spanische Königreich die Insel, die damals schon Cuba genannt wurde, im 15. Jahrhundert eroberte, nicht mehr souverän gewesen.

1898, vier Jahrhunderte später, erklärte der amerikanische Kongress den Krieg gegen Spanien. Während die Vereinigten Staaten das den Spanisch-Amerikanischen Krieg nennen, nennt es Cuba eine amerikanische Intervention in ihren zweiten Unabhängigkeitskrieg. Während in Washington behauptet wurde, dass sie in den Krieg zogen um Cuba zu befreien, führten sie in Wirklichkeit Krieg um die spanischen Kolonien – Guam und die Philippinen im Pazifik und Puerto Rico und Cuba im Atlantik – zu erobern.

Nachdem sie den kubanischen Rebellen, die die spanischen Kolonialherren beinahe besiegt hatten, den Sieg weggeschnappt hatten, hielten die amerikanischen Truppen die Insel, einschließlich dem Hafen in der Bucht von Guantanamo vier Jahre lang besetzt. Im Tausch gegen den Abzug der Truppen stimmte die kubanische, von Washington eingesetzte Regierung, zu den Platt Zusatz, der in den USA bereits Gesetz geworden war (vergleiche das Helms-Burton-Gesetz 1966 ein Jahrhundert später) in Cubas neue Verfassung aufzunehmen. Durch die Umwandlung der Insel von einer spanischen in eine neoamerikanische Kolonie führte der Platt Zusatz faktisch zur Kontrolle von Cuba durch Washington.

Zwischen den Plünderungen, die der Platt Zusatz legalisierte war auch die Erlaubnis die 45 Quadratmeilen Zone auf beiden Seiten der Bucht von Guantanamo zu pachten. Daraus wurde der Marinestützpunkt von Guantanamo nahe der Südspitze von Cuba, einer strategisch günstigen Position in der Karibik und gleichzeitig ein Tiefseehafen, der von unschätzbarem Wert für Cuba wäre, wenn die Kubaner die Kontrolle über ihn hätten.

Die kubanische Regierung, die ihre Ernennung Washington verdankte, unterschrieb 1903 die schriftliche Vereinbarung, dass der Pachtvertrag für Guantanamo solange nicht ausläuft, bis sich beide Seiten mit seiner Auflösung einverstanden erklären. Die derzeitige kubanische Regierung verlangte am 5. März 1959, dass Washington seine Besetzung der Guanatamo Provinz beendet. Doch Washington ∞pachtet∞ das Land weiterhin, der ursprüngliche Preis betrug 2000 US$ in Gold pro Jahr, heute sind es 4085 US$ in Form eines Schecks, den Havanna seit 1959 nicht mehr eingelöst hat.

Der Pachtvertrag besagt, dass das Gebiet „nur als Kohleabbaugebiet oder als Marinebasis und zu keinem anderen Zweck" genutzt werden darf. Doch Washington hat Guantanamo schon immer für jeden Zweck genutzt, der ihm gefiel. Als die Bush Regierung den Krieg in Afghanistan begann, verwandelte das Verteidigungsministerium den Marinestützpunkt in ein Konzentrationslager für mehr als 600 Gefangene aus Afghanistan und mindestens 43 anderen Ländern. Da sie als „feindliche Kämpfer" eingestuft werden, besitzen sie nicht das Recht ihre Haft in irgendeinem Gericht der Welt anzufechten. Es wurden keine Anklagen gegen sie eingereicht. Sie haben keinen Zugang zu Anwälten. Sie bekommen keine Gerichtstermine für Anhörungen oder Prozesse. Kurz gesagt, sie haben kein Recht auf Überprüfung des Verfahrens (habeas corpus).

Die Anfechtung dieser unbefristeten Vorhölle ist jetzt in den Händen des obersten Gerichtshofes. Es haben Anhörungen von Anwalt John Gibbons im Namen der Kläger, die in Guantanamo gefangen gehalten werden und von dem amerikanischen Staatsanwalt Theodore Olson, im Namen des Präsidenten George Bush stattgefunden. Die Bush Regierung hält an ihrer Behauptung fest, dass Cuba „vollkommene Souveränität" auf dem Gebiet des Guantanamo Marinestützpunkts besitzt und deswegen die US Gerichte keinen Einfluss auf die Geschehnisse dort haben. Aber wie Gibbons bei seiner Argumentation vor dem Gericht darlegte, würde das ∞zu einer gesetzeslosen Enklave führen, die die Exekutive von jeglicher juristischen Untersuchung jetzt oder in der Zukunft ausnehmen würde.∞

Seit die amerikanischen Militärs die Insel von den Spaniern übernommen haben, haben sie den Marinestützpunkt in Guantanamo nie wieder verlassen. Es ist als ob eine ausländische Macht ein Areal auf beiden Seiten des Hudson River in New York und in New Jersey oder beide Seiten der Bucht von San Francisco besetzen würden.

Cuba hat wiederholt gegen die illegale Besetzung seines Gebietes durch eine ausländische Macht protestiert. Am 15. April schlug Cuba der Menschenrechtskommission eine Resolution vor, die die Menschenrechtsverletzungen in dem Konzentrationslager auf kubanischem Gebiet verurteilt hätte. Obwohl Cuba die Resolution vorübergehend zurückgezogen hat, betont der Außenminister Felipe Perez Roque, dass die Resolution nur verschoben wurde und in einem Forum das Cuba angemessen erscheint, wieder angesprochen werden wird.

Egal wie der amerikanische Gerichtshof entscheiden wird, falls Cuba tatsächlich auf dem Gebiet des Marinestützpunkts von Guantanamo Souveränität besitzen würde, würde das Konzentrationslager nicht existieren. In der Vergangenheit hat Cuba angeboten das ganze Gebiet in ein regionales Gesundheitszentrum für die gesamte Karibik zu verwandeln.

Mit freundlicher Genehmigung von z-net

Maulkorb für Michael Moore

von Gregory Palast


Foto: Archiv

Als die gemästeten Katzen bei Disney den Bann über Michael Moores neuen Film „Fahrenheit 9-11" sprachen, taten sie mehr als nur einen Künstler zu zensieren. Moore mundtot zu machen ist lediglich der neuste Winkelzug, um höchst unbequeme Fakten zu unterdrücken: auf Veranlassung der Bush-Administration wurden die Untersuchungen über Saudi Arabiens finanzielle Förderung des Terrorismus ausgesetzt, einschließlich der Beweise, die einige Mitglieder der Familie Bin Ladens in den USA betrafen. Ich weiß es, weil ich mit meinem Untersuchungsteam bei BBC Television und dem britischen Guardian die Originalberichte schrieb und filmte, auf denen Moores neue Dokumentation beruht.

Am 11. November 2001, gerade mal zwei Monate nach dem Anschlag, legte BBC Television's Newsnight Dokumente vor, die darauf hindeuteten, dass FBI-Agenten davon abgehalten wurden, Ermittlungen über zwei Mitglieder der Familie Bin Ladens anzustellen, die einer „mutmaßliche terroristische Vereinigung" aus Falls Church, Virginia, vorstanden – das heißt, bis zum 13. September 2001. Zu dieser Zeit waren diese Vögel ausgeflogen.

Wir berichteten weiterhin, dass hochrangige Agenten in der US Regierung BBC informiert haben, dass die Bush-Administration die Untersuchungen über die pakistanischen Khan-Laboratorien behindert haben, welche einen Flohmarkt für Atombombenbaupläne betrieben. Warum wurden die Ermittlungen gehemmt? Weil die Spur finanzieller Transaktionen zurück zu den Saudis führte. Am nächsten Tag berichtete unser Guardian-Team, dass Agenten davon abgehalten wurden, der bei einer Sondersitzung in Paris beginnenden Geldspur zu folgen. Dort, im Hotel Monceau Royale, haben Saudische Milliardäre angeblich vereinbart, Al-Qaidas „erzieherische" Bemühungen finanziell zu unterstützen.

Diese Berichte liefen ganz oben in den Abendnachrichten in Großbritannien und weltweit, aber nicht in den USA. Warum?

Unser Nachrichtenteam bekam mehrere Auszeichnungen, einschließlich einer, die ich besonders zu kriegen hasste: eine „Auszeichnung für zensierte Projekte" der Schule für Journalismus der Staatsuniversität Kalifornien. Es ist der Preis, den man für eine sehr wichtige Reportage erhält, die einfach von der amerikanischen Presse ausgeschlossen wurde. Und das tat weh. Ich bin Amerikaner, ein Junge aus L.A., den man ins journalistische Exil nach England geschickt hat.

Warum zum Teufel können Agenten dem Geld nicht folgen, sogar wenn es sie nach Arabien verschlägt? Weil – wie wir wiederholt von denen gehört haben, die innerhalb der Agenturen mundtot gemacht wurden – saudische Geldquellen zurück zu George H.W. Bush und seinen sehr begünstigten Söhnen wie anderen Familienfreunden führten. Wir bei BBC berichteten auch davon, ganz oben in den Abendnachrichten; überall außer in Amerika.

Warum haben Amerikas Medienbarone Angst davor, diese Geschichte in den USA zu bringen? Die BBC und Guardian-Berichte waren die hässlichen, kleinen Punkte, die von einem einzigen Thema verbunden wurden: Ölverseuchung in der amerikanischen Politik und Geldvergiftung im Blut unserer mächtigsten politischen Familie. Und das sind Nachrichten, die ihren Namen nicht zu nennen wagen.

Dies ist nicht das erste Mal, dass Michael Moore versucht hat, unsere BBC-Untersuchungsberichte an der US-Medien-Grenzpatrouille vorbeizubekommen. In der Tat, ein Witz in unserer Londoner Redaktion ist, sollten wir unseren Bericht nicht in den amerikanischen Äther bekommen, so können wir ihn einfach dem fetten Kerl im Hühnerkostüm zuschieben. Moore könnte es an den Zensoren als „Unterhaltung" vorbeischmuggeln.

Hier ist ein Beispiel von Moores U-Bahn-Operationen, harte Nachrichten nach Amerika zu bringen: Im Guardian und auf BBC TV berichtete ich, dass Floridas damalige Innenministerin, Katherine Harris, zehntausende schwarze Bürger kurz vor der Wahl 2000 aus der Wählerliste entfernen ließ. Ihr Büro verwendete eine Liste von angeblichen „Verbrechern" – eine Liste, von der ihr Büro wusste, dass sie Blödsinn war und die fast ausschließlich mit Unschuldigen gefüllt war.

Ich druckte den ersten Teil der Geschichte im Guardian, als Al Gore immer noch im Rennen war. Die Washington Post veröffentlichte meinen Bericht sieben Monate später. Zu diesem Zeitpunkt konnte es mit einem Kichern in Bushs Weißem Haus gelesen werden.

Die Geschichte mit der „Ausradierung" der schwarzen Wähler hätte niemals das Tageslicht in den USA erblickt, ganz zu schweigen von den Titelseiten in aller Welt, wenn dies nicht von Michael Moore in der Einleitung seines Buches „Stupid White Men" aufgedeckt worden wäre.

Also mach weiter, Mr. Micky-Maus-Mogul, zensier den Kerl mit der Baseball-Mütze, lass die Kinoleinwände dunkel werden, verbreite die Blindheit, die uns umbringt. Zeig uns dafür gefälschte Flieger-Jungs, die die mit ihren aufgezeigten Daumen „Mission ausgeführt" signalisieren. Mit den ausgeschalteten Lichtern ist es so viel einfacher für die Scheichs, ihre Kreditkarten an Killer auszuleihen, um den Ölpreis hochzutreiben, während unsere Politiker den Raub der nächsten Wahl vorbereiten, diesmal per Computer. Machen wir uns nichts vor. Fernsehnachrichten in den USA sind jetzt durch und durch Foxifiziert (bezogen auf die erzkonservative Fox Sendergruppe, Anm.d.Ü.) und Printmedien, mit einigen Ausnahmen, katzbuckeln immer noch vor den ausweichenden Äußerungen unseres Oberbefehlshabers. Vielleicht steigere ich mich zu sehr hinein. Schließlich ist es bloß ein Film. Aber die Verbreitung von Moores Film abzuwürgen sieht verdächtig nach einer „Suchen und Zerstören"-Mission von unerwünschten Nachrichten aus, sogar wenn diese Nachrichten in einer spaßhaften Dokumentation versteckt sind. Warum sollten die Medienmogule hierbei Halt machen? Wie wäre es mit einem extragrossen orangefarbenen Anzug für Michael für den neuen Hollywoodzweig auf Guantanamo?

Übersetzt von: Chi-Huy Tran

Schlechte Angewohnheiten

von Eduardo Galeano

Eine kleine Geste nationaler Würde löste am Beginn dieses Jahres einen wilden Skandal aus. Überall auf der Welt wurde dieser Geschichte größte Aufmerksamkeit gewidmet, als wäre es ein aberwitziges Ereignis, wie „Mann beißt Hund".

Also, was war geschehen? Brasilien hatte von den Ankommenden aus den USA das gleiche verlangt, was die USA auch von BesucherInnen aus Brasilien verlangt: sich an der Grenze ein Visa ausstellen, ein Photo von sich machen, und seine Fingerabdrücke abnehmen zu lassen.

Viele verurteilten dieses gewöhnliche Vorgehen als ein Anzeichen von gefährlichem Wahnsinn. Vielleicht würden diese Dinge von einer anderen Warte betrachtet werden, wenn die Welt nicht so übel abgerichtet wäre. Im Grunde war es nicht abnormal was der brasilianische Präsident Lula gemacht hat, sondern, dass er der einzige war, der das getan hat. Was abnormal war, dass alle anderen die Maßnahmen welche Bush dem Rest der Welt auferlegte, mit der Ausnahme einiger Privilegierter weniger, welche über jeden Verdacht von Terrorismus und Missetaten erhaben sind, einfach akzeptierten.

Straflosigkeit

Alles wurde mit dem 11. September gerechtfertigt. Diese Tragödie, welche Präsident Bush weiterhin als Freibrief für ewige Straflosigkeit gebraucht, verpflichtet sein Land sich zu verteidigen, und seine Wächter nie schlafen zu lassen.

Aber wie jeder weiß, hatte niemand aus Brasilien mit dem Sturz des World Trade Centers zu tun. Dafür geschah, wie sich wenige erinnern werden, der schwerwiegendste Akt des Terrors in der brasilianischen Geschichte, der Coup von 1964, mit politischer, wirtschaftlicher, militärischer und medialer Beteiligung der Vereinigten Staaten.

Diese Art der Grenzkontrollen, welche zu solcher Aufregung führten, ist nicht viel mehr als ein Fall von vergeltender Gerechtigkeit, und es wäre lächerlich dies als verspätete historische Rache zu sehen. Trotzdem sollten wir nicht vergessen, dass die Lateinamerika routinemäßig angetanen Grausamkeiten einiges mit der schlechten Angewohnheit des Gedächtnisverlustes zu tun haben. Ein Verlust der Erinnerung darüber, dass die US Beteiligung an diesem terroristischem Coup gut dokumentiert ist, und auch durch Geständnisse der wichtigsten Beteiligten bestätigt ist. Und man sollte sich auch daran erinnern, dass dieses Ereignis nicht nur der Beginn einer langen Militärdiktatur war, sondern auch Sozialreformen getötet und begraben hat, welche die demokratische Regierung von Jango Goulart erlassen hatte, um dieses ungerechteste Land der Welt etwas weniger ungerecht zu machen.

Es brauchte vierzig Jahre bis dieses Verlangen nach Gerechtigkeit wieder zum Leben erwachte. Wieviele brasilianische Kinder sind in dieser Zeit gestorben? Ein Terrorismus der mit Hunger tötet ist nicht weniger verabscheuungswürdig wie einer, der mit Bomben tötet.

Rollentausch

Schlechte Angewohnheiten: Niederträchtigkeit, Gedächtnisverlust, Resignation. Furcht hält uns davon ab, uns zu ändern; geistige Faulheit hält uns davon ab, ohne sie zu leben.

Es ist unvorstellbar uns die Geschichte andersherum vorzustellen. Zum Beispiel, was wäre passiert, wenn der Irak die Vereinigten Staaten überfällt, mit der Begründung, dass die USA Massenvernichtungswaffen hat? Oder wenn die Botschaft Venezuelas in Washington einen Coup gegen George W. Bush angetrieben und gefeiert hätte, einen solchen wie jenen, welche die US Botschaft in Caracas gegen Hugo Chavez veranstaltet hat? Oder wenn die Regierung Kubas 637 Mordanschläge gegen US Präsidenten organisiert hätte, als Antwort auf die 637 Mal, welche die USA versucht haben Fidel Castro zu ermorden?

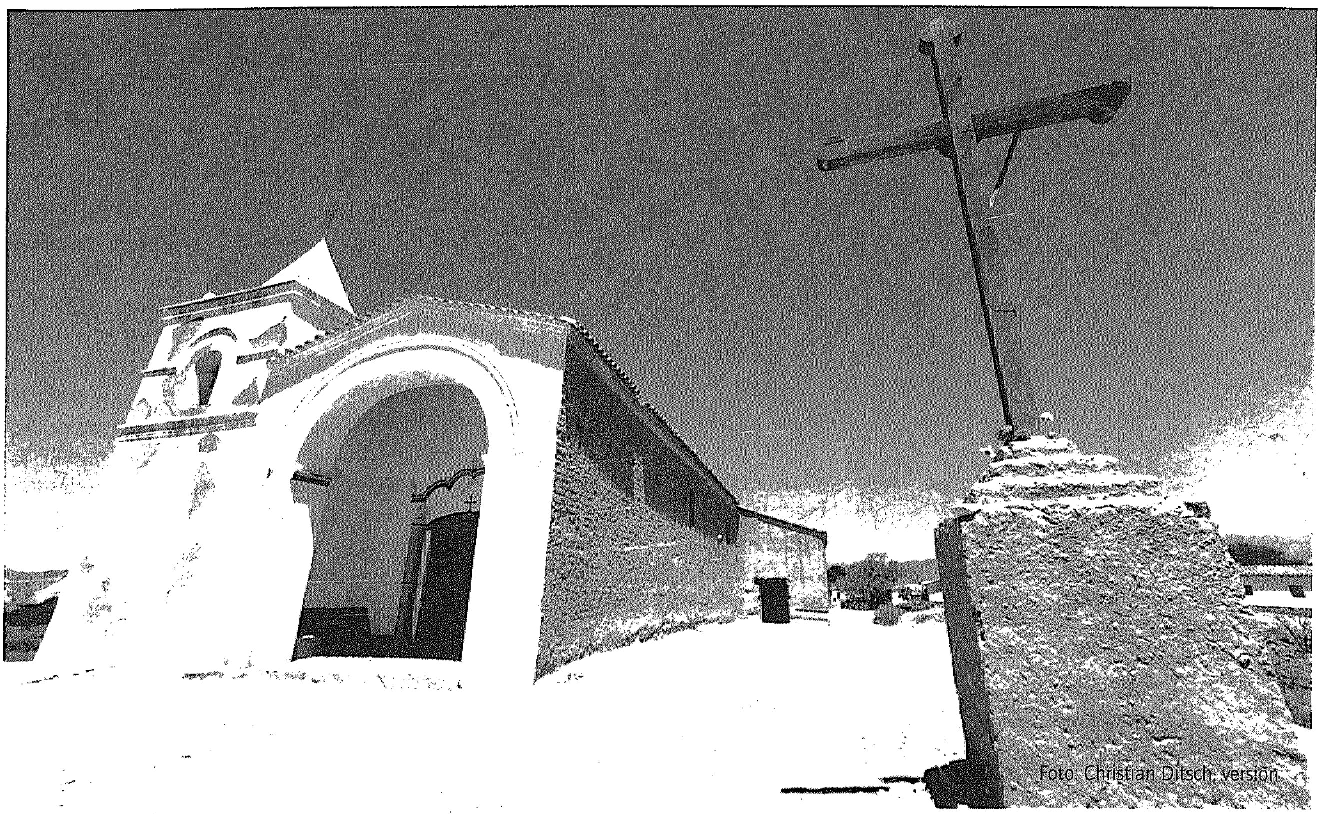
Und was würde passieren, wenn die Regierungen des Südens auch nur eine einzige Maßnahme des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank verweigern würden, wenn jene nicht damit beginnen die gleichen Maßnahmen auch von den USA zu verlangen, dem größten Schuldner des Planeten. Oder wenn die Zölle und Subventionenwelche die reichen Länder zu Hause wirken lassen, aber welche sie anderswo verbieten, im Süden eingeführt werden würden? Und so weiter...

Schlechte Angewohnheiten: Fatalismus.

Akzeptieren wir das inakzeptable, als wäre es Teil der natürlichen Ordnung der Dinge, und als ob keine andere Ordnung möglich wäre. Die Sonne erfriert die Welt, die Freiheit unterdrückt, die Integration bricht Dinge auseinander: Ob es dir gefällt oder nicht, man kann das nicht verhindern. Triff deine Wahl: Dies oder das. So wird die amerikanische Freihandelszone (FTAA) verkauft.

Hermes

Ganz am Anfang der Zeit machte der alte Zeus, der Boss über allen Bossen, keine Fehler. Von all den Bewohnern des Olymps war Hermes der hinterhältigste, der Falschspieler, der alle reinlegte, der Dieb, der alles stahl. Zeus gab ihm Sandalen mit goldenen Flügeln und machte ihm zum Gott des Handels. Es war Hermes, später Merkur genannt, der sich die Welt-


Foto: Christian Ditsch, version

handelsorganisation, NAFTA, FTAA und andere Kreaturen ausdachte, die er nach seinem Bilde schuf.

NAFTA, die Nordamerikanische Freihandelszone, welche die USA, Kanada und Mexiko umfasst, ist vor zehn Jahren einberufen worden. Die Hand von Hermes leitete jeden ihrer Schritte. Vom Leben und Werk von NAFTA im Laufe ihrer ersten zehn Jahre betrachte man nur ein paar erhellende Anzeichen dafür, was uns erwartet, wenn FTAA umgesetzt wird, wenn der so genannte Freie Handel, demütigend und vorherrschend, auf ganz Amerika ausgeweitet wird.

1996 verbot die kanadische Regierung den Verkauf eines lebensgefährlichen Nervengiftes: es war ein Benzinzusatz welcher von der US Firma Ethyl hergestellt wird. Dieses Gift, welches in den USA verboten war, wurde nur in Kanada verkauft. Die Firma Ethyl, welche viele Jahre der noblen Mission andere Länder zu vergiften gewidmet hat, reagierte darauf, indem es die kanadische Regierung verklagte, weil diese ihren Ruf durch das Verbot dieses Produkts schädige, und es gab nichts, was man dagegen machen konnte. Unter NAFTA herrschen die Firmen. Mitte des Jahres 1998 hob die kanadische Regierung das Verbot auf, zahlte Ethyl eine Wiedergutmachung von 13 Millionen Dollar und sagte, dass es ihr Leid tue. 1995 konnte eine andere US Firma, Metalclad, eine Giftlagerstätte im mexikanischen Staat San Luis Potosi nicht wieder eröffnen. Die Menschen hinderten die Firma mit Macheten in der Hand daran, ihr Land und ihr Grundwasser weiter zu vergiften. Metalclad klagte die mexikanische Regierung für diesen Akt der „Enteignung". Aufgrund von diesbezüglichen Klauseln in NAFTA erhielt die Firma 2001 eine Entschädigung von 17 Millionen Dollar.

UN

Die Vereinten Nationen sind Ende des Zweiten Weltkrieges geboren worden. John Fitzgerald Kennedy und Orson Welles waren unter den 1500 JournalistInnen, welche über das große Ereignis berichteten. Die Gründungscharta der UNO etablierte die „Gleichberechtigung von allen Nationen, ob groß oder klein". Und das große Versprechen war: Aufbauend auf der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder würde die neue internationale Organisation den Weg der menschlichen Geschichte ändern. Sechzig Jahre später kann man die Ergebnisse klar sehen: die Änderung, war zum schlechten hin.

Maschinerie der Demütigung

Aber schlechte Angewohnheiten sind kein Schicksal, und mehr und mehr Länder weigern sich den Idioten in dieser großen Farce zu spielen.

Vor einem Jahr bemerkte Thomas Dawson als Sprecher des IWF: „Wir haben in Lateinamerika viele hervorragende Absolventen". Es war die gleiche alte Rhetorik. Heute warnt der argentinische Präsident Nestor Kirchner: „Wir sind nicht länger nur ein Fußabstreifer".Das ist die neue Rhetorik.

Eine neue Rhetorik, eine neue Einstellung. Unsere Länder kommen mit ihren Menschen sehr schlecht aus, und mit ihren Nachbarn noch schlechter. Es ist eine lange und traurige Geschichte einer Reihe von Scheidungen. Aber die regionalen Treffen – in Cancun und Monterrey – welche kürzlich stattgefunden haben, wurden von den Böhen eines neuen Windes umschlagen. Nach so vielen Jahren der Einsamkeit beginnen die Schwachen zu begreifen, dass sie fallen werden, wenn sie getrennt bleiben. Nur einige wenige, wie der uruguayische Präsident Jorge Batlle, glauben dass wir noch immer hoffen können, glückliche Bettler zu sein. Sogar die sturköpfigsten sind davon überzeugt, dass in dieser riesigen Maschinerie der Demütigung, in welcher die Mächtigen die finanzielle Erpressung, die militärische Gewalt und den Handelsprotektionismus ungestraft praktizieren, die Würde entweder geteilt wird, oder es gibt gar keine.

Aber wir müssen uns beeilen, bevor wir am Ende Photos von Leuten ähneln, die vom Mars zurückgekommen sind.



Fotos: Christian Ditsch, version
Checkpoint für israelische Siedler im Gaza-Streifen. Den Checkpoint Kissufim dürfen nur israelische Siedler, die im Gaza-Streifen leben, passieren. Fuer Palaestinenser, auch mit israelischem Pass, ist die der Checkpoint gesperrt.

Nach einer jüdischen Legende war der Golem ein künstliches Geschöpf, das mit gewaltiger Stärke ausgestattet war. Rabbiner Judah Loew von Prag, auch als Maharal bekannt, schuf ihn aus Ton und gab ihm Leben, indem er ein Stück Papier mit dem geheimen Namen Gottes unter seine Zunge legte. Der Golem half den Juden, sich bei antisemitischen Ausschreitungen zu verteidigen. Aber eines Tages wandte er sich gegen seinen Schöpfer. Er verursachte Verfall und Zerstörung, bis es dem Rabbi letzten Endes gelang, das Stück Papier unter seiner Zunge herauszuziehen. Der Golem zerfiel zu einem Haufen Ton. Ariel Sharon ist kein Rabbiner, und die Kabbalah ist für ihn ein Buch mit sieben Siegeln. Aber er schuf einen Golem: die Siedlerbewegung in den besetzten Gebieten. Er war sicher, dass der Golem ihm dienen würde. Schließlich haben die Siedler ihm alles zu verdanken. Er war es, der sie seit Jahrzehnten nährte, sie mit großen Budgets ausstattete, für sie alle seine politischen Positionen, die er hinter einander inne hatte, ausbeutete: das Ministerium für Landwirtschaft, der Verteidigung, das Außenministerium, das Ministerium für Wohnungsbau, Industrie und Handel, für Infrastruktur und am Ende das Amt des Ministerpräsidenten. (Ich erinnere mich, dass ich Sharon vor etwa 25 Jahren in seinem Haus besuchte. Es war im Rahmen einer Recherche für einen biographischen Essay, den ich über ihn schrieb. Meine Frau und ich saßen mit Lilly Sharon in der Küche, die uns ihre Köstlichkeiten servierte. Da bemerkte ich, wie im anschließenden Raum die Führer der Siedler saßen. Sharon ging hin und her und teilte seine Zeit gleichmäßig zwischen uns. Schon damals beobachtete ich , wie die Siedler ihn wie ihren Schutzherrn behandelten.) Während all dieser Jahre, von der Zeit an, als er in den siebziger Jahren kommandierender General des südlichen Sektors war, versuchte er jeden, den er traf – Israelis und Ausländer gleichermaßen – mit Tiraden zugunsten der Siedlungen zu überzeugen; er breitete Karten vor ihnen aus (er hat immer Landkarten bei sich) und forderte sie auf zu handeln. Nach ihm war es lebensnotwendig, Siedlungen aufzubauen, um das ganze Eretz Israel – vom Mittelmeer zum Jordanfluss (mindestens) – in einen jüdischen Staat zu verwandeln, um die palästinensischen Gebiete in Streifen zu teilen und die Schaffung eines palästinensischen Staates zu verhindern, der ein Hindernis für die Ausführung aller Ziele des Zionismus sein würde. Wie ein Bulldozer ohne Bremsen ebnete er jede Opposition ein. Er sorgte dafür, dass viele zehn Milliarden Dollar den Siedlungen zu gute kamen (die genaue Summe kann nicht ermittelt werden, da sie in verschiedenen Ecken des Budgets versteckt sind), dass zu ihren Gunsten die Gesetze verbogen wurden und dass die Armeeoffiziere dafür gewonnen wurden, ihnen zu dienen. Auf diese Weise ist ein enges Netzwerk von Siedlungen und speziellen Straßen entstanden mit vielleicht 250 000 Siedlern – wer zählt sie schon?

Als er den Slogan „einseitige Abtrennung" prägte, hätte er nicht daran gedacht, dass die Siedler wirklich opponieren würden. Schulden sie ihm nicht alles? Sind sie nicht seine verwöhnten Kinder? Sollten sie ihm nicht unbegrenzt dankbar sein? Sharon bot ihnen einen Deal an, der ihm ganz besonders vernünftig erschien (wie es früher Yossi Beilin erschien, der diesen Deal erfand, und Ehud Barak, der ihn zu erfüllen versuchte): Gib die isolierten Siedlungen mit ein paar zehntausend Siedlern auf und bewahre dafür die großen Siedlungsblocks mit 80 % der Siedler, die dann Israel einverleibt werden. Opfere ein paar Finger, um den ganzen Körper zu erhalten. Auf diese Weise retten wir nicht nur das Siedlungsunternehmen, sondern gewinnen den größten Teil der Westbank.

Aber nachdem der Golem das Stück Papier unter seiner Zunge hatte, verhält er sich nach seiner eigenen Logik. Er dachte gar nicht daran, die Dutzende von kleinen Siedlungen aufzugeben, noch dazu, wo dort der harte Kern der messianischen Fanatiker lebt. Ihm war auch klar, dass die Evakuierung der ersten Siedlung einen Präzedenzfall schaffen würde und so gegen alle anderen genützt werden könnte. Die wirklichen Siedler mögen für die Gush Kativ-Siedler im Gazastreifen, die in erster Linie berechnende Geschäftsleute sind, nur Verachtung übrig haben; aber ihnen ist klar, dass die Schlacht um Gush Kativ der entscheidende Test ist.

Wie der Maharal hat Sharon seinen Golem unterschätzt. Er behandelte ihn als Diener. Wie kann er Respekt vor einem Geschöpf haben, dass er mit eigenen Händen erschaffen hat? Nun macht er die Erfahrung, dass es leichter ist, einen Golem zu erschaffen, als ihn wieder aufzulösen. In den unzähligen Interviews, die Sha-

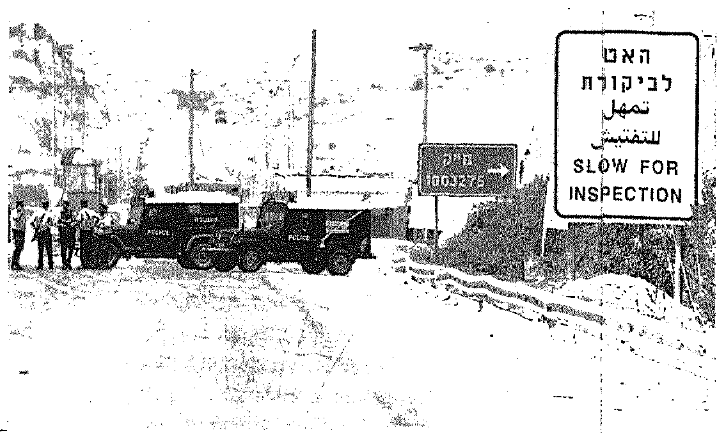
ron über das letzte Wochenende gab, erklärte er, dass die Siedler nur eine kleine Minderheit des Volkes seien. Und in der Tat, sogar nach den Siedlern selbst, sind es nur 4% der Bürger Israels. Aber die Zahl gibt nicht die tatsächliche Macht zum Ausdruck. In einer demokratischen Gesellschaft überwältigt eine kleine fanatische und hoch motivierte Minderheit eine große, aber gleichgültige und schlaffe Mehrheit.

Sharon verlässt sich auf die Tatsache, dass die Siedler in Israel nicht beliebt sind. Sie sind gewalttätig und unbändig; sie reden, kleiden und benehmen sich anders, sogar ihre Körpersprache ist anders. Der normale Israeli sieht sie als bizarre Sekte an. Zu guter Letzt hat der Israeli auch die Tatsache zur Kenntnis genommen, dass die Siedlungen Milliarden verschlingen, die Israel zur wirtschaftlichen und sozialen Wiederherstellung dringend benötigt. Aber im Laufe von Jahrzehnten haben die Siedler einen großen Kontroll- und Propaganda-Apparat aufgebaut. Langsam und geduldig haben sie die Armee unterwandert, in der sie nun Schlüsselpositionen einnehmen, die früher Kibbuzmitglieder inne hatten. Ihre unabhängigen Medien dehnen sich aus, während die Linke im Laufe der Jahre buchstäblich all ihre unabhängigen Medien aufgaben. Die Siedler sind im Besitz großer Fonds, nicht nur das Geld, das durch Hunderte von Kanälen aus dem Staatshaushalt fließt, und nicht nur die großen Gaben amerikanisch-jüdischer Multimillionäre, sondern auch aus dem großen Fonds der amerikanischen, fundamentalistischen Christen.

Man mag sich fragen: welche Torheit ritt Sharon, als er vorschlug, nur die Likudmitglieder sollten die Entscheidung über den Plan treffen? War ihm nicht klar, dass dies das einzige Schlachtfeld war, wo die Siedler mit überlegener Stärke gebieten? Er fiel in seine eigene Falle. Warum? So ist es gewöhnlich mit siegestrunkenen Generälen: aus purer Arroganz und Verachtung für die Gegner. Auf dem Gipfel seiner Macht träumte er nicht von den Hausbesuchen en masse, den emotionalen Appellen, den gut geschmierten logistischen Maschinen der Siedler, die mit dem Geld des Staates geschaffen wurden. Die meisten Siedler sind diszipliniert. Wie jede messianische Sekte gehorchen sie ohne Vorbehalt ihren Führern, den „Yesha-Rabbinern" (Yesha ist die hebräische Abkürzung für Judäa, Samaria und Gaza) Dies ist eine totalitäre Struktur, im wörtlichsten Sinne: totaler Glaube, totale Organisation, totale Disziplin. „Mein



Kopf unterstützt den Scharonplan, aber mein Herz unterstützt die Siedler," bekannte ein Likudmitglied. Das ist ganz natürlich: Wenn ein Siedlerpaar mit Baby – und da gibt es immer ein Baby im festgebundenen Babytuch – zu seiner Wohnung kommt und fragt: „Willst du uns aus unserem Heim verjagen?" – wie kann er dem widerstehen? Schließlich hat er sein ganzes Leben gehört, dass es das nationale Ziel sei, das ganze Eretz Israel zu besitzen, dass die Siedler das Salz der Erde seien, dass man die ganze übrige Welt vergessen könne – und plötzlich kommt dieser Mann, Sharon, und sagt das Gegenteil? Doch muss daran erinnert werden, dass nur weniger als 2 % der israelischen Wählerschaft in diesem Parteireferendum gegen den Sharonplan gewählt hat. Bei den letzten Wahlen erhielt der Likud weniger als 30 % der Stimmen. Weniger als ein Viertel von diesen sind Likudmitglieder, die berechtigt waren, an diesem Referendum teilzunehmen. Von diesen haben nur die Hälfte tatsächlich abgestimmt. Und von diesen haben weniger als zwei Drittel gegen den Plan gestimmt. Diese sind zusammen mit den Siedlern, die keine Likudmitglieder sind, der Golem. Nur ein positives Ergebnis hatte dieses Referendum: plötzlich wacht die Öffentlichkeit auf und begreift, dass der Golem in ihrer Mitte lebendig ist. Schon vom ersten Augenblick an gab es die warnende Schrift an der Wand: die Siedlerbewegung saugt das Mark aus dem Staat, sie ist ein Hindernis für den Frieden, sie ist eine Gefahr für die israelische Demokratie und selbst für die Zukunft des Staates . Jetzt sieht die allgemeine Öffentlichkeit auch die Gefahr, die durch den rasenden Golem repräsentiert wird. Noch ist es Zeit, das Stück Papier unter seiner Zunge zu entfernen. Noch.



Tom Kucharz

Spanien – Globalisierung und Migrationsregime

„Spanien steht nicht mehr am Rande Europas."
Ehemalige spanische Außenministerin Ana Palacio im Februar 2003 (Izvestia)

Es ist nur 25 Jahre her, seit das spanische Parlament seine aktuelle Verfassung verabschiedete. Damit suchte es, mit dem Segen des noch heute amtierenden Königs Juan Carlos II, den Weg in Richtung „Demokratie". Die Militärdiktatur (1939–1977) unter General Franco hatte Hunderttausende Todesopfer gefordert, unzählige Menschen wurden ins Exil getrieben. Es gab hohe Arbeitslosigkeit, Armenviertel und Seuchen, es fehlte an Unterkünften und Infrastruktur. Nach dem II. Weltkrieg erhielt das Land wesentliche finanzielle Unterstützung nur aus den USA, innereuropäisch blieb es aber isoliert. Aufgrund einer enormen Nachfrage nach Arbeitskräften in den sich rasch entwickelnden Industriehochburgen in Nord- und Mitteleuropa wanderten zwischen 1950 und 1975 etwa zwei Millionen Spanierinnen und Spanier vor allem nach Deutschland, Holland, Frankreich, England und in die Schweiz aus. Eine unbekannte Zahl suchte Zuflucht in Lateinamerika. Zwischen 1975 und 1990 kehrten eine halbe Million aus den europäischen Ländern zurück.[1]

1986 trat Spanien der Europäischen Gemeinschaft bei und verwandelte sich seitdem in ein postmodernes Industrieland, jedoch mit einem deutlichen Akzent auf den Bereichen Dienstleistung und Landwirtschaft. Die arbeitsplatzintensiven Industrien, wie Werften, Stahlproduktion oder Bergwerke fielen der globalisierten Weltwirtschaft zum Opfer. Heute hat Spanien die höchste Erwerbslosenquote in der Europäischen Union (EU), wie auch den größten Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Es ist bemerkenswert, dass dieses Land mit nur 40 Millionen Einwohnern in relativ kurzer Zeit vom Außenseiter zur achtgrößten Wirtschaftsnation der Welt aufstieg. Heute wächst das Bruttoinlandsprodukt jährlich um 2,5 %, mehr als in allen anderen EU-Ländern. Das spanische Kapital investiert in Lateinamerika wie bisher nur die USA. Die ehemalige spanische Regierung beteiligte sich am Krieg gegen den Irak und blockierte die Entscheidung über die Ausgestaltung des EU-Verfassungsprojekts. Aus dem einstigen Emigrationsland wurde ein Einwanderungsland, das sich im Zuge der letzten Jahre zu einem Vorreiter fragwürdigen Umgangs mit Einwanderern und Flüchtlingen (MigrantInnen) mauserte und an dessen Grenzen jedes Jahr Hunderte Menschen qualvoll ihr Leben verlieren.

Auswirkungen der Attentate vom 11. März 2004

Mitten in der morgendlichen Rushhour explodierten am 11. März 2004 in vier vollbesetzten Madrider S-Bahnzügen zehn Sprengsätze, die etwa 200 Menschen das Leben kosteten und mehr als 1.500 verletzten. Das schwerste Attentat der spanischen Nachkriegsgeschichte, verübt durch islamische Extremisten, offenbarte die Verwundbarkeit europäischer Metropolen.

54 der Todesopfer hatten keine spanische Staatsbürgerschaft. Viele illegalisierte Osteuropäer, Marokkaner und Lateinamerikaner sind täglich mit der S-Bahn unterwegs, um zwischen den westlichen Vorstädten, den südlichen Arbeitervierteln und dem Stadtzentrum zu pendeln. Der ehemalige Ministerpräsident, José María Aznar, sprach am Tag der Attentate ausschließlich von „spanischen" Terroropfern. Doch um die Leichen identifizieren zu können, kündigte er am nächsten Tag an, allen Angehörigen der Opfer ohne Aufenthaltsstatus umgehend die spanische Nationalität zuzuerkennen. Damit wagten sich die illegalisierten Menschen, den Behörden die Identität ihrer Freunde oder Angehörigen mitzuteilen. Viele von ihnen werden trotzdem nicht an die ersehnten Papiere gelangen: Das Regierungsangebot bleibt auf LebensgefährtInnen, Kinder und Eltern beschränkt.

Nachdem bekannt wurde, dass sich eine Al-Qaeda-Zelle aus Marokko zu den Bombenanschlägen bekannte und es sich bei den Attentätern um marokkanische Staatsbürger handeln würde, streuten die Medien die ersten fremdenfeindlichen Berichterstattungen. Sofort wurden die polizeilichen Maßnahmen in Stadtvierteln mit hohem Ausländeranteil verschärft und willkürliche Kontrollen von Menschen mit dunkler Hautfarbe ausgeweitet, insbesondere im Madrider Stadtteil Lavapies, in dem mehrere Verdächtige festgenommen wurden. Muslime verschiedener Städte zeigten sich bestürzt über die Anschläge und befürchten Kriminalisierungen. Viele teilen die Angst, es könne sich ein rassistisches Pogrom wiederholen, wie es bereits im Jahr 2000 in El Ejido[2] stattgefunden hatte. Mohamed El Afifi, Sprecher einer Madrider Moschee, stellte klar: „Für uns wie für den Rest der hier Lebenden ist das Attentat nicht hinnehmbar und brutal. Wir verurteilen es auf Schärfste."[3]

Als Folge des schrecklichen Massakers in Madrid sowie der Medienmanipulation der Regierung Aznar beteiligten sich mehr als 77 % der Wahlberechtigten an den Parlamentswahlen drei Tage später. Mit 42,64 % gewann die sozialdemokratische Partei (Partido Socialista Obrero Español – PSOE) die Wahl und wird damit die nächsten vier Jahre an der Macht sein. Ihr

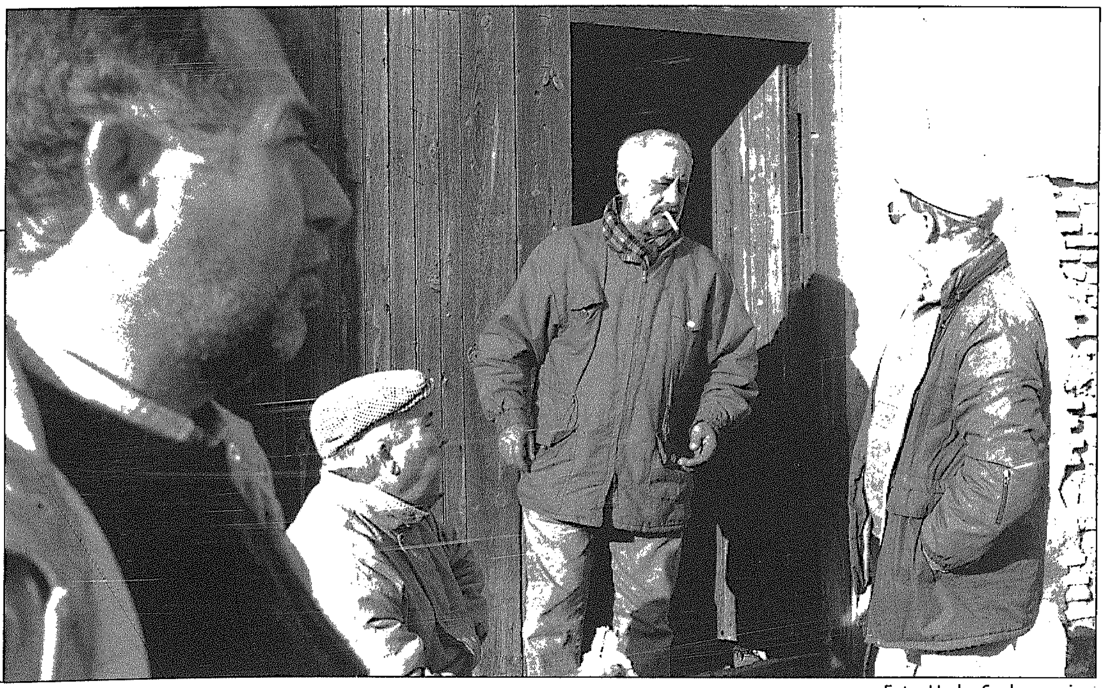


Foto: Herby Sachs, version

Generalsekretär, José Luis Rodriguez Zapatero wird als neuer Ministerpräsident die Zukunft des Landes beeinflussen.

Viele Augen sind nun nach Spanien gerichtet. Wird Zapatero wirklich die spanischen Truppen aus dem Irak abziehen, wie er es angekündigt hat? Einigt sich die Europäische Union nun doch über die EU-Verfassung? Verlässt die Regierung unter Zapatero den Pfad der US-Partnerschaft und beugt sich den Interessen in der Union? Die ersten Verlautbarungen Zapateros deuten auf eine Kehrtwende in der Außenpolitik hin. Es darf aber nicht vergessen werden, dass sich die Europapolitik der PSOE nicht wesentlich von der der Volkspartei (Partido Popular) unterschied.

Es werde für Zapatero einfacher sein, zum Beispiel im Nahost-Konflikt eine völlig andere Position einzunehmen als Aznar, so der Politikprofessor Carlos Taibo. Die Probleme innerhalb der Europäischen Union, wie die Fragen zur Stimmenverteilung, der Stabilitätspakt oder die Beibehaltung der Strukturfonds nach der Osterweiterung, blieben aber bestehen. „Viele fragen sich, ob es möglich ist, offen die Aggression der USA im Irak zu kritisieren, ohne zugleich das gesamte Komplott zu hinterfragen: Es hatte doch schon mit Hilfe der vorigen sozialistischen Regierung dazu verleitet, sich den USA zu unterwerfen."[4] Schließlich war es die PSOE, die seit dem Wahlsieg 1982 eine verstärkte NATO-Partnerschaft unterstützte und nie den Ausbau sowie die Nutzung der US-Basen in Moron und Rota kritisierte. Aus ihren Reihen stammt ebenfalls Javier Solana, der vom ehemaligen „Anti-Nato-Aktivisten" zum Nato-Generalsekretär mutierte und heute als Verantwortlicher der EU-Außenpolitik die Militärstrategie der Europäischen Union formulierte.[5]

Bezüglich der Migrationspolitik sind größere Veränderungen ausgeschlossen, da die PSOE die letzten Verschärfungen des Ausländergesetzes mitgetragen hat.

Es bleibt abzuwarten, welche Weichen die neue Regierung stellen wird. Es könnte sich unter den gegebenen Umständen schnell zeigen, dass der in den Medien beschworene „Wechsel unter Zapatero" in vieler Hinsicht nichts anderes als die Kontinuität der bestehenden Verhältnisse bedeutet.

Spaniens strategische Lage und Migrationsrouten

Mit den Beziehungen nach Lateinamerika und zu den Maghreb-Staaten, wie auch mit der Lage im Südosten Europas hat Spanien eine strategisch entscheidende Lage in wirtschaftlicher Hinsicht wie auch hinsichtlich der Migrationsrouten. „Die iberische Halbinsel ist die natürliche Brücke nach Lateinamerika"[6], so der Präsident des Verbandes spanischer Spediteure (FETEIA), Jesus Cuellar. Mit seinen 144 wöchentlichen Flügen nach Lateinamerika ist Madrid der einzige europäische Flughafen mit täglichen Verbindungen in diese Region.

Neben der importierten Luftfracht landen dort täglich etwa 300 LateinamerikanerInnen mit Touristenvisa, die ihren Rückflug nicht benutzen werden. Damit zählt Madrid-Barajas zu den sechs europäischen Flughäfen, über den die meisten MigrantInnen nach Europa einreisen.

Durch die Straße von Gibraltar (el Estrecho), einer Meeresenge von nicht einmal 15 km Breite, kreuzen 10 % des internationalen Seeverkehrs. Unter den Handelsschiffen sind jährlich bis zu 5.000 Erdölfrachter, die das „schwarze Gold" aus dem Nahen Osten nach Europa und Amerika verschiffen.[7] Der an der Straße von Gibraltar liegende Hafen Bahía de Algeciras, die europäische Seebrücke nach Afrika,[8] ist der wichtigste spanische Frachtumschlagsplatz.

Des weiteren gewinnen die Häfen der Kanarischen Inseln (Las Palmas und Teneriffe) stetig an Bedeutung.[9] Deren Transportinfrastruktur soll in Zukunft auch als Dreh- und Angelpunkt für die Afrikageschäfte dienen. So ist beispielsweise die US-Regierung daran interessiert, die günstige geostrategische Lage der Inselkette für die „Kanalisierung" seiner Investitionen in Westafrika auszunutzen.[10]

Sowohl die Straße von Gibraltar, wie auch der Seeweg zwischen Nordafrika und den Kanarischen Inseln sind ebenfalls zu bedeutenden Einreiserouten für MigrantInnen geworden. Diese Wege sind aber nicht nur wegen ihrer zunehmenden Militarisierung äußerst gefährlich, der

enorme Schiffsverkehr von Handelsschiffen und Personenfähren beispielsweise in der Straße von Gibraltar erhöht das Risiko, das Meer per Schlauchboot zu überqueren.

Schon rüstet das spanische Verteidigungsministerium – in Zusammenarbeit mit dem Pentagon – seine Schiffsflotte auf. Die Regierung argumentiert, dies diene dem Schutz vor einem Angriff des „internationalen Terrorismus" auf die strategischen Wasserstraßen.[11]

Deutlicher wird das Verteidigungsministerium im Strategiedokument zur Neuausrichtung der Armee. Hier taucht nicht nur die Verletzbarkeit des Staates durch terroristische Anschläge auf. Neben der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sieht das Ministerium auch in der „massiven illegalen Einwanderung" eine „Gefahr für die nationale Sicherheit".[12]

Außerdem wird das Militär zunehmend in die Abwehr der Migration eingebunden, obwohl der ehemalige Verteidigungsminister, Federico Trillo, bisher auf eine nur „ergänzende Rolle" zum Innenministerium (Nationalpolizei, Guardia Civil) bestanden hatte. Regionalregierungen aus Fuerteventura (Kanarische Inseln) und Sevilla (Andalusien) bitten die Armee hingegen, aktiver gegen die „illegale Einwanderung" vorzugehen. In Ceuta und Melilla existieren bereits mehrere Armeecamps, in denen Flüchtlinge bis zu ihrer Abschiebung festgehalten werden. Auch in Alcarras (Katalonien) wurde die Armee eingesetzt, um MigrantInnen in Camps „unterzubringen", weil mehr als 3.000 von ihnen in der Erntesaison keine Beschäftigung gefunden hatten und deshalb auf der Straße leben mussten.[13]

Seitdem die Schengener Visabestimmungen für Marokko 1991 in Kraft traten,[14] ist die Meeresenge zwischen Afrika und Europa zu einem der grausamsten Kapitel der EU-Migrationspolitik geworden: ein afrikanisches Massengrab. Menschenrechtsorganisationen sprechen davon, dass in den letzten 12 Jahren mehr als 4.000 Menschen bei dem Versuch umgekommen sind, ohne „Einreisegenehmigung" nach Spanien zu gelangen.

Vorreiter der EU-Migrationspolitik

Scheinbar unbemerkt wurde der spanische Staat zu einem Vorreiter einer „harmonisierten" Migrationspolitik auf europäischer Ebene. Einerseits wird die Abwehr von Flüchtlingen verschärft, andererseits die Einreise von Arbeitskräften reguliert, je nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. Zieht man die aktuellen Angaben der europäischen Statistikbehörde, Eurostat, in Betracht, so ließen sich im Jahr 2003 in Spanien 22,9 % der in die Europäische Union einwandernden Personen nieder. Damit löste es Deutschland in der EU-Rangliste um die höchsten Aufnahmezahlen ab.

In der sechsmonatigen EU-Ratspräsidentschaft im Jahre 2002 rief Aznar dazu auf, die „heuchlerischen Masken der europäischen Einwanderungspolitik fallen zu lassen"[14]. Zwar wurde sein Vorschlag, jene Länder mit Sanktionen zu bestrafen, die nicht mit der EU-Migrationspolitik kooperierten, vorerst auf Eis gelegt. Auf dem EU-Gipfel in Sevilla wurde aber vereinbart, dass die „illegale Einwanderung" Bestandteil der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik sei und die Kontrolle der EU-Außengrenzen abermals verschärft werden solle. Die Europäische Union stelle jenen Staaten Gelder bereit, die ihre aus der Union abzuschiebenden Staatsbürger wieder aufnehme. Das politische Asyl wurde auf Drängen Spaniens neu definiert, eine jährliche Revision der Liste visapflichtiger Länder angekündigt sowie ein „Aktionsplan gegen die illegale Einwanderung" gestartet. Dieser Plan beinhaltet auch die Überwachung von Mobiltelefonen, den Bau neuer Abschiebezentren sowie die Überprüfung bzw. Reduzierung der Einwanderungsquoten von ArbeitsmigrantInnen.

Spanien setzte in den letzten zehn Jahren alles daran, auf die europäische Dimension der Flüchtlingspolitik hinzuweisen[15] und forderte vehement Mittel und politische sowie juristische Initiativen ein, um die nationalen Kosten der „Grenzsicherung" auf alle Unionsmitglieder umzulegen. „Die Bewachung der Grenzen ist keine nationale, sondern eine EU-weite Angelegenheit", so der ehemalige Regierungsbeauftragte für Migration, Ignacio Gonzales, „dessen Kosten es gelte gemeinsam zu bestreiten"[16]. Die Europäische Kommission wird nun 2005 sechs Millionen Euro, im Jahr 2006 zehn Millionen Euro in den Aufbau einer europäischen Grenzagentur stecken, um die Zusammenarbeit an den Außengrenzen zu verbessern.

Weiterhin forderte die Madrider Regierung eine EU-weite Regelung der Abschiebungen. Sie konnte erreichen, dass zukünftig Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern auf der Ebene der Europäischen Union verhandelt werden. Damit geraten die betreffenden Staaten unter Druck: Einem EU-Mitglied die Unterstützung in Sachen Einwanderung aufzukündigen, mag im Bereich des Möglichen liegen, aber die Zusammenarbeit mit einem derart wichtigen Wirtschaftsblock der Welt aufs Spiel zu setzen, wird sich wohl kaum eine Regierung leisten können.

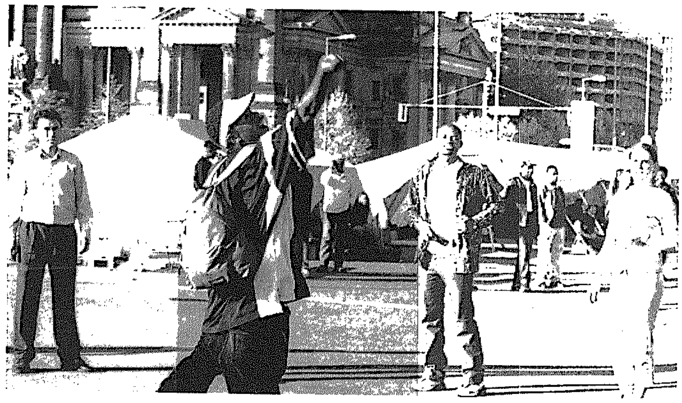


Foto: Christian Ditsch, version

Ein Beispiel dafür ist Marokko. Hatte die marokkanische Regierung noch 1992 eingewilligt, alle afrikanischen Flüchtlinge aufzunehmen, die Spanien abschiebt, so weigerte sie sich mit der zunehmenden Zahl der Abgeschobenen, die Verantwortung für diese humanitäre Katastrophe zu übernehmen[17] und alle von Spanien ausgewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen. Die Regierung behielt sich vor, jeden einzelnen Fall zu prüfen. Im Jahre 2000 bat Spanien in Brüssel schließlich darum, ein Abkommen mit Marokko zu treffen, um die ImmigrantInnen ohne Papiere „problemlos" wieder nach Marokko zurückführen zu können.[18] Darauf hin lenkte Marokko im März 2002 ein.[19]

Das reichte der spanischen Elite noch nicht aus. Sie machte Marokko weiterhin schamlos für die illegale Einwanderung nach Europa verantwortlich, weil „seine Grenzen zu durchlässig" seien. „Die illegale afrikanische Immigration wird an den marokkanischen Küsten verursacht, also ist es dort, wo eingegriffen werden muss", erklärte der Staatssekretär für Auswärtiges, Miguel Nadal.[20] Der frühere spanische Außenminister, Josep Pique, beschuldigte die marokkanische Polizei, mit den „Mafiabanden des Menschenhandels" zusammenzuarbeiten. Marokkos Staatsoberhaupt, König Mohammed VI, war bis dahin der Ansicht, die „Mafia" komme aus Spanien und seine Regierung habe mit der Migration nichts zu tun. Dem hielten die spanischen Medien und Regierungsvertreter entgegen, dass 60 % der irregulären MigrantInnen, die nach Spanien gelangen, marokkanischer Staatsbürgerschaft seien.[21]

Mohammed VI kündigte schließlich an, eine Spezialtruppe von 2.500 Mann für den Kampf „gegen die heimliche Emigration" aufzustellen und kam damit den spanischen Forderungen nach. Seit 2004 patrouillieren marokkanische Polizisten außerdem auf Schiffen der spanischen Küstenwache zwischen El Aaiún und Fuerteventura, um mit „operativen Informationen über die Herkunft der Fischerboote" die Quote abgefangener MigrantInnen „zu verbessern".[22]

Unter der verschärften Politik haben vor allem die Flüchtlinge zu leiden, wie an einem Beispiel vom Oktober 2003 deutlich wurde. In der Bucht von Cadiz (Andalusien) waren mehr als 50 MarokkanerInnen in einem Schlauchboot verunglückt. Die marokkanische Regierung sorgte sich jedoch nicht um das „Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit" ihrer Staatsbürger. Auf marokkanischer Seite kritisierten nur kleinere Zeitungen und die Organisation der Familienangehörigen von verschwundenen MigrantInnen das „absolute Schweigen" ihrer Eliten.[23] Auf spanischer Seite warf die parlamentarische Linke den zuständigen Behörden vor, fahrlässig gehandelt zu haben. Die andalusische Küstenwache ließ sich mehr als eine Stunde Zeit, um den SOS-Funksignalen eines Containerschiffes nachzukommen. Das Innenministerium sah „keinerlei Fehler" im Handeln der Sicherheitsbeamten.

Die Regierung Aznar erreichte durch ihre aggressive Diplomatie, die Weiterreise von ImmigrantInnen aus Ländern südlich der Sahara bereits in den Maghrebstaaten zu bremsen. Einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge,[24] überqueren jedes Jahr 80.000 MigrantInnen die Grenzen Algeriens und Libyens, doch nur 10.000 bis 16.000 schaffen es, ihre Reise nach Europa fortzusetzen. Alle anderen bleiben in den Maghrebstaaten. Damit verlagerten sich die Schengengrenzen nach Süden. Die spanische Regierung entledigte sich eines Teils des schmutzigen Krieges gegen die Flüchtlinge, den nun die betreffenden Behörden der Maghrebstaaten übernehmen. So wurden sie direkt in die Umsetzung der europäischen Abschottungspolitik eingebunden.

Marokko verwandelt sich also in ein „Nadelöhr" der Europäischen Union. Das werde nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen nicht nur die Situation afrikanischer Flüchtlinge in diesem Staat verschlechtern, weil die sozialen Konflikte in Marokko auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Zunehmen wird auch die Militarisierung der Region, die willkürlichen Abschiebungen sowie die Repression gegen die einheimische Bevölkerung. Die spanische Regierung finanziert bereits marokkanische centros de concentración und benutzt die Entwicklungshilfe zur Aufrüstung und Modernisierung der marokkanischen Polizei.[25] Damit folgt es dem Vorschlag der britischen Regierung, außerhalb der Europäischen Union „Zentren zur Asylbearbeitung" einzurichten, um die „Flüchtlingsströme von den EU-Grenzen fernzuhalten".

Ausländergesetz

Das spanische Ausländergesetz ist wohl das repressivste in Europa. In vier Jahren wurde es dreimal verschärft, mit den Stimmen der sozialdemokratischen Opposition. Es spricht den MigrantInnen ohne Papiere, den sin papeles, nicht nur jegliche Rechte ab, sondern macht sie zu Sklaven der spanischen Wirtschaft. Die letzte Gesetzesänderung trat Anfang 2004 in Kraft. Sie „eliminiert praktisch die wenigen legalen Wege zur Einreise und Legalisierung des Aufenthaltes, die bisher noch existierten", erklärte die Organisation SOS Racismo. „Deshalb ist es ein Gesetz, das die irreguläre Immigration fördert, dessen Ergebnis wir kennen: Tote im Meer, wachsendes Geschäft der Schleppernetzwerke, Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt, soziale Ausgrenzung, Rassismus."[26] Mehr als eine Million sin papeles müssen in ständiger Angst und Unsicherheit leben.

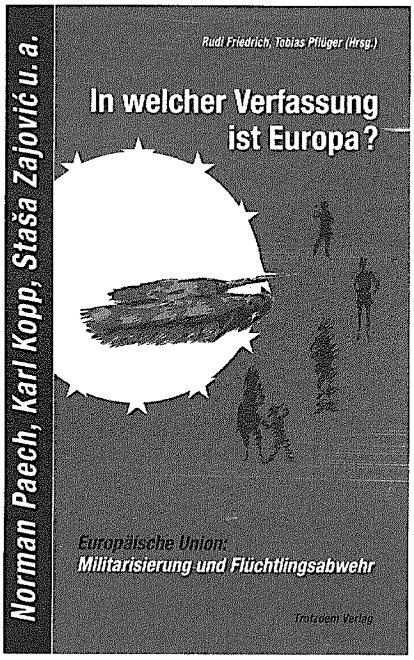
Zwei Aspekte des Gesetzes sollen hier näher beleuchtet werden. Zum einen werden die Grenzkontrollen verschärft und



Foto: Herby Sachs, version



Foto: Herby Sachs, version



In welcher Verfassung ist Europa?

Europäische Union: Militarisierung und Flüchtlingsabwehr
Hrsg. von Rudi Friedrich, Connection e.V., Karl Kopp, Pro Asyl und Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung e.V.
April 2004, 96 S., ca. 7 Euro
ISBN 3-931786-37-4
Trotzdem Verlagsgenossenschaft eG, Grafenau

Erstmalig wird mit diesem Buch die Abschottungs- und Militärpolitik der Europäischen Union dargestellt - mit Analysen und Positionen aus verschiedenen Ländern. Die Beiträge liefern wichtige Hintergrundinformationen für eine Kampagne, die grundlegende Inhalte der EU-Politik, wie auch der geplanten Verfassung in Frage stellen.
Mit Beiträgen von Norman Paech, Stasa Zajovic (Belgrad), Coskun Üsterci (Türkei), Tom Kucharz (Spanien), Helmut Dietrich u.a.

die inneren und äußeren Grenzen verlagert. Nun nehmen die Fluggesellschaften, Busunternehmen oder Botschaften die Funktion der Grenzpolizei ein. Es wird beispielsweise von den Fluggesellschaften verlangt, die Passagiere aufzulisten, die nach Spanien reisen oder sich im Transit aufhalten. Sie sollen auch die persönlichen Daten unbenutzter Rückflugtickets unverzüglich an die Polizei weiterleiten. Wer gegen diese Normen verstößt, muss mit Geld- oder Haftstrafen rechnen und für die Kosten der Abschiebungen aufkommen. Damit wird das Recht auf Asyl enorm eingeschränkt: Die Fluggesellschaften filtern aus Vorsicht vor Sanktionen bereits bei der Abreise Personen heraus, indem sie ihnen das Check-In versagen. Angestellte von Privatgesellschaften entscheiden somit, ob eine Person ein „potentieller" Asylsuchender ist oder nicht.

Zum anderen vereinfacht das Ausländergesetz den Prozess der Abschiebungen. Es wurde mit Regelungen im Strafgesetzbuch verbunden und stellt so eine Beziehung zwischen Migration und Verbrechen her. Vor vier Jahren hatte die Regierung eine Wahlkampagne zum Thema „Innere Sicherheit" durchgeführt. Seitdem drohte sie damit, „straffällig gewordene Ausländer abzuschieben". Dieser Slogan brachte der Volkspartei nicht nur die absolute Mehrheit, er wurde von der Justiz tatkräftig unterstützt und seit 2002 EU-weit durchgesetzt. Staatliche Behörden können heute die sofortige Abschiebung für Personen fordern, denen Delikte mit einer Strafandrohung von sechs Jahren oder mehr Gefängnis vorgeworfen werden – bevor ein Urteil über Schuld oder Unschuld vorliegt. Sollte die Abschiebung nach drei Tagen nicht vollzogen sein, kann ein Richter die Einweisung in ein Abschiebezentrum für bis zu 40 Tage anordnen. MigrantInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus oder mit einem Abschiebeverfahren eines anderen EU-Landes können sogar ohne richterliche Prüfung ausgewiesen werden. Wer einmal abgeschoben wurde, darf Spanien 10 Jahre lang nicht mehr betreten.

Nach Angaben der Regierung wurden im Jahre 2002 insgesamt 74.467 Menschen abgeschoben oder an den Grenzen abgewiesen. Im Jahr darauf wurde der Etat zur Umsetzung von Abschiebungen noch um 186% aufgestockt,[27] was zu deutlich höheren Zahlen führte. Nach Angaben des Ministeriums registrierte die Polizei 2003 bei Personen- und Grenzkontrollen 92.679 Personen „ohne Papiere", die ab- bzw. zurückgeschoben oder an der Grenze abgewiesen wurden.[28] Bei dem Versuch, heimlich über das Meer auf spanisches Gebiet zu gelangen, wurden 10.971 Menschen verhaftet.[29]

Wie in vielen Ländern wurde die „illegale Einwanderung" auch in Spanien öffentlich debattiert. Parteien von rechts bis links machten rassistische Vorschläge auf Kosten der MigrantInnen um Stimmen zu fangen. Darüber hinaus wird mit dem Thema eine antisoziale und autoritäre Politik vorangetrieben und legitimiert. Die MigrantInnen sind für die herrschende Schicht Spaniens eine Art „menschliches Labor", mit dem sie erprobt, wie weit sie mit der Einschränkung von Grund- und Menschenrechten gehen kann, ohne den status quo in Gefahr zu bringen. So wird der „Kampf gegen die illegale Einwanderung" immer wieder als Vorwand benutzt, um demokratische Rechte abzuschaffen, den Arbeitsmarkt zu deregulieren und das unzureichende Sozialsystem weiter einzuschränken.

Nützliche MigrantInnen – entrechtete Arbeitskräfte

Auf der einen Seite bestimmen Rassismus und Wettbewerbsdenken den gesellschaftlichen Konsens, mit dem das Thema Migration behandelt wird. „50% der Spanier denken, dass es zu viele ImmigrantInnen gibt", so eine Umfrage der Stiftung FUNCAS. Auf der anderen Seite brauche Europa die Einwanderer, um den Alterungsprozess der Gesellschaften zu stoppen und 1,5 Millionen Arbeitsplätze zu bedienen, wie die Europäische Kommission immer wiederholt. Nach Angaben der Weltbank und der spanischen Kommission zur Hilfe der Flüchtlinge (CEAR) benötige Spanien jedes Jahr die Zuwanderung von 300.000 Personen, um das Bruttosozialprodukt, die Geburtenrate und das Rentensystem stabil halten zu können. Schließlich kommen bereits die Hälfte aller neuen Beitragszahler der Sozialversicherung aus dem Ausland. Doch obwohl die MigrantInnen, die in nicht regulierten Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden, zum wirtschaftlichen Wohlstand der Aufnahmeländer beitragen, ist die öffentliche Meinung über „illegale Immigration" äußerst negativ und speist rassistische Reaktionen.[30]

Schauen wir nach Lateinamerika: Während spanische multinational auftretende Unternehmen in Lateinamerika Arbeitslosigkeit, Armut, Vertreibungen, Privatisierungen, Preiserhöhungen und Umweltzerstörung provozieren, wartet die dortige Bevölkerung vor den spanischen Botschaften auf ein Visum oder eine Ar-

beitserlaubnis. Die Opfer der Globalisierung suchen nach einem Ausweg, der nicht nur Erwerbsmöglichkeiten verspricht, sondern auch die Ernährung in der Heimat zurückgebliebener Familienangehöriger garantiert. In den von Krisen geschüttelten Ländern wie Ecuador oder Argentinien dominiert die Logik, aus Sprachgründen nach Spanien auszuwandern. So stieg der Anteil lateinamerikanischer MigrantInnen allein von 2002 auf 2003 um 43 %, aus Ecuador um 50 % und aus Argentinien um 93 %. In nur 6 Jahren hat sich die Zahl der AusländerInnen verdreifacht. Lebten 1998 etwa 637.085 Ausländer in Spanien (davon 42 % aus der EU), sprechen die offiziellen Statistiken heute von 2.672.596 (21,3 % aus der EU).[31]



Foto: Ute Moschner, version

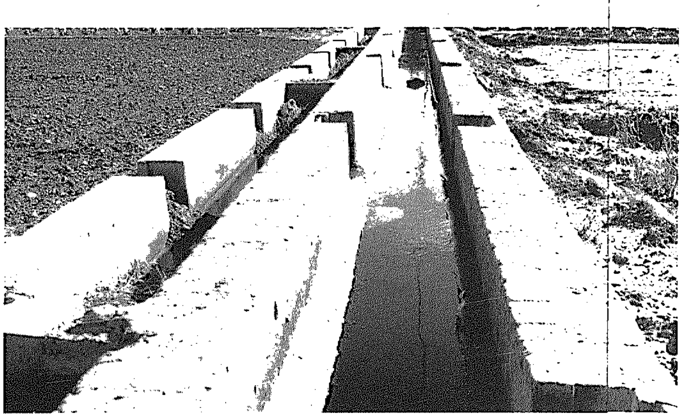


Foto: Herby Sachs, version

Im Durchschnitt schickt jeder Migrant monatlich 300 Euro „nach Hause". Das entsprach im vergangenen Jahr einer Gesamtsumme von 2,3 Milliarden Euro.[32] Für Ecuador sind die Geldtransaktionen die zweitwichtigste Deviseneinnahmequelle. Den Daten der Weltbank zufolge haben die Sendungen einen großen Einfluss auf die Armutsentwicklung. Verringern sich die Geldzuwendungen, erhöhe sich automatisch die Armut.[33]

Einmal am Zielort angelangt, arbeiten die meisten von ihnen in den Nischen des Arbeitsmarktes unter sklavenähnlichen Bedingungen: in der Schuhproduktion, Landwirtschaft, Lederverarbeitung, auf Baustellen, bei Reinigungsbetrieben, in der Prostitution sowie im Hausarbeitssektor.[34] In vielen Fällen schuften sie zu Hungerlöhnen 10 bis 13 Stunden am Tag, ohne Arbeitsvertrag und ohne Sozialversicherung. Dieser Niedriglohnsektor bzw. informelle Arbeitsmarkt erwirtschaftete jedoch 2003 bereits 23 % des spanischen Bruttoinlandsproduktes (130 Mrd. Euro).[35] Das neue Ausländergesetz verschärft die Situation. „Das Angebot von Schwarzarbeitern benutzen die Unternehmer, um die Kosten zu drücken und die Bedingungen zu verschlechtern", stellt die Migrationsbeauftragte der Gewerkschaft UGT, Almudena Fontecha, klar. Dieser Sachverhalt hat unter anderem zur Folge, dass durch die prekären Arbeitsverhältnisse die Unfallquote überdimensional ansteigt. Jeder dritte Tote bei Arbeitsunfällen ist Ausländer.[36]

Unter den MigrantInnen ist die Arbeitslosenquote dreimal so hoch wie beim Rest der Bevölkerung. Die Politik mit Migration ist eine neue Quelle für Armut und Elend, die Sklaven für den europäischen Wohlstandsmarkt produziert. Ob in den Gewächshäusern von Almeria oder den Erdbeerfeldern von Huelva: Inmitten des reichen Europas nächtigen MigrantInnen unter Plastikplanen, Bauschutt und Holzpaletten. Tausende müssen in Kirchen um Nahrungsmittel betteln, leben auf verlassenen Industriegeländen, in Fabriken, Containern, Wohnanhängern, Garagen oder in Parks.

Die Situation hatte sich schon mit dem Inkrafttreten des Ausländergesetzes im Jahre 2001 verschärft. Unternehmen und Großgrundbesitzer weigerten sich „aus Furcht vor juristischen Maßnahmen und Bußgeldern", MigrantInnen ohne Arbeitserlaubnis einzustellen. So waren in den Gemüse- und Obstplantagen lange Zeit bis zu 10.000 Stellen frei, während zahlreiche Familien nicht einmal die Ernährung ihrer Kinder garantieren konnten oder auf der Straße landeten. In den Regionen Murcia, Almeria, Huelva, Katalonien und Castilla de la Mancha häuften sich die humanitären Notsituationen. Unter diesen Umständen war die Mehrheit der Tagelöhner bereit, jedes Arbeitsverhältnis zu akzeptieren. Gerade die niedrigen Lohn- und Nebenkosten machen spanisches Obst und Gemüse auf dem Markt der Europäischen Union so wettbewerbsfähig, während in den Anbaugebieten eine Art Apartheid entstanden ist. An dieser Situation bereichern sich die spanischen Landbesitzer wie die multinationalen Unternehmen Hollands, Frankreichs oder Deutschlands durch den Obst- und Gemüseverkauf in Mittel- und Nordeuropa.

Das Arbeitsministerium spitzte die Situation weiter zu. Es schloss mit den Gewerkschaften Rahmenabkommen ab, mit denen für die Erntesaison größere Kontingente von ArbeitsmigrantInnen zumeist aus Polen, Rumänien, Kolumbien, Ecuador oder dem ehemaligen Jugoslawien angeworben wurden. Mit dieser Maßnahme strafte die Regierung diejenigen, die sich in den Jahren zuvor (2000/2001) an den Massenprotesten gegen die Verschärfungen des Ausländergesetzes mit Kirchenbesetzungen, Hungerstreiks, Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen beteiligt oder sie organisiert hatten. Das traf vor allem die afrikanische Bevölkerung. So wurden beispielsweise polnische Frauen in der Erdbeerprovinz Huelva für jene Arbeit angestellt, die vorher maghrebinische ArbeiterInnen verrichtet hatten. 5.000 bis 6.000 MigrantInnen lebten fortan mit und ohne Papiere unter den bereits beschriebenen inhumanen Zuständen. Wer Papiere hatte, konnte auch nicht einfach in eine andere spanische Provinz gehen, da der Legalisierungsprozess des Jahres 2001 ihnen nur erlaubte, in Huelva legal zu arbeiten.

Um auf ihre ausweglose Lage aufmerksam zu machen, organisierten sie zahlrei-

che Proteste, die bei den Verantwortlichen auf taube Ohren stießen. Die Volkspartei rief gar aus Angst vor der „inneren Unsicherheit" zu Bürgerprotesten auf, an denen sich zum Beispiel in Huelva 3.500 Personen beteiligten. Als die sin papeles schließlich einem permanenten Polizeiterror ausgesetzt waren, entschlossen sich mehr als 600 von ihnen, kurz vor dem EU-Gipfel in Sevilla im Jahre 2002, die Universität Pablo de Olavide zu besetzen. Sie forderten „Papiere für alle" und damit eine Legalisierung des Aufenthaltes aller MigrantInnen. Dem kam die Zentralregierung nicht nach. „Wenn jemand in einem Land Arbeit sucht und sie nicht findet, muss er nach Hause zurückkehren", so die Antwort des damaligen Migrationsbeauftragten, Enrique Fernandez-Miranda. Nach einer zweimonatigen Polizeieinkesselung und ergebnislosen Verhandlungen wurde die Universität polizeilich geräumt. Etwa 270 MigrantInnen wurden festgenommen, 210 von ihnen nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung in einer bisher einmaligen Operation abgeschoben.[38]

Obwohl das spanische Innenministerium letztes Jahr 92.679 Menschen ab- bzw. zurückschieben ließ und damit die neue Abschiebepraxis unter Beweis stellte, zeigen die offiziellen Daten auch, dass im selben Zeitraum mehr als 323.000 Aufenthaltspapiere ausgestellt wurden. In der kurzen Einwanderungsgeschichte Spaniens erhielten noch nie so viele Menschen in einem Jahr Papiere, zudem mit einem Ausländergesetz, das nur eine Arbeitsmigrationsquote von jährlich 30.000 Personen vorsieht. Dies zeigt eines der bedeutendsten Elemente der Ausländerpolitik: Auf der einen Seite wird gegen die „illegale Einwanderung" aufgerüstet und Stimmung gemacht, um „Zuströme zu stoppen" und abzuschieben; auf der anderen Seite wird selektiv das Aufenthaltsrecht erteilt. Es sind „zwei Säulen der Migrationspolitik", wie der Migrationswissenschaftler Frank Düvell schreibt: „Abschiebung der Unerwünschten und Hereinnahme der Nützlichen". Das liefe „in letzter Konsequenz auf einen großangelegten Bevölkerungsaustausch" hinaus.[39]

Deutlich wird damit vor allem, dass im neoliberalen Politikverständnis die Menschen nach wirtschaftlich Nützlichen und Unnützen eingeteilt werden. Der Mensch wird zum „Humankapital". Er wird in einen globalen Prozess der Regulierung von Geld- und Warenströmen eingegliedert, der weltweit einheitliche und günstige Investitions- und Handelsbedingungen schaffen soll.

Mit der militärisch abgesicherten Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene werden nicht nur die Menschenrechtsstandards mit Füßen getreten, sie ist vielmehr ein „menschliches Labor", in dem die gesellschaftlich durchsetzbaren Einschränkungen von Grund- und Menschenrechten erprobt werden – mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung der Herkunfts-, Transit- wie auch der Aufnahmestaaten. Das Beispiel Spanien zeigt dies nur allzu klar.

Leicht gekürzter Beitrag aus dem Buch:
Europäische Union:
Militarisierung und Flüchtlingsabwehr
Hrsg. von Rudi Friedrich, Connection e.V.,
Karl Kopp, Pro Asyl und Tobias Pflüger,
Informationsstelle Militarisierung e.V.
April 2004, 96 S., ca. 7 Euro
ISBN 3-931786-37-4
Trotzdem Verlagsgenossenschaft eG,
Grafenau

1 vgl. C. Pereda, W. Actis, M.A. de Prada: La inmigración extranjera en España, 2000. In: La Inmigración extranjera en España – Los retos educativos. Fundación „la Caixa", Barcelona 2000
2 In El Ejido gab es im Februar 2000 wochenlange Ausschreitungen, bei denen Wohnungen, Geschäfte und Arbeitsplätze algerischer und marokkanischer MigrantInnen in Brand gesteckt und zerstört wurden. Obwohl der Bürgermeister, Juan Enciso (PP), die Pogrome offen unterstützte, folgten keine juristischen oder politischen Konsequenzen daraus. Auch das Versprechen der Regierung, allen obdachlosen Familien eine Unterkunft zu organisieren, wurde nicht eingelöst.
3 nach El País vom 16.3.2004
4 El Periodico de Catalunya vom 16.3.2004
5 vgl. den Beitrag von Tobias Pflüger in diesem Buch
6 auf einer Wirtschaftskonferenz der Spediteure aus Europa, Nord- und Südamerika (ALACAT) in Madrid, Mai 2002
7 vgl. Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucia: El Estrecho: la muerte de perfil. Los derechos humanos y la inmigración clandestina. Sevilla 2003
8 Jedes Jahr passieren vier Millionen Menschen und eine Million Fahrzeuge den Hafen. Von Algeciras nach Ceuta braucht eine Fähre im Durchschnitt nur 30 Minuten, der marokkanische Hafen Tanger ist von Tarifa aus in 35 Minuten zu erreichen.
9 Allein 2003 zählte die spanische Hafenbehörde 119.235 Handelsschiffe im Transitverkehr. Die spanischen Häfen insgesamt erreichten mit mehr als 380 Mio. Tonnen einen neuen Frachtumschlagsrekord. Der Hafen Algeciras schlug 60 Mio. Tonnen um, die Häfen der Kanarischen Inseln 39,3 Mio. Tonnen.
10 so Angel Ferrera, Präsident der Industrie- und Handelskammer Las Palmas in ACN-Press/Diario de Avisos, 29.4.2000. Allein 1999 erreichten die Inseln 1,6 Milliarden Euro an Auslandsinvestitionen.
11 nach El País vom 8.02.2004
12 nach El País vom 18.11.2002
13 vgl. El País vom 27.7.2002
14 Der Schengener Vertrag trat am 25. Juni 1991 in Kraft.
15 nach Berliner Wochenzeitschrift Jungle World vom 18.6.2002
16 vgl. Daniele Weber: Kalkulierte Katastrophen. In: Jungle World vom 17.12.2003
17 nach El País vom 26.10.2003
18 vgl. El País vom 5.9.2001. Die Abschiebungen fanden in ein von Armut geprägtes Land statt. 1998 lebten 3.496.000 Bewohner auf dem Land in Armut, und 1.814.000 in den Städten; www.statistic.gov.ma/pob62bis.htm. Aufgrund einer drohenden humanitären Katastrophe hatte beispielsweise die katholische Kirche aus Ceuta im Herbst 2003 die staatliche Verwaltung um Lösungen für etwa 400 MigrantInnen gebeten, die in der Exklave unter erbärmlichen Bedingungen überlebten.
19 vgl. El País vom 30.5.2000
20 vgl. marokkanische Zeitung Al Ittihad Al Ishtiraki vom 20.10.2003
21 nach El País vom 5.9.2001
22 vgl. die tageszeitung vom 9.12.2003
23 vgl. El País vom 20.1.2004. 2003 wurden an der kanarischen Küste 9.212 Personen verhaftet.
24 vgl. Zeitung As Sahifa vom 7.11.2003
25 www.laverdad.es vom 20.11.2002. Der ehemalige Migrationsbeauftragte, Gonzalez, machte „zukünftige Pläne der Entwicklungshilfen für Afrika von der Rücknahme ihrer Migranten abhängig"; nach El País vom 1.9.2002
26 vgl. Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucia: El Estrecho: la muerte de perfil. Los derechos humanos y la inmigración clandestina. Sevilla 2003
27 SOS Racismo: Contra la ley de Extranjería y su reforma. Barcelona 2003
28 vgl. Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucia ebenda.
29 Darunter allein 49.000 in den autonomen Gemeinden Ceuta und Melilla
30 nach El Mundo 17.1.2004. Andere Medien sprechen von 19.000 (El País vom 10.1.2004).
31 vgl. Wirtschafts- und Sozialausschuss der UNO, Den Haag vom 3.7.1998
32 Carmen Alcaide, Präsidentin des Nationalen Statistikinstituts (INE) in El País vom 29.1.2004
33 so Joaquin Aranda von der Studienabteilung der Sparkasse Caja Murcia
34 Einer Studie von 1998/99 zufolge, erreichte der Anteil der Geldsendungen in Marokko am Einkommen einer Familie, die derartige Einkünfte erhält, 17% in urbanen Gebieten und 10% in ländlichen. Wenn eine Million Marokkaner 1998/99 kein Geld von ihren Angehörigen aus Europa erhalten hätten, wäre die Armut in der Stadt um 23% und auf dem Land um 31% gestiegen. Word Bank Poverty, Update 2000
35 vgl. das Dossier Campaña de la fresa en Huelva, movilizaciones de inmigrantes y encierro en la Universidad Pablo de Olavide, Sevilla 2003
36 vgl. Fundación de Cajas de Ahorros Confederadas (FUNCAS): Papeles de la Economía Española, 2003
37 vgl. Die Gewerkschaft CCOO vom 31.7.2002
38 siehe Dossier Campaña de la fresa en Huelva a.a.O.
39 Frank Düvell: Die Globalisierung des Migrationsregimes. Zur neuen Einwanderungspolitik in Europa. Assoziation A, Berlin 2002

Kurzes

„Zapatistas – Chronik einer Rebellion"

Endlich ist es soweit. Die Berner Videogruppe konnte den Film „Zapatista – Chronik einer Rebellion" fertig mit Untertitel versehen. Damit wird dieses wichtige Dokument für den deutschsprachigen Raum endlich für alle zugänglich!
„Zapatistas - Chronik einer Rebellion"
canalseisdejulio & la jornada, Mexico 2003
O-Ton mit deutschen Untertiteln
Übersetzt durch die Videogruppe Bern in Zusammenarbeit mit der
AG Chiapas, Bern, Schweiz
120 Min, DVD
„Der Film ist eine Chronik der zapatistischen Bewegung, die noch vor dem öffentlichen Auftreten der EZLN am 1. Januar 1994 beginnt und bis zur Auflösung der *Aguascalientes* und Errichtung der *Caracoles* im August 2003 reicht".
Bezug entweder direkt bei Benny, benbaum@bluewin.ch oder um ganz sicher zu sein über das Mobiltelefon +41-76-365 70 99. Selbstverständlich kann auch über die Zürcher Gruppe Kontakt aufgenommen werden.
Versand passiert mit DVD und gegen einen Unkostenbeitrag von 20 Euro bei nicht-kommerzieller Verwendung.

Direkte Solidarität mit Chiapas
Postfach 8616
8036 Zürich, SUIZA

Café RebelDía fein-fair-bio
Eglistrasse 25
8004 Zürich

Liebe Theaterfreundinnen und Freunde, liebe Freunde und Unterstützer des Theaters der Unterdrueckten (CTO)

Augusto Boal, Brasilianischer Theaterdirektor und Gründer des Theaters der Unterdrückten ist waehrend einer beruflichen Auslandsreise ernsthaft erkrankt und musste sich in San Francisco, Kalifornien wegen einer bakteriellen Infektion einer Notoperation am Knie unterziehen. Die Erkrankung ist gravierend, aber sein Gesundheitszustand stabilisiert sich. Waehrend ich diesen Brief schreibe, ist Boal noch im Krankenhaus. Wir müssen davon ausgehen, dass die Krankenhauskosten etwa 60.000 bis 80.000 US $ betragen werden. Dies ist in der Tat eine sehr große Summe; Boal hat keine Auslandskrankenversicherung. Boal hat sein Leben und seine Energie dem Kampf für soziale Gerechtigkeit auf der ganzen Welt gewidmet und ist nun in einer Situation, in der er unsere Hilfe braucht.In Zusammenarbeit mit Boal, seiner Familie und seinen Kollegen in Rio bitten wir um Spenden fuer den HOSPITAL BILL FUND, um die Krankenhauskosten begleichen zu können. 100% der eingehenden Spenden werden zur Bezahlung der Krankenhausrechnung verwendet.
Informationen über Boals Arbeit findet ihr unter: http://www.ctorio.com.br/ und auf: http://www.theatreoftheoppressed.org
Es gibt verschiedene Möglichkeiten Geld zu schicken, z.B. Bezahlung mit Kreditkarte (VISA) über die homepage des headline theaters (Rubrick „support us")

Vielen Dank für Eure Grosszügigkeit
David Diamond, Artistic Director,
Headlines Theatre

Polen: Skins ermorden anarchistischen Radiomacher

Am Donnerstag, den 17. Juni 2004 haben laut Mitteilung des Radios an dem er mitwirkte, Nazi-Skinheads den polnischen Anarchisten Radek aus Torun bestialisch ermordet. Radek war ein Radiomacher bei www.ulicznik.net – was die Frage aufwirft, ob die Tat zufällig oder gezielt begangen wurde.
Radek fuhr mit einem Freund im Zug zu einem Konzert. Dabei wurde er von einer Gruppe Skinheads angegriffen, die ihn zusammenschlugen und ihm die Dreadlocks abschnitten. Der Angriff war offenbar auch rassistisch motiviert, da Radek „Mischling" war. Schwer verletzt warfen die Angreifer schließlich ihr Opfer aus dem fahrenden Zug. Radek kam dabei um das Leben.

Bolivien an der Schwelle zur Revolution?

Nach der Eskalation der Ereignisse in Bolivien wollen die Anarchistischen Gruppen Direkter Aktion (NADA) die Aufmerksamkeit der Welt auf Bolivien lenken. Seit 2000 haben wir immer mehr Volksaufstände, immer anspruchsvoller und eindeutig antikapitalistisch, wobei nicht nur die Regierung oder das neoliberale Modell in Frage gestellt werden, sondern auch die Existenz des bolivianischen Staates und der Kapitalismus als Wirtschaftssystem.
Die Aufmerksamkeit war bisher aber trotzdem gering.
Wir sind an der Schwelle einer Insurrektion (Aufstand) in Bolivien, vielleicht blutiger als die vorherigen. Im Mund der Arbeiter, Indios und Sozialkämpfer wird das Wort „Revolution" eindeutig geführt.
Die Forderungen, die auf der Strasse zu hören sind, sind eindeutig sozialistisch und sind nicht nur reformistisch und punktuell. 70.000 soziale Kämpfer sind auf den Strassen von La Paz aufmarschiert; der Diskurs der Arbeiter, Indios und Beamten hat sich zu einem einheitlichem Schrei zusammengemischt; ein Schrei, der das Ende der Regierung des Präsidenten Mesa fordert, die Vertreibung der transnationalen Konzerne und das soziale Eigentum an den Produktionsmitteln.
Die bolivianischen Arbeiter sind bereit für den grossen Klassenkrieg, die Welt muss Aufmerksamkeit für diesen historischen Prozess zeigen, die Welt muss sich vorbereiten, die internationalistische Solidarität mit ihren Klassengenossen aufzubauen.
Für eine soziale Revolution. Keine Konzessionen an Staat und Kapital.

(N.A.D.A.)

A-Camp 2004

vom 31. Juli bis 7. August 2004 findet bei Berlin auf dem Kesselberg (Nähe Erkner, östlich Berlins) das diesjährige A-Camp unter dem Motto YA BASTA statt.
Kontakt: A-camp c/o A-Laden
Rathenower Str. 22, D-10559 BERLIN
(nur Post!)
Info: www.a-camp.tk
Das A-Camp wird wieder - wie in den vorangegangenen Jahren - ein open space für gelebte Anarchie sein, ein paar Tage selbstorganisiertes, selbstverantwortliches gemeinsames Leben, Spaß haben und Reden, Meinungen und Erfahrungen austauschen und vielleicht auch Pläne schmieden.
Der Kesselberg ist ein selbstverwaltetes, kapitalneutralisiertes Gelände mit einigen Gebäuden mitten im Wald (von dem über 30 Hektar dazugehören), auf dem in Vorwendezeiten einmal die Gegenseite ihren Lauschposten hatte: die StaSi. Mittlerweile ist das Terrain mit vielen Unterstützungsgeldern gekauft worden und wird von einer gemischten Gruppe von Leuten belebt.
www.kesselberg.info

Boykottiert Gen-Food

In Nordamerika kämpfen Landwirte bereits gegen Superunkräuter, die durch die Ausbreitung von Gen-Pflanzen entstanden sind. Um diese zu vernichten, werden wiederum hochgiftige Pestizide eingesetzt. Seit Mitte April 2004 müssen die Lebensmittelhersteller in der BRD gentechnisch veränderte Produkte ausweisen, sobald gentechnisch veränderte Pflanzen ins Lebensmittel gewandert sind. Also Zutaten aus gentechnisch verändertem Raps, Mais, Soja etc.

Wer benutzt Gentechnik in Lebensmitteln und sollte boykottiert werden?

Müllermilch z.B., dazu gehören auch die Marken Weihenstephan und Sachsenmilch oder Nestles Herta-Wurst. Doch systematisch und nur die allerdeutlichsten, das heißt nicht, dass nicht weitere teilweise Genprodukte einsetzen, zumindest in der Ernährungskette dies nicht kontrollieren/ausschließen:
Beim Brot: Müller-Brot
Bei Milchprodukten: Ehrmann, Müller Milch, Onken, Bergader Privatkäserei, Domspitzmilch, frischli Milchwerke, Bodensee-Albmilch, Vogtlandmilch, Uelzena u.a.
Nicht frei sind: Danone-Produkte (u.a. Fruchtzwerge), Campina-Produkte (u.a. Landliebe), Kraft-Produkte (u.a. Philadelphia), Nestle-Produkte (u.a. LC1) u.a.
Bei Fleisch/Eiern: Landkost-Ei, Hühnerhof Heidegold, Hermes Fleisch, Zandhof Eier und Geflügel, Gero-Fleisch, Rügener Frischei, Paul Hilger Fleischwaren u.a.
Bei Feinkost, Soßen etc.: Appel, Drews Feinkost
Babynahrung: Kein totaler Gen-Food Anbieter, aber nicht frei sind Nestle-Produkte, darunter Alete und Beba.
Nicht besonders sind Nestle-Produkte (Kaffee, Maggi, Thomy, Miracoli), Kraft-Produkte und Dunekacke.
Von den **Handelshäusern** schneidet Woolworth am schlechtesten ab. Nicht besonders sind: Spar (Netto), Metro (Real, Kaufhof, Extra), Lidl, Lekkerland-obaccoland, coop Schleswig-Holstein.
Snacks: kein totaler Gen-Food-Anbieter, aber nicht frei sind z.B.: Nestle-Produkte (After Eight, Choco Crossies, Mövenpick, Schöller, Smarties), Kraft-Produkte (Milka, Toblerone), Stollwerck-Produkte (Gubor), Krüger-Produkte (Trumpf), Procto & Gamble-Produkte (Pringles), Schluckwerder.

Was kann mensch noch genfrei bekommen?

Im Brot-Müslibereich: z.B. Südzucker, Hefefabrik Giegold, Aurora, Müllers Mühle, Seeberger, Seitenbacher.
Bei Snacks: Haribo, Ritter Sport, Rapunzel Naturkost, Wick, gepa Fair, Bonvita, Alnatura, Natudis.
Bei Tiefkühlprodukten: McCain, Bonduelle
Bei Milchprodukten: Alnatura, Andechser Molkerei, Milchkooperative Wendland, Rapunzel Naturkost
Bei Fleisch/Eiprodukten: Du darfst (Unilever), Fleisch- und Wurstwaren Schmalkalden, Casserole.
Bei Babynahrung: Alnatura, Hipp, Humana, Milupa, Martin Evers Naturkost.
Bei Feinkost, Soßen, Gemüse etc.: Alnatura, Bonduelle, Bonvita, Biophar, Kattus, Rapunzel, Naturata, Krini, Evers Naturkost.
Handelshäuser: dm-Markt, Reformhäuser, Karstadt.

Worum geht es in Ihrem neuen Buch: „Parecon: Life After Capitalism"?

Albert: In „Parecon: Life After Capitalism" beschreibe ich ein ökonomisches System – wir nennen es „Partizipative Ökonomie" – dessen Ziel es ist, funktionierende Produktions- und Verteilungsbedingungen, die im Einklang stehen mit ethischen Leitlinien wie Gerechtigkeit, Vielfalt, Solidarität und Selbstorganisation. Wenn mich die Leute fragen, was ich mir im Hinblick auf Ökonomie vorstelle, antworte ich: „parecon" (Participatory Economics = Partizipative Ökonomie). Im Mittelpunkt von Parecon steht die Komitee-Idee, auf der Arbeitsplatz- und Verbraucher-Ebene. Im Mittelpunkt stehen (neue) Normen und Methoden zur selbstorganisierten Entscheidungsfindung, steht die Idee der Belohnung von Leistung und Einsatz, sowie partizipative Planung und die Idee ausgeglichener Arbeitsabläufe ('job complexes').

Von den kapitalistischen Institutionen unterscheiden sich die neuen Institutionen völlig, aber eben auch vom sogenannten „Marktsozialismus".

Mein Buch geht im ersten Teil kurz auf die bestehenden Systeme ein, um herauszuarbeiten, dass diese unvereinbar sind mit ethischen Leitlinien, die für uns zählen. Anschließend werden Institutionen vorgestellt, die unsere neue Vorstellung von Wirtschaft definieren: neue Institutionen auf Arbeitsplatz-, auf Verbraucher- sowie auf Distributionsebene. Wie diese neuen Institutionen in unsern Alltag einwirken könnten, steht im nächsten Teil meines Buches. Im letzten Teil setze ich mich mit einer Reihe von gravierenden Befürchtungen auseinander, die die Leute haben, wenn sie zum erstenmal von unserer Vision hören. Bringt das Ganze tatsächlich was für unsere Ziele u. Werte? Ist diese Vision produktiv? Oder gefährdet sie am Ende Individualität u. Privatheit? Wie effizient, flexibel, kreativ u. nützlich kann soetwas sein? Undsoweiter.

Was hat maßgeblich zur Entstehung des Buchs beigetragen?

Albert: Das Modell einer „Partizipativen Ökonomie" existiert seit etwa 10 Jahren – etwas länger sogar. Robin Hahnel und ich haben es entwickelt und viele Artikel darüber veröffentlicht. Das vorliegende Buch ist mein bislang ultimativer Versuch, diese Vision zu begründen, ausführlich zu beschreiben und nicht zuletzt zu verteidigen.

So gesehen spiegelt „Parecon: Life After Capitalism" meine vielfältigen Aktivitäten

Interview mit Michael Albert

über sein neues Buch:
„Parecon: Life After Capitalism"

der letzten Jahre wider und reflektiert gleichzeitig die Lehren, die ich aus meinen tatsächlichen Arbeitserfahrungen und meiner Lehrtätigkeit gezogen habe, aus. Natürlich auch aus der Organisierungsarbeit, aus öffentlichen Auftritten und nicht zuletzt aus den Fragen der TeilnehmerInnen in den ZNet Online-Foren.

Wir haben das Modell immer wieder neu überarbeitet – hinsichtlich neuer Erkenntnisse, Fragen, Untersuchungsergebnisse.

Was das Schreiben selbst angeht: Wir – legten Wert darauf, das Buch so spannend und „lesbar" wie möglich zu machen. Sicherlich bin ich kein besonders guter Autor – wahrscheinlich gibt es 600 Millionen bessere – aber ich strenge mich an. Und für dieses Buch habe ich mich gewaltig ins Zeug gelegt.

Welche Hoffnung verbinden Sie mit Ihrem Buch? Welchen Beitrag soll es in politischer Hinsicht leisten, was soll erreicht werden? Und auf dem Hintergrund ihrer Anstrengungen und Ziele - was würden Sie als Erfolg bezeichnen? An welchem Punkt würden Sie sagen, ich bin zufrieden, wie sich das Projekt entwickelt? Oder umgekehrt: Wann würden Sie sich die Frage stellen, war's das wirklich wert – die ganze Zeit und Kraft, die ich investiert habe?

Albert: Um was es in meinem Buch geht, ist die schlichte Frage: Was wollen wir?

Und ich versuche, diese Frage auf eine möglichst ernsthafte, verständliche und mitreißende Weise zu beantworten. Ich denke: Alle, denen es wirklich um eine bessere Welt geht – vor allem um eine bessere Wirtschaft – müssten mein Buch eigentlich lesen. Zumindest wünsche ich mir das.

Ich habe bereits erwähnt, seit über einem Jahrzehnt bin ich intensiv damit beschäftigt, die Idee einer partizipativen Ökonomie zu entwickeln und zu verbreiten. Mittlerweile geschieht dies auch mit gewissen Erfolg. Das Buch „Parecon: Life After Capitalism" ist sozusagen der Klimax meiner Bemühungen und wird hoffentlich zum weiteren Durchbruch führen. Das Buch wird in vielen Sprachen herauskommen und hat bereits im Vorfeld seiner Veröffentlichung für viel Aufsehen gesorgt. Ich kann Interesse von ganz unterschiedlicher Seite spüren. Anscheinend nimmt das Interesse an unserer Ökonomie-Vision rapide zu.

Hinzu kommt: Die Zeiten haben sich in den letzten zehn Jahren geändert.

Ein weiter Weg von den Glanzzeiten jener Markt-Manie (erinnern Sie sich noch an Margaret Thatchers berühmten Ausspruch: „Es gibt keine Alternative"?) bis in unsere neue Zeit mit ihren massiven Problemen, in der die Wirtschaft infrage gestellt wird. Inzwischen lautet die Losung der Progressiven: „Eine andere Welt ist möglich". Die Antiglobalisierungs-Bewegung hat der Selbstgefälligkeit des Markts den Wind aus den Segeln genommen; alles, was mit Ökonomie zu tun hat, wird jetzt kritisch hinterfragt.

Von allen möglichen Aktivisten verlangen die Leute eine Antwort auf ihre Frage: Welche Alternative habt ihr zu bieten? Die „Partizipative Ökonomie" könnte, so hoffe ich, eine sehr gute Antwort sein – zumindest in ökonomischem Sinne.

Ich hoffe also, mein Buch kann dazu beitragen, unserer Vision einer (neuen) Ökonomie zum Durchbruch zu verhelfen – und zwar wesentlich stärker als bislang der Fall. Ich hoffe, unser Modell wird sich als ebenso tauglich wie unwiderstehlich erweisen und von vielen übernommen werden. Ich bin da aber wirklich optimistisch.

Ich wünsche mir eine Diskussion, die entweder zur breiten Unterstützung der Parecon-Idee führt oder aber alternativ zur Entwicklung einer anderen, noch besseren Vision. Zudem hoffe ich, das Buch kann die Leute inspirieren, auch über andere Themen – die Geschlechterbeziehung, Familienbeziehungen, Kultur u. Gemeinschaft, politische Organisierung, Ökologie und Außenpolitik nachzudenken. Vielleicht lassen sich ja auch für diese Themenneue Visionen entwickeln. Schließlich: das Leben besteht nicht nur aus Wirtschaft.

Niemand wird bestreiten: Im Bereich Ökonomie (aber nicht nur dort) brauchen wir dringend neue Zielsetzungen – ernste, taugliche, verständliche und vertretbare Zielsetzungen. Zudem ist die Zeit reif, den Leuten die Prüfung visionärer Ziele an die Hand zu geben – auch das wird wohl niemand bestreiten.

Das Problem ist nicht, wie man den Feind loswird, sondern eher, wie man den letzten Sieger loswird. Denn was ist der Sieger anderes als einer, der gelernt hat, dass Gewalt funktioniert? Wer wird ihm eine Lekti-on erteilen?

Niccoló Tucci, Politics, Juli 1945

Jörg Auberg

Deja vu in Permanenz

Dwight MacDonalds Reisen durch die Landschaften des Grauens

Wie ein Hund endet Josef K. In Kafkas Höllenlandschaften des Terrors und der Folter herrscht das »permanente déjà vu« (Theodor W. Adorno). Den rätselhaften Vorgängen ist die defätistische Erkenntnis eingeschrieben, dass es so ist, wie es ist, das Grauen unabänderlich der menschlichen Existenz anhaftet. Wie einen Hund führte die Soldatin Lynndie England auch einen nackten, vermummten irakischen Gefangenen an der Leine der Weltöffentlichkeit vor. Die Bilder des „Missbrauchs" nahmen die Folterknechte auf, weil sie dachten, erzählte England einer Reporterin der New York Times, es sähe lustig aus. In einer hohnlachenden Parodie auf emanzipatorische Medientheorien aus grauer Vorzeit agiert der Kriegsverbrecher als Produzent, der seinen Spaß an der Gewalt mit der Digitalkamera dokumentiert und via E-Mail nicht allein an Gleichgesinnte verteilt, sondern auch die zerstreuten Kundschaften der digitalen Medien- und Pornoindustrien bedient. „Krieg führt nun einmal zu Sadismus", konstatiert der amerikanische Philosoph und Herausgeber der ehemals sozialistischen Zeitschrift Dissent Michael Walzer, „und Gefangenenlager sind häufig Brutstätten dafür." Fatalistisch oder zynisch erklärt der Philosoph, dessen Hauptbeschäftigung die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen ist, die Folter und die Demütigung zu bloßen Seiteneffekten des Kriegsgeschäfts. „In den abscheulichen Bildern von jungen Amerikanern, die junge Iraker erniedrigen und foltern, erkennen wir", doziert Walzer, „die moralische Physiognomie jener älteren Amerikaner, die in Washington am Hebel sitzen."[1] Als politische Aktion empfiehlt er die Abwahl der aktuellen Regierung, und alles wird in seinem gewohnten Gang fortschreiten – bis zum nächsten Krieg, bis zum nächsten Horror, bis zur nächsten Folterkammer. Gewalt wird nicht geächtet, sondern Krieg im herrschenden Newspeak als „humanitäre Intervention" euphemisiert, in der die Bedingungen für eine sanktionierte Brutalität geschaffen werden. In einer Zeit, da dem Pazifismus die Schuld für die Existenz von Terrorregimen und Todeslagern aufgebürdet wird, scheint es selbst in der kritischen Öffentlichkeit keinen legitimen Raum für eine gewaltlose Alternative zu geben: Im Gleichschritt der Truppen marschieren selbst einstige linke Aktivisten, Autoren und Intellektuelle, die zwar nie auf dem Appellplatz gedrillt wurden, nun aber ihr Faible für militärische Formationen entdecken.

Auch dies ist keineswegs neu. Bereits im Sommer 1941 erklärte der Bellizist George Orwell die Kriegsgegner zu Hitler-Anhängern und denunzierte den Pazifismus als „objektiv pro-faschistisch".[2] Tatsächlich gab es zum zweiten Weltkrieg keine Alternative, doch war er auch nicht

lediglich der „gute Krieg", als der er immer wieder beschrieben wird. Der unabdingbar notwendige Triumph über den Nazismus bedeutete nicht den Anbruch einer besseren Zeit, sondern lediglich die Möglichkeit, das gegenwärtig von den nazistischen Gewalthabern okkupierte Terrain zurückzugewinnen und einen neuen Anfang zu wagen. Das Dilemma linker Kriegsgegner wie Dwight Macdonalds war, dass ihre Alternative, die „revolutionäre Massenerhebung" gegen den Faschismus, bloße Chimäre war. Doch im Gegensatz zu anderen Intellektuellen, die als „kritische Unterstützer" den Krieg als Verteidigung der Demokratie gegen den Totalitarismus verklärten, befähigte die radikale Opposition Macdonald, grauenhafte Erscheinungen dieses „guten Krieges" kritisch wahrzunehmen und in seiner kurzlebigen Zeitschrift Politics pointiert zur Sprache zu bringen.

Aufbrüche und Anfänge

In kurzer Zeit hatte Macdonald eine rasante Reise durch die politische Landschaft absolviert. Einer großbürgerlichen New Yorker Familie entstammend, hatte der Yale-Absolvent zunächst nach dem Börsenkrach als Journalist für das Magazin Fortune gearbeitet, ehe er sich unter dem Einfluss seiner Frau Nancy Mitte der dreißiger Jahre der antistalinistischen Linken annäherte und 1937 in die Redaktion der Zeitschrift Partisan Review eintrat. Über die Jahre hinweg schwelte zwischen dem „Anarchisten" Macdonald und dem „Leninisten" Philip Rahv, dem Gründer und Chef der Partisan Review, ein Machtkampf, der nach dem Kriegseintritt der USA in einem Showdown kulminierte, aus dem Rahv als Gewinner hervorging, während Macdonald die Redaktion verließ und 1944 seine eigene Zeitschrift gründete. Politics tauchte zu einem Zeitpunkt am radikalen Horizont auf, als – schrieb Holley Cantine, der Herausgeber der anarchistischen Kulturzeitschrift Retort – der amerikanische Radikalismus, gemessen an seinem Einfluss, seiner Integrität und seinen politischen Intentionen, an seinen Tiefpunkt gelangt sei, und habe von Beginn an als Sammelplatz für jene unzufriedenen Personen fungiert, die keinen Enthusiasmus für irgendeine der existierenden radikalen Organisationen hätten entwickeln können, zugleich aber noch nicht gänzlich mit den vorherrschenden linken Ansichten der dreißiger Jahre gebrochen hätten, um zu einem fundamental neuen Ansatz aufzubrechen.[3] Anders als Retort blieb Macdonalds Zeitschrift zunächst einem traditionellen linkssozialistischen Politikverständnis verhaftet, das die „schöpferische Aktivität" von der politischen abgrenzte. Das Gros der Politics-Autoren rekrutierte sich zum einen aus europäischen Linksintellektuellen wie Nicola Chiaromonte, Lewis Coser, Victor Serge und Niccoló Tucci, die Zuflucht in den USA gefundenhatten und sich mühevoll in New York durchschlugen; zum anderen aus amerikanischen Nachwuchs-Intellektuellen wie Daniel Bell, Paul Goodman und C. Wright Mills. Aufgrund der ernüchternden Erfahrungen in den letzten Jahren hatte die überwiegende Majorität der Autoren und Autorinnen die alten linken Gewissheiten Stück um Stück verloren und suchte nach einer neuen Orientierung, nach der Definition einer neuen linken, sozialistischen Politik. Wie Macdonald irrten die exilierten und obdachlosen Intellektuellen durch das karstige, aschenverhangene politische Niemandsland der vierziger Jahre, wo ein Monster das andere erschlug und die Welt im Würgegriff hielt, während nirgendwo auf den Ruinen der untergegangenen alten Welt die rote Blume der Utopie eines Besseren zu blühen begann. Die pessimistisch-depressive Stimmung jener Zeit brachte Niccoló Tucci auf den Punkt, als er in seiner regelmäßigen Kolumne „Commonnonsense" schrieb: Die Aufgabe der Alliierten sei es, eine Folterkammer in einen Friedhof zu verwandeln, einen Ort des Terrors und der Hoffnung in einen Ort ohne Terror und ohne Hoffnung.[4] Binnen kurzer Zeit gewann Politics die Reputation, „negativistisch" und „desperat" zu sein, doch war der Negativismus für Macdonald und seine Mitstreiter das einzig adäquate Mittel, um den grimmigen Realitäten die Stirn bieten zu können. Konkret richtete sich die radikale Kritik gegen die alliierten Flächenbombardements wie gegen den Rassismus in der amerikanischen Armee (in der – ungeachtet aller offiziellen Bekenntnisse zu Demokratie und Freiheit – die diskriminierende Segregation fortgeführt wurde), gegen die Diskriminierung von Homosexuellen wie gegen die Entmündigung des Individuums in der Massenkultur.

Ins Herz einer unermesslichen Finsternis

Bereits Ende 1942 hatte die linksliberale Wochenzeitung The Nation von der Vernichtung der europäischen Juden in den Todeslagern der Nazis berichtet und in einem Editorial die Singularität dieser

monströsen Verbrechen in der Menschheitsgeschichte herausgestellt. Im Zirkel der New Yorker Intellektuellen herrschte jedoch zunächst Unsicherheit, ob die Berichte über das schier Unglaubliche und Unfassbare tatsächlich zutrafen. Auch Macdonald zögerte, den Berichten des Ungeheuerlichen Glauben zu schenken, und sah in ihnen zunächst den Versuch, jeden unmenschlichen Akt der Alliierten in ihrem Krieg gegen die faschistischen Barbaren zu rechtfertigen. Die Einmaligkeit der Vernichtung der europäischen Juden begriff er nicht: Für ihn war – bemerkt Macdonalds kritisch-sympathisierender Biograf Michael Wreszin – der Genozid Teil der geschichtlichen Kontinuität des Industriekapitalismus mit seiner inhumanen Ausbeutung und Brutalisierung einer Unterklasse.[5] Gerade die Monstrosität der nazistischen Gewalt, die Ungeheuerlichkeit der industriellen Vernichtung in einer Landschaft der Aufklärung, in einem Land der „Dichter und Denker", der offenkundige Wahnsinn im rationalen Vernichtungsprozess waren schwer zu begreifen. Millionen von Menschen wurden in Viehwaggons in die Lager transportiert, dort kahl geschoren, entlaust, tätowiert, in schwarzen Kladden registriert, zerschunden, vergast, verbrannt, zermalmt. Wie auf den Schlachthöfen wurde nichts verschwendet: Kleidung und Schuhe fanden in Deutschland neue Abnehmer; die Asche und die Knochen der verbrannten Leichen wurden zur Düngung der Kohlfelder im Umkreis der Lager verwendet. Das Grauen war so unbeschreiblich, dass es kaum begreifbar erschien. Ein erster Versuch, den Horror der Konzentrationslager öffentlich zu beschreiben, war Bruno Bettelheims Bericht über seine Häftlingserfahrungen in Dachau und Buchenwald, den Macdonald im August 1944 in seiner Zeitschrift veröffentlichte. Die Ziele der Nazi-Lager seien, erläuterte Bettelheim, die Brechung der Häftlinge als Individuen, die Terrorisierung der übrigen Bevölkerung, die Ausbildung des Gestapo-Nachwuchses im Laboratorium der Inhumanität und Folter. Der Terror war total: Tag für Tag wurde den Inhaftierten eingebläut, dass Widerstand zwecklos, der Einzelne ohnmächtig und gänzlich unbedeutend sei. Allein in der „selbstlosen" Einordnung ins amorphe Kollektiv und in der Anerkennung der Werte der Unterdrücker konnte er aufs Überleben hoffen. Einzig in der absoluten Selbsterniedrigung vermochte er sich von Tag zu Tag retten, wenn nicht seine Arbeitskraft versagte. Für Bettelheim war das reale Konzentrationslager eine Miniaturform des „großen Konzentrationslagers namens Großdeutschland", wo sich die Eingesperrten ebenfalls gezwungenermaßen den autoritären Organisationen ergeben und die „Führerschaft" anerkennen mussten. Seine Hoffnung projizierte er auf die Bildung demokratischer Widerstandsgruppen unabhängiger und selbstständiger Individuen, um den langsam fortschreitenden Prozess der Persönlichkeitszerstörung unter dem unterbittlichen Druck der Gestapo und des Nazi-Systems aufzuhalten.[6] Auch Macdonald erschienen die Lager als Ausdruck eines allumfassenden Terrorsystems, als Prozess fortschreitender Entmenschlichung und Atomisierung. In seinen Augen war diese Barbarei, schrieb er im März 1945, eine teuflische Parodie viktorianischer Illusionen über wissenschaftlichen Fortschritt und die Beherrschbarkeit der Umwelt durch den Menschen. „Die Umwelt wurde kontrolliert in Majdanek", konstatierte er. „Es waren die Menschen, die Amok liefen."[7] Die Vernichtung der Juden erschien vollkommen irrational: Sie stellten für die herrschende Klasse in Deutschland keine Bedrohung dar; die „Rassentheorie" war abstrus, und mit der Extermination wurde offenbar kein militärisches Ziel verfolgt. Dass trotz allem sechs Millionen Juden ausgelöscht wurden, ohne dass sich eine breite Widerstandsbewegung dagegen erhob, warf die Frage der Verantwortung in einer Diktatur auf. Die These von der „Kollektivschuld", die in „teutonophoben" Kreisen jener Zeit in den USA populär war, wies Macdonald energisch zurück, denn seiner Ansicht nach war der völkermörderische Rassismus nicht eine deutsche „Volksaktion". Im Jahre 1933 sei, behauptete er, die Majorität gegen die Nazis gewesen, und Hitler sei es in der Folgezeit nicht gelungen, das „deutsche Volk" in seiner Gesamtheit zu „nazifizieren". 1938 hätten Sturmtruppen und Angehörige der SS unter großem propagandistischen Aufwand Tausende von Juden verhaftet, jüdische Geschäfte zerstört und Synagogen niedergebrannt, ohne dass sich ein geifernder Mob an diesen organisierten Gräueltaten beteiligt habe, führte er zur Unterstützung seiner These aus. Anknüpfend an Bettelheim und Franz Neumann (in dessen Augen das „deutsche Volk" „noch das wenigsten antisemitische" war[8]) sah Macdonald in der Existenz der Konzentrationslager den Beweis dafür, dass während der ganzen Zeit der Nazi-Herrschaft eine stetige „Volksopposition" in Deutschland bestanden habe. Dabei ließ er freilich außer Acht,



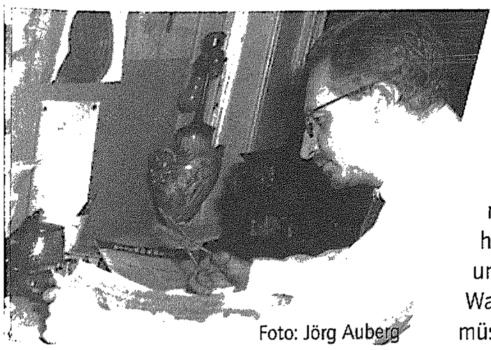
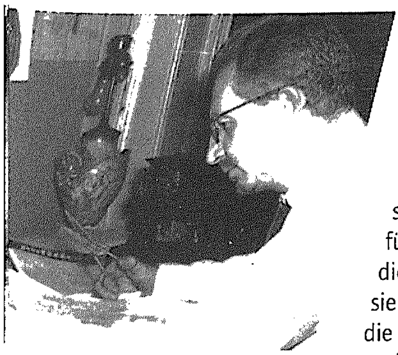
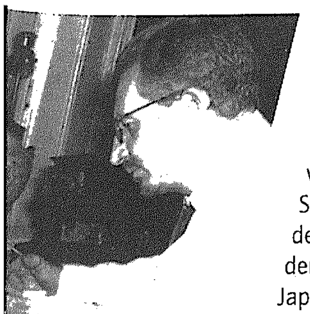
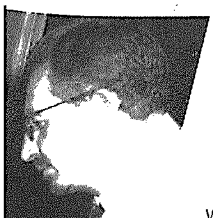


Foto: Jörg Auberg





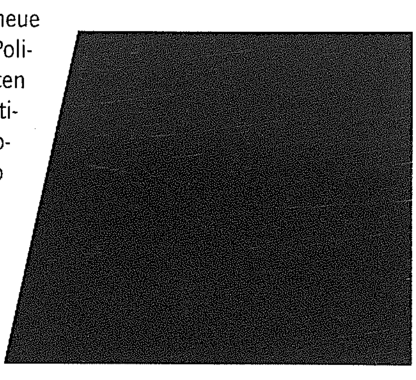


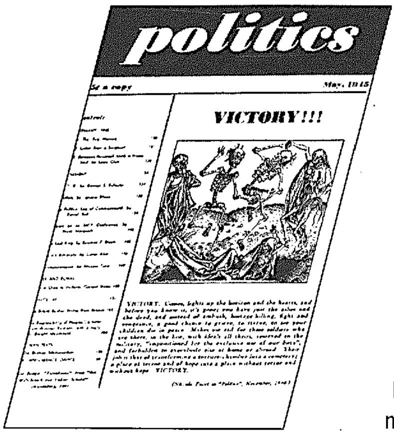


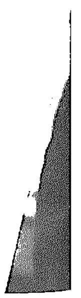
dass 1933 nahezu fünfzig Prozent der Bevölkerung für Hitler votiert hatten. Zudem verkannte Macdonald die Tatsache, dass es gerade die Indifferenz der „normalen" Deutschen gegenüber den „Anderen" war, welche die nazistische Ausrottungspolitik erst ermöglichte: Nicht als hasserfüllter, entfesselter, totschlagender und brandschatzender Mob half man, die Wahnidee, zum Wohl der Menschheit müssten alle Juden vom Erdboden getilgt werden, zu realisieren, sondern als Masse erkalteter Isolierter, die um des eigenen Vorteils willen stillhielten und mittaten. Zwar räumte Macdonald ein, dass der Nazismus „eine große Wirkung auf das deutsche Volk" gehabt habe, doch wandte er sich vehement gegen die mechanische Gleichsetzung von Deutschen mit Nazis, die als Rechtfertigung für den „totalen Luftkrieg" der Alliierten diene: Wohin die Bomben auch fielen – sie trafen schon die Richtigen. Wenn man die Deutschen als Kollektiv für die Grausamkeiten ihrer Regierung verantwortlich mache, argumentierte Macdonald, dürfe man konsequenterweise auch die Völker der übrigen Krieg führenden Staaten nicht von ihrer Verantwortung freisprechen. Demzufolge wären sie verantwortlich für die Nicht-Interventionspolitik der westlichen Demokratien während des Spanischen Bürgerkrieges und den Sieg der Franco-Faschisten, den Rassismus in den Streitkräften, die Internierung von Japano-Amerikanern, die Politik der Roosevelt-Administration, nur einer Handvoll jüdischer Flüchtlinge Asyl zu gewähren, die brutale Kolonialherrschaft der Briten in Indien, den Bürgerkrieg in Griechenland oder den Verrat an den polnischen Untergrundkämpfern in Warschau. Wenn aber jeder schuldig sei, meinte Macdonald, sei niemand schuldig. Verantwortung hänge davon ab, in welchem Maße sie wahrgenommen werden könne. Die verselbstständigte Maschinerie des Staates, die Menschen zu winzigen, jederzeit austauschbaren Rädchen im blind laufenden Getriebe mache, habe jegliche Form der praktischen Verantwortung eliminiert. Die moderne Massengesellschaft habe mit ihrer Zentralisierung, Arbeitsteilung und hierarchischen Struktur den Einzelnen entmündigt und ihm die geringste Möglichkeit einer verantwortlichen Partizipation genommen. Die bittere Ironie liege freilich darin, dass mit dem Schwinden der moralischen Verantwortung die praktische zunehme. Die Welt sei zu einem „komplizierten und schrecklichen Ort" geworden, wo die Individuen zu ohnmächtig seien, um das Handeln rationaler Kollektive, denen sie (zwangsweise) angehörten, zu beeinflussen, während sie zur gleichen Zeit generell für das verantwortlich gemacht wurden, was diese Kollektive anrichteten. „Es ist nicht so sehr der Gesetzesbrecher, den wir heute fürchten müssen, als den, der dem Gesetz gehorcht"[9], schlussfolgerte Macdonald und sah in der amerikanischen anti-autoritären, vom Individualismus geprägten Tradition, wie sie von Henry David Thoreau, Emma Goldman oder Randolph Bourne verkörpert wurde, noch die hoffnungsvollsten Anzeichen einer nicht ganz so düsteren Zukunft. Es war einer der typischen „macdonaldistischen" Widersprüche: Das ohnmächtige Individuum sah Macdonald vom übermächtigen Kollektiv erstickt und wollte die gesellschaftlich produzierte politische Impotenz des Einzelnen mit der Rückbesinnung auf die Humanität überwinden, die doch gerade durch die kollektive Organisation zunehmend abgetötet wurde. Vor allem aber schlüsselte das Erklärungsmuster der „Entmenschlichung" in der Massengesellschaft nicht auf, warum die industrielle Ermordung der Juden in Deutschland ohne nennenswerten Widerstand durchgeführt werden konnte, während sich im besetzten Dänemark die Bevölkerung mit gewaltlosem Widerstand der Deportation der jüdischen Bürger widersetzte.

Normal ist der Tod

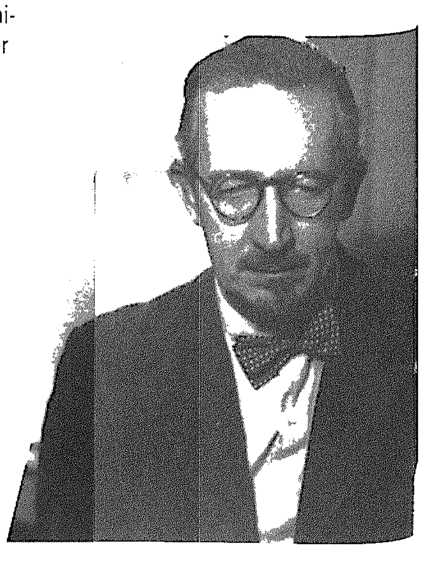
Das Neue an diesem Zeitalter sei, stellte Macdonald in „The Responsibility of Peoples" fest, dass die ungeheuerlichen Verbrechen nicht länger von einzelnen psychopathischen Mördern begangen würden, sondern von den Herrschern und Dienern eines großen modernen Staates. Selbst die scheinbar Mächtigsten waren lediglich Objekte, wie die beliebig verform- und einsetzbaren Soldaten an den jeweiligen Fronten Instrumente des Apparates. Alle waren bloßes Rohmaterial im Produktionsprozess des Todes. Der Versuch, die Barbarei mit kriegerischen Mitteln auszulöschen, gebar nur neue Barbarei. Für Macdonald und viele Politics-Autoren war eine der gravierendsten Konsequenzen dieses Krieges die Mutation des Individuums zur willenlosen, roboterähnlichen Killermaschine, die ebenso wertlos war wie das Gegenüber, das mit Hilfe einer perfektionierten Waffentechnologie vom Erdboden getilgt werden sollte. Der Krieg schien zu einer Institution zu werden, die ebenso Akzeptanz wie das Blutbad, das täglich auf den











Schlachthöfen Chicagos angerichtet wurde.[10] Die Atombombe, die am 6. August 1945 über Hiroschima abgeworfen wurde, sprengte diese „verrückte und mörderische" Gesellschaft an die Endstation der menschlichen Existenz und katapultierte die amerikanischen „Verteidiger der Zivilisation" auf ein moralisches Niveau mit den deutschen „Bestien von Majdanek", schrieb Macdonald in einer ersten Schockreaktion auf dem Titelblatt der Politics-Ausgabe vom August 1945. Die Bombe war in seinen Augen die dramatischste und erschütterndste Illustration des Irrtums der kollektiven Verantwortung. Die Atombomben seien, argumentierte er in einem längeren Essay einen Monat später, das natürliche Produkt der funktionalen, entmenschlichten Massengesellschaft: Der perfekte Automatismus und das Fehlen jeglichen menschlichen Bewusstseins hätten die reibungslose Herstellung und „Verwertung" der Bombe ermöglicht.

Alle Beteiligten – von den Wissenschaftlern und Fabrikarbeitern bis zu den Soldaten und Piloten – fungierten als Techniker und Spezialisten, die einzig und allein „ihren Job machten". Zur persönlichen Verantwortung könnten sie nicht gezogen werden, denn sie waren bloße Rädchen im Getriebe einer immensen Maschinerie, wo niemand den Überblick besaß, welche Höllenwaffe sie auf die Welt losließen. Die gesellschaftliche Ordnung sei ein unpersönlicher Mechanismus; der Krieg ein unpersönlicher Prozess: Alles laufe automatisch ab. Lehnten sich einige menschliche Einzelteile gegen den blinden Fortgang auf, so würden sie durch gefügigeres Personal ersetzt, und ihre Revolte bleibe folgenlos. Die Marxisten propagierten immer noch eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, doch erschien diese – vor allem nach der völligen Integration der Arbeiterklasse in das staatlich-industrielle Wahnsinnsunternehmen – nie weiter entfernt: Das Konzept des Fortschritts war radikal in Frage gestellt worden. Für Macdonald lag die einzige Hoffnung, im Augenblick etwas Vernünftiges zu tun und das Schlimmste zu verhindern, in der Verweigerung, im Nicht-Mitmachen, und er zollte jenen Wissenschaftlern Respekt, die eine Mitarbeit am Projekt der Bombe abgelehnt hatten: „Dies ist „Widerstand", dies ist „Negativismus", und darin liegt unsere beste Hoffnung", applaudierte Macdonald. Freilich erkannte er auch, dass sich die Insistenz auf dem verantwortlichen Handeln des Individuums, das in der bestehenden Gesellschaft zum nichtigen Exemplar regrediert war, als „albern, leichtsinnig und wirkungslos" erweisen konnte, doch sah er allein darin noch eine Chance, das „gegenwärtige tragische Schicksal" der Menschheit zu verändern.[11] Die Bombe stellte für Macdonald und den Politics-Zirkel die Fortexistenz der menschlichen Gattung an sich in Frage. Zum ersten Mal in der Geschichte sei sie mit der realen Möglichkeit konfrontiert, durch eigene Aktivität sich selbst auszulöschen nd die Erde für alle Zeiten unbewohnbar zu machen. Das Marx'sche Wort, wonach die Menschheit sich keine Probleme schaffe, zu deren Lösung sie nicht fähig sei, musste bezweifelt werden, und revolutionäre Gewalt lief nicht allein Gefahr, die Humanität in ihren Anwendern zu zerstören, sondern in einer selbstmörderischen Spirale den Planeten und die Menschen auszulöschen, die Zivilisation auf einige wenige Wolken im Sternennebel zu reduzieren. Die blinde Fortschrittsgläubigkeit habe sie auf der scheinbar endlos in die Höhe sich ziehenden Wendeltreppe in die rote Wolke des Atompilzes geführt, erklärte Macdonald und befürwortete einen ebenso raschen wie radikalen Bruch mit den Fortschrittsideologien der westlichen Kultur. Auch der Marxismus teile mit dem überkommenen Liberalismus das ungebrochene Vertrauen in Wissenschaft und Fortschritt und stelle eher ein Hindernis auf dem Weg in eine bessere Zukunft (sofern diese überhaupt realisierbar war) dar, als dass er zur Überwindung der deprimierenden Verhältnisse beitrüge. Obwohl Politics ursprünglich als demokratisch-sozialistische Zeitschrift gegründet worden war, deren kritisches Analyseinstrument der Marxismus hatte sein sollen, orientierte sie sich nun zunehmend am Anarchismus und Pazifismus. Treibende Kraft in diesemProzess der Reorientierung war der italienische Anarchist Nicola Chiaromonte, der im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatte und nach der Kapitulation Frankreichs über Casablanca nach New York geflohen war. Auf Macdonalds Entwicklung hatte er entscheidenden Einfluss und bestärkte ihn in der Ansicht, dass ein moralisch und ethisch begründeter Anarchismus die bessere Alternative darstelle. Aus seiner Zeit in Nordafrika kannte er Albert Camus und vermittelte nun den Kontakt zwischen den „New Yorkern" und den „Parisern", um Europa-Amerika-Gruppen zu gründen: Ihr Projekt war ein internationales Netzwerk linker Intellektueller, die jenseits der sich formierenden Blöcke

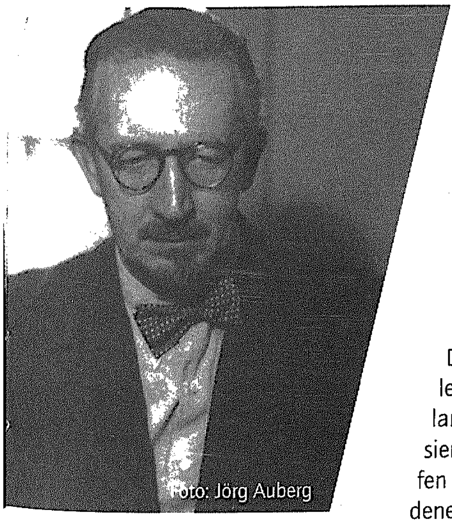
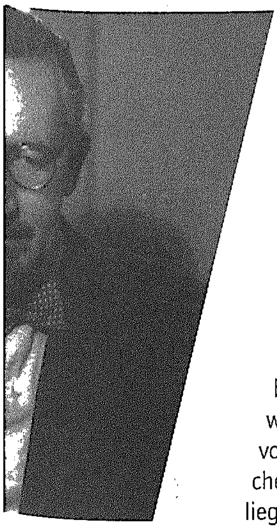


Foto: Jörg Auberg

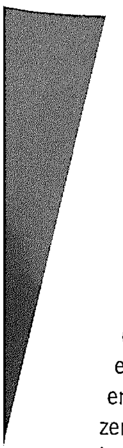
eine neue radikale Politik in kleinen libertären Kommunen entwickeln sollten.

IM ZIRKEL DES SCHEITERNS

In seinem langen, manifestartigen Essay „The Root is Man" versuchte Macdonald eine mögliche Utopie zu beschreiben. An die Stelle des alten Gegensatzes zwischen links und rechts setzte er einen neuen zwischen „Radikalen" und „Progressiven". Die Letzteren begriffen die Gegenwart lediglich als Zwischenstation auf dem langen Weg in eine bessere Zukunft, kritisierte Macdonald, dächten eher in Begriffen des historischen Fortschritts als in denen der Moral, hielten unbeirrbar an der Beherrschung der Natur durch den Menschen fest und betrachteten die Indienstnahme des technischen Wissens für schlechte, verwerfliche Ziele lediglich als Perversion. „Radikale" dagegen waren seiner Meinung nach Menschen, welche die fatale Fortschrittsgläubigkeit ablehnten, nach moralischen Aspekten urteilten und das Individuum ins Zentrum ihres Denkens und Handelns rückten: „Die Wurzel ist der Mensch, hier und nicht da, jetzt und nicht dann." Während die „Progressiven" ihre Welt vornehmlich in kollektiven Begriffen konzipierten, betonten die „Radikalen" individuelles Bewusstsein und Empfindungsvermögen. Das Persönliche sei das Politische, postulierte Macdonald. Ihm schwebte ein dezentralisiertes, basisorientiertes, antiautoritäres Netzwerk „psychologischer Gemeinschaften" vor, in dem der Akzent auf der persönlichen Verantwortung und Spontaneität liegen sollte. Alle Ideologien, die das Opfer der Gegenwart zugunsten einer glücklicheren Zukunft forderten, erschienen ihm höchst verdächtig: Die Menschen sollten hier und jetzt glücklich sein und ihre spontanen Bedürfnisse befriedigen können. Wenn sie nicht genießen könnten, was sie taten, sollten sie es nicht tun. Endgültig müsse man sich vom marxistischen Fetischismus der Massen verabschieden, forderte er, denn die Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins könne nur von einer radikalen, intellektuellen Minderheit ausgehen, nicht von jederzeit manipulierbaren Massen. Exemplarische Akte des Ungehorsams, der Respektlosigkeit und des Spotts gegenüber den herrschenden Autoritäten könnten eher einen Flächenbrand des Widerstands entzünden, meinte Macdonald, als die zermürbende und fruchtlose Plackerei in den „revolutionären Parteien", welche die hierarchischen Strukturendes Staates im Kleinen reproduzierten. Ihre „subversiven" Ideen sollten die radikalen Intellektuellen abseits der herrschenden „Massenkommunikation" und der liberalen Medien verbreiten und eine radikale „Gegenöffentlichkeit" herstellen, die sich an kleine Gruppen, nicht an eine amorphe Masse wenden sollte.[12]



Vieles blieb freilich vage, nur halb durchdacht und widersprüchlich. Wie sollten winzige, politisch wie gesellschaftlich ohnmächtige Intellektuelle die brennende Lunte der Bombe zum Erlöschen bringen, die – nach Macdonalds Auffassung – dazu bestimmt war, die gesamte Menschheit und den Planeten in die Luft zu sprengen? Was konnten isolierte Einzelne bewirken, wenn die „Massen" in einer apokalyptischen Stampede auf den Abgrund zurasten? Vermochte sich ein zum nichtigen Ding in einer absolut verdinglichten Welt, ein zum Anhängsel der Maschine herabgewürdigtes Individuum zum „freien Subjekt", zum autonomen, selbst verantwortlichen citoyen über die repressiven Verhältnisse erheben? Ließ sich eine antiautoritäre, libertäre Gesellschaft durch Kleingruppen selbst ernannter Geisteseliten schaffen? Führte Macdonald nicht lediglich unter neuem Etikett das überkommene leninistische Avantgarde-Unternehmen fort?



Letztlich blieben Macdonalds Projekt der „psychologischen Gemeinschaften" als auch die Europa-Amerika-Gruppen in der intendierten Form bloße Papiertiger. Im sich verschärfenden Kalten Krieg mit seinen extremen Polarisierungen gab es keinen Platz für einen „dritten Weg" oder eine „neue Linke". 1949 ging Politics ein – vor allem aus Mangel an Geld und Motivation. Die Grundlage der Zeitschrift, der herrschenden Ordnung eine radikale Alternative entgegenzusetzen, war verschwunden. Hoffnungen auf gesellschaftliche Veränderungen oder auf die Herausbildung einer libertär-sozialistischen Opposition hatte Macdonald am Ende der vierziger Jahre nicht mehr: Die Welt war unter den beiden Imperialismen USA und UdSSR aufgeteilt worden. Macdonald selbst entschied sich, das in seinen Augen kleinere Übel zu wählen. Er unterstütze „kritisch" den politischen, ökonomischen und militärischen Kampf des Westens (der USA und ihrer Verbündeten) gegen den Osten (die Sowjetunion, ihre Satellitenstaaten und China), erklärte er 1952 öffentlich. „Ich ziehe eine fehlerhafte, lebendige, offene Gesellschaft einer fehlerlosen, toten, geschlossenen Gesellschaft vor. Vielleicht werden

wir wie Russland", meinte er mit Blick auf die antikommunistischen „Säuberungswellen" im eigenen Land, „aber vielleicht werden wir es auch nicht – das Problem ist nicht geklärt, solange wir von Moskau unabhängig sind. Wenn Moskau gewinnt, ist die Tür zugeschlagen, und sie wieder zu öffnen, wäre ein schwierigeres und brutaleres Geschäft, als es nun erforderlich ist, um sie offen zu halten."[13]

Das Bekenntnis zur „kritischen" Unterstützung des Westens ging einher mit einem symbolischen Widerruf seiner kritischen linken oder radikalen Vergangenheit: Ausgerechnet beim New Yorker, den er in seinem ersten Beitrag für die Partisan Review 1937 in beißendem Spott verhöhnt hatte, heuerte er nun als Auftragsschreiber an und musste sich dem Niveau des liberalen Stadtpublikums anpassen. In „The Root is Man" hatte Macdonald noch gegen die herrschenden Apparate polemisiert und geklagt, dass die Dissemination politischer Ideen in den Massenmedien auf Korruption oder Austrocknung aller emotionalen Kraft und intellektuellen Bedeutung hinauslaufe. Nun brach er aus der alten Bohemewelt von Greenwich Village nach Uptown New York auf und verdingte sich im bürokratisierten, daten- und faktenhuberischen Betrieb, wo er sich nicht darum sorgen musste, dass politische Ideen korrumpiert oder ausgetrocknet wurden. Dort gab es keine.

ANMERKUNGEN

1 Michael Walzer, „Fehler mit System", Frankfurter Rundschau, 15. Mai 2004

2 George Orwell, „London Letter", Partisan Review, 8:4 (Juli-August 1941):317

3 Holley Cantine, „Reviews: Politics", Retort, 3:4 (Frühjahr 1947):40

4 Niccoló Tucci, „Commonnonsense", Politics, 1:10 (November 1944):305

5 Michael Wreszin, A Rebel in Defense of Tradition: The Life and Politics of Dwight Macdonald (New York:

Bruno Bettelheim, „Behavior in Extreme Situations", Politics, 1:7 (August 1944):199-209; zuerst er-schienen in erweiterter Form unter dem Titel „Individual and Mass Bahavior in Extreme Situations" in Journal of Abnormal and Social Psychology, 38:4 (Oktober 1943):417-452

7 Dwight Macdonald, „The Responsibility of Peoples", Politics, 2:3 (März 1945):84

8 Franz Neumann, Behemoth: Struktur und Praxis des Nationalsozialismus, 1933-1944 [1944], übers. Gert Schäfer und Hedda Wagner (Frankfurt/M.: Fischer, 1984), p. 159. „Der spontane Antisemitis-mus des Volkes selbst ist in Deutschland nach wie vor schwach." (Ibid.)

9 Macdonald, „The Responsibility of Peoples", p. 90

10 Macdonald, „Notes on the Psychology of Killing", Politics, 1:8 (September 1944):239-243

11 Macdonald, „The Bomb", Politics, 2:9 (September 1945):260

12 Macdonald, „The Root is Man", Politics, 3:4 (April 1946):97-115, und Politics, 3:6 (Juli 1946):194-214

13 Macdonald, „I Choose the West" (1952), in: Macdonald, Memoirs of a Revolutionist: Essays in Political Criticism (New York: Meridian Books, 1958), p. 200

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: totzdemusf@t-online.de

Einzelpreis: 4,– €
ABO (4 Nrn.): 15,– €
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 3–4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb:
Verein für libertäre Bildungspolitik, Grafenau
Das Redaktionskollektiv entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. Anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Andreas Ries, Herby Sachs (V.i.S.d.P.).

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel per Datenträger. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als txt-Datei auf MAC-Basis, mcw-Datei auf DOS-Basis, als rtf-Datei oder als e-mail: trotzdemusf@t-online.de

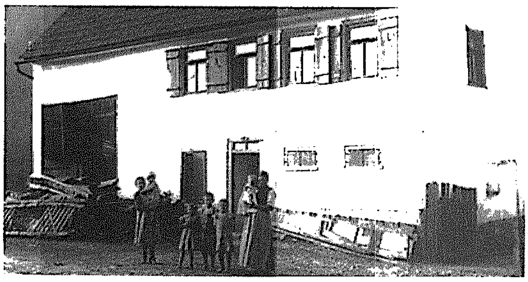
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Georg Elser

oder

Die Verwurstung des fähigsten Hitlergegners

von Hellmut G. Haasis



Das Elternhaus von Georg Elser

Beinahe wäre am 8. November 1939 der Braunauer Adolf aus der Politik verschwunden. Der schwäbische Schreiner Georg Elser hatte nach drei Monaten Nachtarbeit im Münchner Bürgerbräukeller die Säule hinter Hitlers Rednerpult mit zehn Kilo Dynamit präpariert. Die beiden eingebauten Schwarzwalduhren gingen exakt, um 21.20 Uhr lösten sie die Explosion aus, aber Hitler befand sich schon auf dem Weg zum Hauptbahnhof.

Warum? Das neblige Herbstwetter erlaubte für den nächsten Morgen keinen Flug nach Berlin, deshalb musste Dreiliter, wie listige Widerspenstige seinen Namen variierten, nachts mit seinem Sonderzug zurückreisen. Ziel: den sofortigen Einmarsch in Frankreich vorbereiten.

Nur aus diesem Grund verließ er 13 Minuten den Biersaal vor dem Donnerschlag. Elser, der seinen genialen Apparat bis zu 144 Stunden vorher einstellen konnte, war schon an der Schweizer Grenze in Konstanz. Völlig erschöpft versäumte er, den gewählten Grenzübergang zu kontrollieren. So ging er in eine frische Falle der Grenzpolizei und wurde in die bayerische Gestapozentrale nach München eingeliefert.

Niemöller hat immer Recht

Nach Folterungen durch Himmler legte Elser ein Geständnis ab, um nicht erschlagen zu werden. Ein Jahr lang wurde er im Reichssicherheitshauptamt Berlin gequält, dann ins KZ Sachsenhausen verlegt und im Februar 1945 nach Dachau. Dort erschoss ihn am 9. April 1945 der SS-Oberscharführer Theodor Bongartz.

Die nach dem Krieg Geborenen wundern sich immer wieder, warum man so wenig und so spät von Elser hörte. Als Elsers wirkungsvollster Gegner wirkte Pfarrer Niemöller, der drei Jahrzehnte lang bis zu seinem Tod predigte, Elser sei SA-Mann und SS-Unterscharführer gewesen und habe das Attentat vermutlich auf Anweisung von Heydrich und Himmler, vielleicht gar im Auftrag von Hitler durchgeführt. Beweise blieb er schuldig, der Konfrontation mit Elsers Verwandten wich er aus.

Diese Linie krönte der Historiker Hans Rothfels in seinem Standardwerk zum 20. Juli mit Erfindungen und Abwertungen. Rothfels' schlechte Meinung von Elser bekam in der angloamerikanischen Geschichtsschreibung Heiligenstatus. Nach dem Gesetz der Historiker, dass unfehlbar stimmen muss, was viele Kollegen nachplappern, kam die Kampagne gegen Elser aus dem Ausland als unbezweifelbare Wahrheit zurück.

Der Heilige Georg

Seitdem Elser in der Berliner Gedenkstätte deutscher Widerstand 1995 eine Sonderausstellung bekam und Helmut Kohl im Fernsehen ein paar Sätze dazu abließ, geriet Elser in den Sog einer Heiligsprechung. Schließlich ist in der Geld- und Mediengesellschaft sankrosankt und als Sinngeber anerkannt, wer im Fernsehen abgefeiert ist. Für den Heiligsprechungsakt genügen 20 Sekunden.

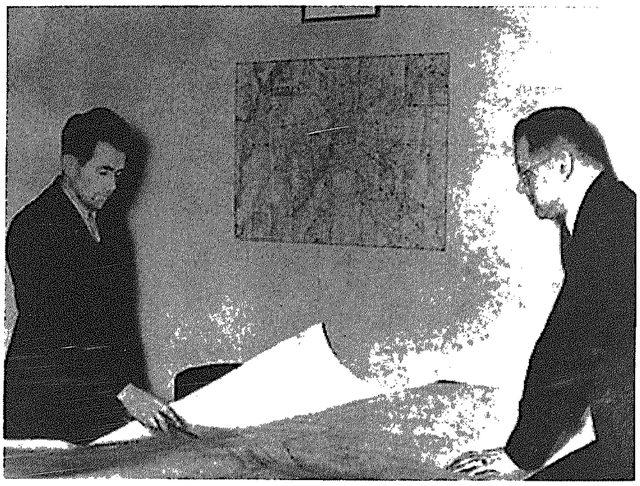
Man darf sich nicht wundern, dass bei einer solchen verordneten Anerkennung Elsers Persönlichkeit und Motive auf der Strecke bleiben. Das geschieht mit Absicht. Weggehobelt wird, was sich nicht zur Befriedung und Einschläferung und Verdummung, zur Unterhaltung und zum Aufbau eines unkritischen Stolzes verwenden lässt.

Bei der Rezeption von Elsers Beweggründen wurden seine Antriebskräfte verkürzt. Eine gesellschaftliche Zensur, durchaus nicht selten, aber wenig reflektiert. Elser hatte trotz Folterungen, Schlafentzug und ständiger Bedrohung durch bewaffnete Gestapoleute im Verhör erklärt: *„Ich stellte allein Betrachtungen an, wie man die Verhältnisse der Arbeiterschaft bessern und einen Krieg vermeiden könnte."* (Haasis S. 173) Das soziale Motiv steht an erster Stelle. Heute ist, auch nach meiner Biografie, mit Hängen und Würgen der Kriegsgegner Elser akzeptiert, der Kämpfer für soziale Verbesserungen der Arbeiter bleibt unter den Teppich gekehrt.

Elsers Anschlag stellt für die Bewusstseins-Ingenieure ein Ärgernis dar, sobald man die halblebigen und peinlich späten Aktivitäten der 20. Juli-Verschwörer zum Vergleich heranzieht. Das tat ich 2002 auf einem Stuttgarter Symposium. Ein Zitat aus der Biografie beschloss mein Referat. Während Elsers Uhren tickten, habe der militärische Widerstand nichts getan. *„Hitler selbst rechnete grundsätzlich mit einem Aufruhr oder einem Attentat. Vor seinen führenden Militärs hatte er dagegen nicht viel Respekt, er hatte oft genug erlebt, wie schnell sie einknickten, wenn er sie anschrie. ... Die hohen deutschen Militärs, die es nicht wagten, Hitler zu beseitigen, opferten dann ohne Skrupel ganze Divisionen."* Was bei allen Rezensenten durchgegangen war, verstieß in der vom



Georg Elser beim Verhör



Alle Fotos: Gedenkstätte deutscher Widerstand

Stuttgarter Haus der Geschichte durchgeführten Veranstaltung gegen den staatlich kontrollierten Konsens. Der Leiter Dr. Schnabel, eine führende Kraft im Kultusministerium, stieg stracks in die Bütt: Diese Aufwertung Elsers unter gleichzeitiger Herabwürdigung der Leute um Stauffenberg dürfe man nicht durchlassen. Großer Beifall.

Eine weitere Entschärfung Elsers unternahm am 9. März 2004 die staatliche Geschichtsmanufaktur Knopp: der 20. Juli im ZDF. Dank der Nachbarschaft höher gestellter Personen, die Hitler zu beseitigen suchten, geriet Elser bedenklich nahe an bessere Kreise. Wie wollte die Firma Knopp den strengen Geruch eines linken, ausgesprochen roten Hitlerfeindes neutralisieren? Durch eine kontraproduktive Auswahl der Zeitzeugen und durch die Kritiklosigkeit der anderen Versuche, die sich sträflich spät an Hitler herangewagt hatten.

Zur Bewertung von Elsers Leben und Tat wählte Knopp renommierte Gesichter, die nach langer Verwendung in solchen Produktionen für jedes Thema brauchbar sind: Hildegard Hamm-Brücher und Ralph Giordano. Beide haben zu Elser nichts oder nichts Originelles publiziert, eine quellengestützte Erforschung des Themas kann bei solchen aufgepumpten „Zeitzeugen" sowieso nicht erwartet werden. Knopp präsentierte Nachfahren verstorbener Zeitzeugen, Zeugen nur nach dem Familiennamen.

Ein herrlicher Gummibegriff des historischen Zeugen. Hier kann man von gezielter Fälschung reden. Solcher Unfug kann Schule machen. Bald treten Enkel auf und schwafeln, wie wenn sie vor 100 Jahren irgendwo dabei gewesen wären.

Der „einfache Schreiner", wie inzwischen fast alle sagen, verschwindet am Ende bei Knopp. Er wird nachts irgendwo erschossen. Nix genaues braucht man nicht zu wissen. Der SS-Mann hat keinen Namen, obwohl man ihn seit fünf Jahren in meiner Biografie finden kann. Der Mörder hat kein Gesicht, obwohl ich mehrere Fotos von ihm auftrieb und eines publizierte. Dieser Herr, der SS-Oberscharführer Theodor Bongartz aus Krefeld, hat einen schön geschriebenen Lebenslauf hinterlassen, der ihn als ganz normalen Hauptschüler ausweist, mit guter Schrift und anständigem Beruf: Stuckateur, sogar mit Meisterprüfung.

Rechtsextremistischer Angriff aus Chemnitz

Elsers Verwertung für ein stromlinienförmiges Geschichtsbild stehen noch immer Lebenslauf, Tat und Gesinnung im Weg. Diese Schwierigkeiten nützte ein tendenzieller Rechtsextremist wie der Chemnitzer Lothar Fritze zu einer grundsätzlichen Attacke auf Elser. Zeitgleich mit dem Erscheinen meiner Biografie veröffentlichte er in der Frankfurter Rundschau (9. November 1999) seine Antrittsvorlesung. Der „Moralphilosoph", wie er sich nennt, griff ohne ausreichende Kenntnis der Quellen und der Biografie Elser brachial an.

Mein Misstrauen gegen die hochnäsigen, superpatriotischen und leise tretenden Herren des 20. Juli fand dabei eine hübsche Bestätigung. In der Frankfurter Rundschau hatte eine bemerkenswerte Redakteurin Fritzes Artikel durchgesetzt und mein Alternativangebot im Papierkorb versenkt: Jutta Roitsch, Enkelin des unseligen Carl Goerdelers, der im Fall eines Sieges über Hitler eine Monarchie und sozial-arrogante, autoritäre Herrschaft installiert hätte. Was für eine unheilvolle Familienkontinuität.

Mit seiner Elser-Verdammung gelang es Fritze, das Dresdener Hannah-Ahrendt-Institut zu spalten und an den Rand des Absturzes zu drängen. Gestützt auf unwissende, sensationsgierige Moderatoren heizte Fritze einen „neuen Historikerkrieg" an, der eine Weile die Gazetten und Talkshows ernährte. Fritzes Courage verflüchtigte sich, als er sich dem Biografen Elsers stellen sollte. Von da an war von Fritze nichts mehr zu hören. Zum Bedauern der Unterhaltungsbranche.

Was proklamierte Fritze? Seinem verschrobenen Akademikergefasel Sinn abzuringen, erfordert viel Einfühlung in eine weltfremdes Hirngespinst. Im Wesentlichen bleibt der Vorwurf, dass Elser für seine Begründung, er wolle den Krieg verhindern, keine „Beurteilungskompetenz" besaß. Klartext: Fritze hält Elser für deppet und ungebildet, kein Wunder mit nur sieben Jahren Volksschulbesuch. Man kann in diesem Geist ergänzen. Elser fehlte alles, was man in Deutschland von einem anständigen Attentäter erwarten darf: Abitur, Studium, Doktortitel, blaues Blut, militärischer Rang und bedeutende, saubere Verwandtschaft – und ein schönes Erbe im Rücken.

Für Darmstädter Studenten zog ich die Folgerung: *„Am schlimmsten sind die Kon-*

sequenzen, die Fritzes Argumentation hat. Fritze wendet für den Extremfall eines Attentats im „Dritten Reich" moralphilosophische Kategorien an, die so niemand auf der Welt nachvollziehen kann. ... Ausdrücklich hat Fritze betont, ein solches Attentat dürfe man nur dann durchführen, wenn diejenigen, die mitgefährdet sein könnten, zumindest hinterher dieses Attentat akzeptieren könnten. Elser hätte sich, nachdem Hitler den Bürgerbräukeller vorzeitig verlassen hatte, todesmutig hineinstürzen und die anwesenden Nazis vor der bevorstehenden Explosion warnen sollen. Hier zeigt sich, dass Fritze keine Ahnung von den tatsächlichen Gegebenheiten hat. Der Saal war durch dreifache schwer bewachte Sperren für jeden unzugänglich, der nicht zu den 'Alten Kämpfern' gehörte." (zoon politikon, Zeitschrift des AstA der TU Darmstadt, Sommersemester 2000, S. 27/28)

Der Unglücksrabe Lothar Fritze ist Honeckers letzte Rache. Nach 1990 publizierte er Arbeiten, in denen er die DDR-Dissidenten als moralisch unqualifiziert beurteilte. Sein Wunsch war die Rechtfertigung der Mitläufer. Auch gegen Hitler war der Widerstand moralisch nicht legitim, weil Personen, die eventuell unabsichtlich Schaden erleiden konnten, vorher nicht gefragt worden waren.

Damit schoss Fritze weit über das Biedenkopf-Milieu hinaus und verärgerte selbst seine Gönner. Auch der 20. Juli ist nach Fritzes Grundsätzen moralisch nicht zu rechtfertigen. Meine Folgerung : *„Fritze liefert die 'wissenschaftliche' Rechtfertigung für die Mitläufer aller Regime. Dies wird seinen Karriereaussichten sicher nicht schaden."*

Ein wunderliches Schachspiel

Knopps ZDF-Film über Elser (10. 3. 2004) setzte den ersten größeren Verwurstungsversuch in Gang. Genau neun Tage später schreckte der Münchner Marketingberater Peter Wittmann die örtliche Presse mit der „Entdeckung" auf, er besitze ein von Georg Elser im KZ geschnitztes Schachspiel.

Vor Jahren hätte niemand etwas gegeben auf irgendein Erinnerungsstück eines angeblichen Sonderlings und SS-Mannes. Nun aber, mit dem Weihwasser des Fernsehens gesegnet, kroch als erste die Münchener AZ auf den Leim: *„59 Jahre schlummerte das Schmuckstück im Verborgenen."* (AZ 19. 3. 2004, Artikel von Marie-Christine Piller).

Das Märchen: *„Der Münchner Hitler-Attentäter schnitzte sie (die Schachfiguren) während seiner Haft im KZ Sachsenhausen und Dachau von 1939 bis 1945."* Angeblich hatte ein polnischer Arzt 1944 in Dachau Elser medizinisch versorgt. – Unsinn: Elser kam erst im Februar 1945 nach Dachau. In Sachsenhausen wurde Elser erst im November 1940 eingeliefert. – Elser sei lungenkrank gewesen. – Falsch – Der Pole habe ihn mit Medikamenten und abgezweigten Lebensmitteln gerettet. – Quatsch: Elser erhielt auf Hitlers Befehl das beste Essen, aus der Kommandantenküche und in doppelter Ration. Er war völlig isoliert, niemand durfte zu ihm und er nicht zu anderen, dafür garantierten drei SS-Wachen, die bei Ungehorsam sofort denunziert und liquidiert worden wären. Hitler hielt Elser für seinen gefährlichsten Gegner.

Dieser polnische Arzt soll Wittmanns Vater gewesen und 1950 in einem polnischen Gefängnis gestorben sein. Elser habe ihm in Dachau aus Dankbarkeit das Schachspiel geschenkt. Der heutige Besitzer beruft sich darauf, seine Mutter habe ihm die Herkunft des Schachspiels so erzählt. Wittmanns naiv: Warum sollen meine Eltern mich belogen haben?

Besser wäre die Frage: Warum verkohlt uns der heutige Besitzer? Ganz einfach: Er will 30.000 Euro.

Hurra! Endlich ist der tatkräftigste deutsche Widerstand im Herzen des Kapitalismus angekommen. Auf dem Niveau der Börse. Was zählt, ist Geld, nur Geld, etwas anderes gibt es nicht. Der Mann kann in Schröders Kabinett eingestellt werden oder in einer Bank. Wenn nur Wittmanns Legenden glaubwürdiger wären. Es rächt sich, wenn man sich nicht informieren will, man wird schnell bei Lügen ertappt.

Wittmann fühlte die Notwendigkeit, sein Fantasie auf die Figuren anzuwenden. Einer der Bauern des Schachspiels habe *„einen völlig anderen Gesichtsausdruck als die übrigen Figuren, fast scheint er zu weinen."* Was steckt dahinter? Wittmann fantasiert: *„Elser fertigte ihn (diesen weinenden Bauern), als er am 20. Juli 1944 vom Scheitern des Stauffenberg-Attentats auf Hitler hörte."*

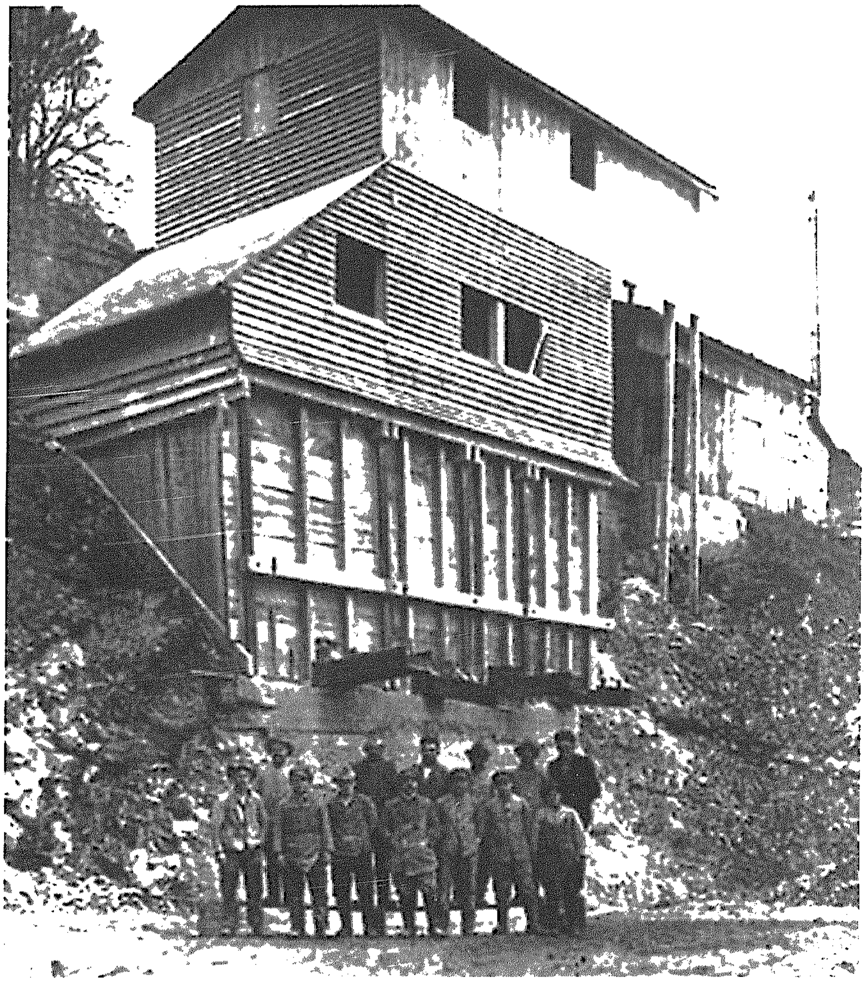
Zwei Tage nach dem Unsinnsartikel in der AZ mischte sich ein Kommunalpolitiker ein. Für die „Grüne Stadtratsfraktion und rosa Liste" stellte Siegfried Benker den Antrag, die Stadt möge *„das historische Schachspiel Georg Elsers für das Stadtmuseum erwerben"*. Frei von jeder Kenntnis behauptete Benker, das Schachspiel sei *„ein herausragendes Dokument der Zeitgeschichte"*. Das Kulturreferat möge die Echtheit prüfen. Aber eigentlich weiß der Grüne schon alles: Das Schachspiel sei *„zumindest zum Teil – von Georg Elser während seines Aufenhalts im KZ Dachau geschnitzt"* worden.

Dem betrügerischen Anschlag auf die Münchner Stadtkasse widersetzte sich Hella Schlumberger aus der Türkenstraße. Dem Chef des Stadtmuseums Dr. Wolfgang Till gab sie neun Gründe an die Hand, warum dieses Schachspiel nicht von Elser stammen könne. Damit war eigentlich alles gesagt.

Aber nun wollte auch das bayerische Fernsehen dabei sein. Jahrzehntelang hatten die Münchner Fernsehjournalisten bei Widerstandskämpfern, natürlich auch bei Elser, durch Schweigen geglänzt. Wahrscheinlich hätte man sich in der Programmdirektion genauso interessiert gezeigt, wenn eine Unterhose Elsers aufgetaucht wäre.

In München schaut aus jeder Skurrilität Karl Valentin heraus. Das gehört zum schönsten Zug der Stadt, nur hat es mit der politischen Geschichte und mit dem Widerstand gegen Dreiliter nichts zu tun.

Die bayerische Fernsehsendung (3. 4. 2004) wurde dem Schwindelbruder Wittmann zum Verhängnis. Die Vermutung von Hella Schlumberger, Wittmann sei erst durch Knopps Sendung auf die Idee gekommen, Elser als Besitzer zu erfinden, bestätigte Wittmann selbst: *„Ich wusste, dass es einer der Attentäter von Hitler war,*



aber das ist irgendwo alles so im Hinterkopf verschwunden. Und erst, als die Dokumentationen jetzt in letzter Zeit gesendet wurden, über die Attentate auf Hitler, war eben auch ein Bericht über Georg Elser. Und auf Grund dieses Berichtes hab' ich mich erinnert: Mensch, du hast ja noch die Schachfiguren, die wurden von ihm (Elser) eigentlich geschnitzt."

Nach der Sendung erwachte jäh die Süddeutsche Zeitung, die nun vor einem „Rätsel" stand (7. 4. 2004, Christoph Lungwitz). Dr. Till schaute sich die Figuren an und trompete hinaus, er habe keinen Zweifel, *„dass das Schachspiel mit dem KZ Dachau in Zusammenhang steht".* Wie wenn es in Dachau eine so leistungsfähige Schnitzerwerkstatt gegeben hätte.

Erfrischend dagegen die Leiterin der KZ Gedenkstätte Dachau Barbara Distel. Sie hält die ganze Geschichte *„für einen ausgemachten Schwindel".* Und Hella Schlumberger kann nur staunen, wie Leute reihenweise auf das Märchen hereingefallen sind. Es scheint einen Bedarf an simplen Erfindungen zu geben. Je belangloser und hirnrissiger, desto willkommener.

Da können ja noch allerhand Trittbrettfahrer auf uns zukommen, Kujaus geistige Erben. Vielleicht taucht bald der Schulranzen von Stauffenberg auf? Oder die Zange, mit der er die Bombe für Hitler scharf machte? Und wie wäre es mit seinen letzten Hausschuhen? Jeder Schwachsinn kann zur Unterhaltung dienen. Die Verblödung im Kulturbetrieb rächt sich an ihren Produzenten, die jedes Unterscheidungsvermögen verloren haben. In diesem Sinn erklärte ich der TZ (6. 4. 2004): *„Das ist ein Witz."*

Nichts braucht mehr wahr zu sein, zwischen Fälschung und Wahrheit gibt es nur eine einzige Differenz: der Geldwert. Wenn eine Fälschung mehr Geld bringt, ist eben die wahr, mehr als der ursprüngliche, richtige Tatbestand.

Zu Beurteilung des Schwindels hätte es gereicht, wenn man Elsers Biografie gelesen hätte. Elser war nie Schachspieler, warum sollte er ein Spiel schnitzen? Er hatte in seiner Zelle nur Bretterholz, kein Schnitzholz. Er besaß keine Drehbank, um die Stücke vorzufertigen, sondern eine Hobelbank. Ihm fehlte das Schnitzwerkzeug. Bei der Verlegung nach Dachau wurden ihm alles abgenommen, selbst das Bild seiner Verlobten. Und so weiter.

Es gibt auch äußere Gründe gegen die Zuschreibung. Das Spiel hat kunsthandwerkliches Niveau. Es stammt aus einer Profiwerkstatt, gefertigt nach einem Typus, der nach dem 1870er Krieg modern wurde. Mein Tipp: eine Südtiroler Werkstatt im Grödnertal. Die besten Spiele findet man im Heimatmuseum von St. Ulrich.

Genug. Elser kann nicht verwurstet werden – oder noch nicht? Seine Klarsicht, seine unbeirrbare Konsequenz, sein Bruch mit dem nationalen Dünkel des Volkes werden ihn vor einer Verwurstung im Unterhaltungsbetrieb bewahren.

Konstruktive Kritik

Nebenher lebt eine erfreulichere, eine politisch produktive, aufklärerische Variante der Elser-Vergegenwärtigung. Auf meine Biografie erhielt ich eine konstruktive Kritik, die Elsers Überlieferung verbessert. Nach einer Lesung kam der Besitzer eines Tagebuches auf mich zu. Er übergab mir, was sein Vater 1940 in Konstanz von dem Grenzpolizisten Rieger, der Elser festnahm, erfahren hatte. Ein andermal bekam ich Kontakt zu einem Zeitzeugen, der zeitgleich mit Elser im Reichssicherheitshauptamt inhaftiert war. Ein anderer schickte mir die alten Aussagen einer Gestapo-Sekretärin, die 1939 Elsers Verhör mitgeschrieben hatte.

Der Höhepunkt dieser kollektiven Weiterarbeit. Ein Fachmann von Wismar trieb mir die Erklärung aus, Elsers Kopfschmerzen im August 1939 seien psychosomatisch gewesen, Folgen seiner Grübeleien und Unsicherheiten. Elser sammelte den Industriesprengstoff Donarit 3 und schlief gleich neben ihm, kannte aber nicht die gesundheitsschädlichen Ausdünstungen, unter denen er dann litt. Mein Kritiker muss es bestimmt besser wissen, als ich. Sein Gutachten, mit Kopien aus der Fachliteratur seines Berufes, unterschrieb er mit dem Ehrfurcht gebietenden Wort: „Sprengmeister".

Haasis, Hellmut G.:
"Den Hitler jag' ich in die Luft".
Der Attentäter Georg Elser.
Eine Biographie. Rowohlt 3. Aufl. 2001.

Erich Mühsam – 70 Jahre danach

von Wolfgang Haug

In der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1934 wurde der Schriftsteller und Anarchist Erich Mühsam im KZ Oranienburg ermordet. Knapp 10 Jahre zuvor war er aus dem Gefängnis Niederschönenfeld entlassen worden, indem er wegen seiner Teilnahme an der ersten Münchner Räterepublik 1919 einsitzen musste. Ende 1924 zog Mühsam nach Berlin, zurück in die Stadt, in der er seine politische und literarische Arbeit vor dem 1. Weltkrieg begonnen hatte. Mühsam arbeitete in Berlin mit dem Schutzverband Deutscher Schriftsteller, mit Theatern oder mit der kommunistischen Roten Hilfe zusammen, er war Vortragsredner und Mitglied der Anarchistischen Vereinigung Berlins, veröffentlichte seine Monatszeitschrift FANAL und pflegte besonders engen Kontakt zu den anarchosyndikalistischen Vertretern der FAUD, z. B. zu Rudolf Rocker und Augustin Souchy.

Ein Beispiel für die Kooperation zeigt sich in der Kampagne für die Freilassung von Sacco und Vanzetti, der beiden berühmt gewordenen Anarchisten, die in den USA zum Tode verurteilt und trotz mangels an Beweisen hingerichtet worden waren. Mühsam und Souchy sprachen beide auf der Kundgebung der FAUD im Berliner Lustgarten gegen das Todesurteil. Mühsam schrieb anschließend sein Theaterstück *„Staatsraison"* (lieferbar bei der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft eG), indem er diesen Justizmord mit dokumentarischen Mitteln auf die Bühne bringen wollte. Die von der FAUD neugegründete *„Gilde Freiheitlicher Bücherfreunde"* (GFB) übernahm den Druck des Dramas zum 1. Todestag der beiden hingerichteten Anarchisten und verbreitete das Buch.

Von Erich Mühsam hatte der FAUD-Verlag *„Der Syndikalist"* 1925 bereits den Band *„Alarm. Manifeste aus zwanzig Jahren"* veröffentlicht. Diesen Band mit Gedichten aus Mühsams Gedichtbänden *„Wüste, Krater, Wolken"*, *„Brennende Erde"* sowie Artikeln aus seiner Müncher Zeitschrift KAIN, hatte der rätekommunistische Dichter Oskar Kanehl während Mühsams Gefängniszeit zusammengestellt. Die Büchergilde Freiheitlicher Bücherfreunde übernahm zudem Restbestände aus Mühsams Werk von anderen Verlagen in ihr Programm, so *„Brennende Erde"* aus dem Kurt-Wolff-Verlag und *„Sammlung 1898-1928"* aus dem J.M. Spaeth-Verlag. Mühsams theoretische Arbeit *„Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat"* (lieferbar im Karin Kramer Verlag), in der er sein Anarchismusverständnis darlegte, und in der er seine Boheme- und Rätezeiterfahrungen mit einbaute, erschien zuerst in der Theoriezeitschrift der FAUD, in *„Die Internationale"* (5. Jg., Heft 6-8, 1932).

Dieser Zeitschrift war es dann 1934 vorbehalten, als einer der wenigen verbliebenen anarchistischen Zeitschriften Mühsams Tod bekannt zu geben. Getarnt als *„Deutschtum im Ausland – Blätter zur Pflege deutscher Art"* wurde die *„Internationale"* in Amsterdam (später in Barcelona und Paris) fortgesetzt und in Emigrantenkreisen und anfangs auch illegal in Nazideutschland vertrieben. Bereits in ihrer ersten Nummer musste die IAA verbreiten *„Mühsam ermordet"*. H.R. (das ist Helmut Rüdiger) schrieb einen Nachruf und von Mühsam selbst wurde das *„Kriegslied"* nachgedruckt. Rudolf Rocker, der bereits in die USA geflohen war, beendete diese Erinnerungsarbeit mit den Worten: *„Als ich in amerikanischen Blättern die kurzen Zeilen las, dass Erich Mühsam seinen furchtbaren Leiden durch Erhängen ein Ende gemacht hatte, fühlte ich, wie mir das Blut heiß in die Kehle stieg. Es war nicht bloß der Schmerz, einen lieben Menschen unter so tragischen Umständen verloren zu haben, mit dem ich lange Jahre durch ungetrübte Freundschaft eng verbunden war; nein, es war die nagende Scham, einem Lande anzugehören, dessen Regierung seit den letzten achtzehn Monaten jede Menschenwürde mit Füßen getreten, den organisierten Mord an ihren Gegnern zum Prinzip erhoben, eine alte Kultur in Trümmer gelegt und ihre wehrlosen Opfer in den Gefängnissen und Konzentrationslagern allen grausamen Qualen, die eine entartete, von sadistischen Instinkten geleitete Phantasie nur ersinnen kann, preisgibt.*

Als Mensch war Mühsam einer der prächtigsten Persönlichkeiten, mit denen ich je bekannt wurde. In ihm hatte der Parteimensch nicht wie bei so vielen anderen, den Menschen aufgezehrt. Stets nobel in seinen Handlungen, war er ein treuer und ergebener Freund und ein ungemein geistreicher Gesellschafter. Dass ein Mann mit solch glänzenden Qualitäten dem Ungeist des sogenannten Dritten Reiches zum Opfer fallen musste, ist eine der großen Tragödien unserer Zeit, in der Freiheit und Gerechtigkeit von größenwahnsinnigen Schurken und Verbrechern ans Kreuz genagelt werden."

Rudolf Rockers Freund und enger politischer Mitarbeiter Augustin Souchy hat 1934 in spanischer Sprache unter dem Ttel *„Erich Mühsam – su vida – su obra – su martirio"* (Barcelona 1934) versucht, die genauen Todesumstände Erich Mühsams einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen:

„Am Tag nach dem Reichstagsbrand wurde Mühsam um 5:30 Uhr aus dem Bett geholt... In den ersten Wochen seiner Haft befand sich Mühsam im Polizeigefängnis zu Berlin und im Untersuchungsgefängnis Moabit und Spandau. .... Nach einigen Wochen wurde eine Anzahl politischer Häftlinge in das inzwischen errichtete Konzentrationslager Sonnenburg abtransportiert. Bereits auf dem Transport wurde Mühsam von den begleitenden SA-Männern misshandelt..... In dem Konzentrationslager wurde Mühsam das Leben zur Hölle gemacht."

Schläge, Demütigungen, Scheinerschießungen, Schwerarbeit und immer wieder Schläge, Fußtritte und Ohrfeigen, bis Mühsam zuletzt fast nichts mehr

hören konnte. Ein Mitgefangener berichtet: *„In meiner Gegenwart wurde er einmal derart verprügelt, dass er zusammenbrach und ich der Meinung war, man habe ihn totgeschlagen ... Durch diese dauernden Schläge sind Mühsams Ohren total verschwollen und verkrüppelt. Sein Gehör hatte er fast vollständig eingebüßt."*

Nachdem das KZ Sonnenburg aufgelöst wurde, kam Mühsam für kurze Zeit in das Gefängnis nach Plötzensee, die Misshandlungen hörten für diese Zeit auf. Dann ging es weiter in das alte Zuchthaus nach Brandenburg; und die Demütigungen und Misshandlungen begannen erneut, speziell als in der Nazipresse verleumderische Artikel über Mühsams Tätigkeit während der Münchner Rätezeit erschienen. Mühsam wird als „Judenschwein" beschimpft, geschlagen, geschoren, die Verletzungen bleiben unbehandelt. Als Mühsam Schreiberlaubnis erhielt um an seine Frau Zenzl zu schreiben, brach ihm die SA seine beiden Daumen.

Von Brandenburg kam Erich Mühsam ins KZ Oranienburg, kurz nach der Entmachtung der SA (*„Röhm-Putsch"*) ließ Hitler das KZ am 31. Juni von der SS übernehmen. Mühsam wusste, dass seine Ermordung unmittelbar bevorstand. Seiner Frau sagte er bei ihrem letzten Besuch: *„Was man auch immer sagen und dir erzählen mag: glaub nie, dass ich Hand an mich legen werde."*

Der Mord erfolgte in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1934. Der freigelassene Mitgefangene Stone berichtete in der Kopenhagener Zeitung „Extrabladet":

„Am Abend (des 9. Juli) wurde Mühsam zum Adjutanten des Lagerkommandanten, Sturmführer Eschrad, gerufen (in der Darstellung Kurt Hillers, die sich im wesentlichen mit der von Stone deckt, wird der Name Eckhardt genannt). Als er zurückkam, sagte er: Die wollen, dass ich mich selber erhängen soll – aber das Vergnügen will ich ihnen nicht bereiten. Um 8 Uhr abends gingen wir wie gewöhnlich zu Bett. Um 9 Uhr abends wurde Mühsam herausgerufen. Da haben wir ihn zum letzten Mal lebend gesehen. Wir merkten aus verschiedenen Anzeichen, dass etwas Besonderes am Werke sei. So wurde an diesem Abend – entgegen allen Regeln – verboten, auf den Hof in die Aborts zu gehen. Nächsten Morgen verstanden wir den Grund: Draußen im Aborthaus fanden wir die furchtbar zugerichtete Leiche Mühsams. An einem Stricke, der um einen Balken geschlagen war, hing Mühsams Körper. Alles war so eingerichtet, dass der Eindruck eines Selbstmordes erweckt werden sollte. Doch es war kein Selbstmord. Einer, der sich erhängt, hat die Beine ausgestreckt infolge des Körpergewichts, und die Zunge streckt er aus dem Mund heraus. Doch bei der Leiche Mühsams waren diese Zeichen nicht wahrzunehmen. Er hing mit angezogenen Beinen. Außerdem waren der Strick mit einem Seemannsknoten festgemacht, den der in diesen Dingen unerfahrene Mühsam niemals hätte zustande bringen können. Der Leichnam trug Spuren von frischen Misshandlungen. Er war zu Tode geprügelt und dann aufgeknüpft worden."



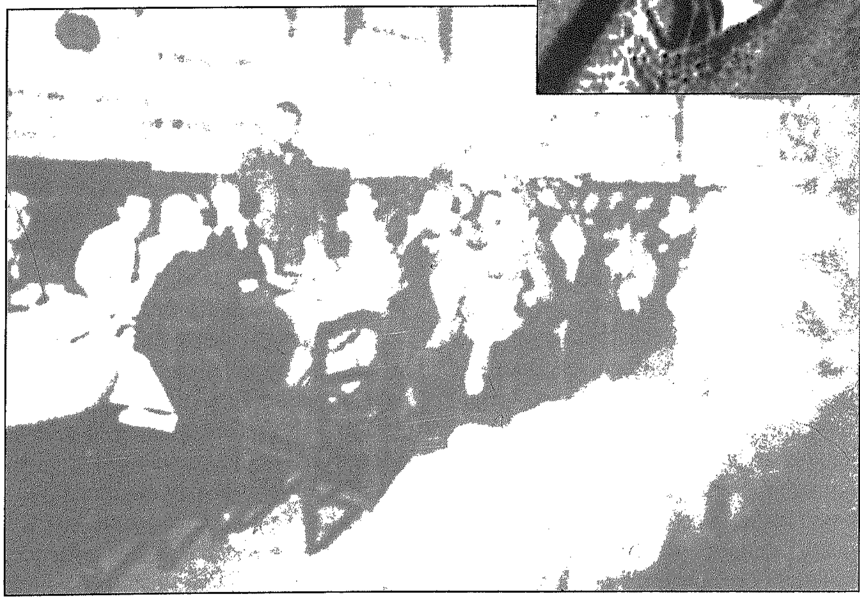
Die erste Nummer des "Räte-Kain" in plakativem Großformat
Quelle: Topos-Reprint, Vaduz

Erich Mühsam: Die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip

Die Geschichte der Menschheit mit ihren Kriegen und Revolutionen, mit ihren Bestrebungen um Änderung, Besserung, Beseitigung oder Erhaltung von Zuständen und Einrichtungen, mit all ihren politischen, wirtschaftlichen, religiösen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen vollzieht sich in immer veränderten Forderungen dennoch immer mit derselben Begleitmusik. In allen Zeiten, in allen Völkern, wo Meinung gegen Meinung, Losung gegen Losung stand und steht, empfehlen sich die Beschützer des Alten wie die Pioniere des Neuen als die Sachverwalter der Freiheit. Es gibt keine Bewegung, hat nie eine gegeben und kann keine geben, die erfolgreich um Anhang für sich werben könnte, wenn nicht auf ihrer Standarte das Bekenntnis zur Freiheit beschworen ist. Wo Ziele erstrebt werden, die über materielle Nützlichkeit hinausreichen oder doch hinauszureichen scheinen, kann Gefolgschaft nur mit sittlichen Zwecksetzungen gewonnen werden; zum sittlichen Begriff schlechthin aber, dem alle übrigen sittlichen Werte ein- und untergeordnet sind, der die hohen seelischen Eigenschaften der menschlichen Gesellschaft wie Ehre, Ruhm, Kultur, glückliche Verbundenheit, in der natürlichen Vorstellung aller zur Gefolgschaft geeigneten Massen umfasst, wird von allen verschiedenen und entgegengesetzten Parteien und Vereinigungen die Freiheit erhoben. Denn das Wort Freiheit ist im Sprachgefühl der Menschen das einzige, das in sich die Eigenschaften der individuellen Tugend mit denen eines gesellschaftlichen Ideals verbindet.

Daß offenbar jeder Mensch die Freiheit als gesellschaftliches Ideal empfindet, ist ein Beweis dafür, daß die Sehnsucht nach individueller Freiheit in der menschlichen Natur selber begründet ist. Dieser Sehnsucht nach persönlicher Steigerung der Lebenswerte muß jede Werbung Rechnung tragen, die die allgemeine Erhöhung des Kollektivgefühls zu bewirken verspricht. Daher und weil bei primitiven Menschen ebenso wie bei differenzierten das Streben nach veredelter Gemeinschaft durchaus gleich empfunden wir mit dem Streben nach vermehrter Freiheit in der Verbundenheit aller, spielt sich fast aller öffentliche Kampf um die Geister der Menschen als ein Wettstreit der Weltanschauungen, der politischen und wirtschaftlichen Bekenntnisse und der sozialen Grundsätze ab, die eigene Freiheitlichkeit als die beste zu erweisen, das fremde und feindliche Prinzip als freiheitswürdig herabzuwürdigen. Wäre nun die Freiheit im Sprachbewußtsein der Menschen ein klar erkanntes und in ihrer Bedeutung einhellig erfasstes Gut, dann bedürfte es keiner konkurrierenden Anpreisung gesellschaftlicher Programme unter dem Gesichtspunkt der Freiheit, dann wäre es leicht, unter den empfohlenen Systemen dasjenige herauszufinden, das der positiven Forderung am nächsten käme oder gar sich mit ihr deckte. Leider verbindet sich jedoch bei den meisten Menschen mit dem Wort Freiheit nur ein ganz verschwommener Empfindungswert, so daß aus dem gesellschaftlichen Begriff, der aus dem stärksten ethischen Drang des Menschen stammt, die seichteste aller öffentlichen Phrasen werden konnte. Es gibt in den vielen Jahrtausenden übersehbarer Menschengeschichte keine Tyrannis, keine Unterdrückung und Vergewaltigung von Arbeits- und Willenskräften, die sich nicht des Freiheitsverlangens ihrer Opfer bedient hätte, um zur Macht zu kommen. Der Sklave nämlich stellt sich fast niemals die Freiheit vor, sondern leidet nur unter der greifbar erlebten Unfreiheit und läßt sich somit leicht überreden, neue Knechtschaft auf sich zu laden, wenn nur der neue Herr die glaubhafte Zusicherung gibt, er werde ihn aus der alten Knechtschaft befreien. Die Erfolglosigkeit aller bis jetzt geführten Kämpfe um gesellschaftliche Freiheit hat also ihre Ursache darin, daß sie nie für die Erringung wahrhaft freien Lebens, für einen positiv von Freiheit durchdrungenen sozialen Zustand geführt wurden, sondern ihren Ausgang nahmen von der Unerträglichkeit des Bestehenden und ihr Ziel begrenzen auf die rein negative Befreiung von dieser Unerträglichkeit. Das Versprechen: wir werden euch, das Volk, den Staat, die Gesellschaft, die Menschheit befreien!; die Aufforderung: befreit euch, das Volk, den Staat, die Gesellschaft, die Menschheit! hat mit Freiheit nur insofern zu tun, als in diesen Parolen ihr Nichtvorhandensein anerkannt und als Übel festgestellt wird. Was dagegen aufgestellt wird, beschränkt sich in fast allen Fällen auf die Ausmalung von Verhältnissen, die sich durch Abwesenheit der Dinge auszeichnen werden, deren Ausmerzung Sinn der Befreiung sein soll. Umgekehrt begegnen aber auch die Hüter der befehdeten Einrichtungen,





Zustände oder Gebräuche dem Appell, sich von ihnen zu befreien, mit dem Beweise, daß alles, was sie ersetzen sollen, dem Geiste der Freiheit widerspreche, und die Einen wie die Anderen lassen die Darstellung der Unfreiheit des Bekämpften als Überzeugungsgrund dafür gelten, daß die von ihnen gewünschten oder verteidigten Werte den Charakter der Freiheit trügen. Es bleibt also zu untersuchen, ob der Begriff der Freiheit als gesellschaftliches Prinzip überhaupt in positiver Formulierung zu fassen ist und wie die Organisation der Gesellschaft beschaffen sein müßte, die die Freiheit zum lebensbewegenden Inhalt des menschlichen Zusammenhalts machen wollte.

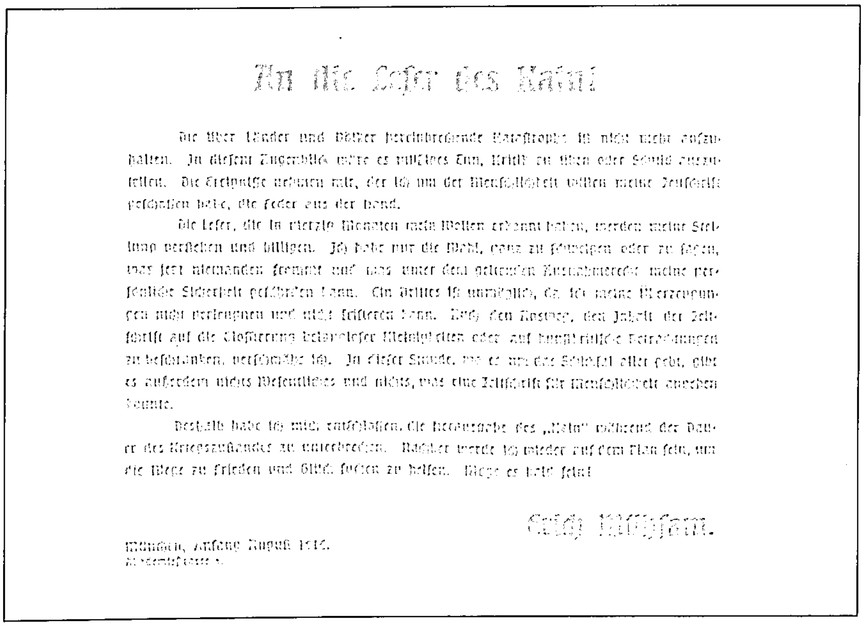
Es kann sich hier natürlich nicht um eine philosophische Deutung des Freiheitsbegriffes handeln, wie etwa Schopenhauer in seinen zwei Grundproblemen der Ethik vornimmt. Allerdings ist auch nicht darauf zu verzichten, das gesellschaftliche Problem der Freiheit als ein Problem der Ethik zu betrachten. Doch ist es nur deswegen nicht überflüssig, die Notwendigkeit solcher Betrachtung aus ethischen Gesichtspunkten besonders zu betonen, weil leider die Behandlung gesellschaftlicher Fragen als Fragen vorwiegend sittlicher Natur längst nicht mehr überall als selbstverständlich zu gelten scheint. Vermehrte gesellschaftliche Freiheit wird dazu helfen, das Primat der Ethik für alle auf die Beziehung der Menschen zu einander gerichteten Erörterungen sicherzustellen. Hiermit ist aber schon gesagt, daß der gesellschaftlich genommene Freiheitsbegriff auch keineswegs schlechthin als politischer Wert aufgefasst werden darf - zwar wirkt sich bestehende und mangelnde Freiheit wesentlich politisch aus, in dem weitesten Sinne nämlich, daß alle Herrschaft, auch wirtschaftlicher Macht, politisch gefügt sein muß, um sich zu erhalten. Aber Politik betrifft in viel zu enger Weise wandelbare Einrichtungen und auf Widerruf statuierte Bindungen, als daß ein Ewigkeitsprinzip menschlicher Verständigung sich in ihren Methoden verwirklichen ließe. Die zu lösende Frage ist diese: Der Mensch strebt nach Erfüllung seiner individuellen Möglichkeiten. Er will seinen ehemaligen, von allen anderen Menschen unterschiedenen Charakter mit den darin begründeten Fähigkeiten, Neigungen, Kräften, Leistungs- und Genußanlagen unabhängig von auferlegtem Zwange frei entwickeln und verwerten. Diese Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung in sich schließt, ist seine Vorstellung von Freiheit; ohne sie kann es keine Freiheit für ihn geben. Die Menschen aber sind auf ihre Arbeit angewiesen und zwar jeder auf die Arbeit aller, alle auf die Arbeit eines jeden. Infolgedessen ist die Gemeinschaftsaufgabe jeder Gesellschaft, die sogenannte soziale Frage zu lösen, d.h. Arbeit, Verteilung und Verbrauch so zu organisieren, daß Leistung und Verwendung in das richtige Verhältnis zum Ertrage der Erde gebracht werden. Unter gesellschaftlicher Freiheit wird nun gemeinhin verstanden, daß die Organisation der gemeinsamen Arbeit der Willkür und dem Nutzen Einzelner entzogen und der Gesamtheit des produzierenden und konsumierenden Volkes übertragen werde. Ist nun - und das entscheidet, ob die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip bestehen kann, - eine Rege-

lung der menschlichen Beziehungen erreichbar, bei der das Höchstmaß verbundenen Werteschaffens zum Nutzen aller und unter Ausschaltung der Willkür Einzelner geleistet wird, - und gleichzeitig die Persönlichkeit zur vollen Entwicklung ihrer Fähigkeiten, zum vollen Ausleben ihrer Kräfte, zur vollen Befriedigung ihrer Bedürfnisse gelangen kann?

Der marxistische Sozialismus bejaht mit Entschiedenheit die Lösbarkeit der sozialen Frage, also die Organisierbarkeit der Arbeit in der Form, daß der Ertrag jeder Leistung dem Leistenden selber zugute kommt. Er postuliert dazu - und darin begegnen sich alle Lehren des Sozialismus - die Vergesellschaftung des Grundes und Bodens und der Produktionsmittel, sohin die Beseitigung des Herrentums über die Arbeitskraft anderer Menschen. Ohne Zweifel ist hier eine Voraussetzung nicht nur kollektiver, sondern auch individueller Freiheit erfüllt. Doch beschränkt sich der Marxismus auf die Forderung der ökonomischen Gleichstellung der Menschen. Marx und Engels, denen Lenin hierin folgt, stellen zwar als letztes Endziel und schließlich Folgerung der sozialisierten Wirtschaft die Überwindung des Staates und die Vollendung des freiheitlichen Kommunismus hin, wonach jeder nach seinen Fähigkeiten schaffen, jeder nach einem Bedarf verbrauchen soll, doch gelangt bei ihnen die freiheitliche Zielsetzung nirgends über hypothetische Hindeutungen hinaus. Ihre Theorien erschöpfen sich in wirtschaftlichen Analysen der bestehenden und anzustrebenden Produktionsformen und gewähren der Darstellung der Freiheit als gesellschaftliche Grundeigenschaft so gut wie keinen Raum.

Die nichtsozialistischen Gesellschaftslehren, soweit sie dem Worte Freiheit höheren Wert als nur den einer Werbeformel beimessen, gehen von der bekannten Behauptung des Malthusischen Gesetzes aus, daß der Ertrag der Erde niemals gleichen Schritt halten könne mit der Vermehrung der Bevölkerung und daher der volle Genuß des Lebens von Natur wegen einer bevorzugten Schicht vorenthalten sei. Der Satz des Malthus ist so oft und so gründlich widerlegt worden, ist zumal durch die Kulturmethoden der intensiven Landbewirtschaftung auch praktisch so vollkommen entwertet, daß von ihm kaum mehr etwas anderes übrig geblieben ist als die Freiheitsformel des liberalistischen Kapitalismus vom freien Spiel der Kräfte. Selbstverständlich findet hier, wo nur die ungestörte Konkurrenz zwischen bevorrechtigten Besitzenden gemeint ist, der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit keine Anwendung, noch auch da, wo sich die Freiheitsforderung mit nationalen, rassemäßigen, konfessionellen oder Standesegoismen identifiziert. Das Vorhandensein von Herrschergewalt irgendwelcher Art, sei es in Form wirtschaftlicher Vormacht, sei es in Form politischer Obrigkeit oder sonstwelchen Privilegien ist mit dem Gedanken der gesellschaftlichen Freiheit schlechterdings unvereinbar, und eine Freiheit, welche sowohl dem Individuum seine Unabhängigkeit als der Gesamtheit ihre Entfaltungsmöglichkeiten läßt, kann nicht bestehen, wo verhängte Dienstpflicht, Autorität, Regierung und Staat besteht. Will auch der Liberalismus dem Staat den Eingriff in die Selbstbestimmung der Wirtschaft verwehren und nennt die Fernhaltung der politischen Obrigkeit vom Konkurrenzkampf der Ökonomie mit dem Namen der Freiheit, so setzt diese Lehre doch zugleich die Unterwerfung der Arbeit unter den Besitz voraus, und will der Staatssozialismus im Gegenteil das Gesetz regierender Organe zum Regulativ der Wirtschaft und des Verhaltens der Menschen zu einander machen, so scheidet er eben das Individuum aus der Festsetzung der eigenen Lebensformen aus. Der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit ist in keinem dieser Fälle anwendbar. Der grundlegende Irrtum aller Lehren, die bei Erhaltung des Autoritätsprinzips die Freiheit glauben fördern zu können, beruht auf der Verwechslung der Begriffe Regierung und Verwaltung. Worauf es bei einer Neuorganisation der Gesellschaft im Geiste der Freiheit ankommt, hat Michael Bakunin in die klare Formel gefaßt: NICHT MENSCHEN REGIEREN, SONDERN DINGE VERWALTEN! Die Aufgabe derer, die Freiheit zum gesellschaftlichen Prinzip erheben wollen, besteht demnach darin, das gemeinsame Wirtschaften der aufeinander angewiesenen Menschen von der Leistung einer Gehorsamkeitspflicht gegen empfangene Befehle zur Erfüllung eines Kameradschaftsdienstes auf Gegenseitigkeit zu machen. Nichts ist verkehrter als die Meinung, der Mensch arbeite nur unter der Peitsche der Kommandogewalt. Im Gegenteil: die Unlust an der Arbeit, die vielfach schon für eine schicksalsgegebene menschliche Eigenschaft gehalten wird, hat ihren einzigen Ursprung im Gefühl, unter dem Zwange regierender Befehlshaber auferlegte Arbeit zu tun. Wo das Bewußtsein lebendig ist, daß Mensch sein Kamerad sein bedeutet und daß Kameradschaft ebenso notwenig ist zur Befriedigung der Lebensnotdurft wie zum Genuß der Freude und zum Ertragen des Leides, da kann der Gedanke keine Stätte haben, der die Beschaffung von Nahrung, Bekleidung und Behausung glaubt von obrigkeitlicher Satzung und aufpassender Disziplinargewalt. Nicht einmal darauf kommt es an, daß die Obrigkeit auf demokratischem Wege eingesetzt ist, sondern darauf, daß es keine Obrigkeit gibt und alle gesellschaftliche Funktion Funktion der Kameradschaft ist. Demokratie ist nur das technische Verfahren, in dem die Regierten ihre Regierer selbst einsetzen. Das demokratische Verfahren aber setzt wie jedes andere Regierungssystem voraus, daß die notwendigen Dinge der Gesellschaft nur verrichtet würden, wenn die Menschen unter Zwang gehalten werden. Diese Voraussetzung trifft indessen nur zu, solange Arbeit geleistet werden muß, deren gesellschaftlichen Wert der Arbeitende nicht erkennt und deren Ertrag nicht ihm noch der Gesamtheit, sondern einem fremden Gewinn- oder Machtzweck zufällt.

Somit deckt sich der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit nahezu vollständig mit dem der allgemeinen Kameradschaft unter den Menschen und es erhebt sich die Frage aller Fragen, ob und in welcher Weise diese Kameradschaft zum bestimmten Antrieb des gemeinnützigen Tuns aller gemacht werden kann. Dieser Frage ist Peter Kropotkin in seinem schönen Werk über die GEGENSEITIGE HILFE IN DER TIER- UND MENSCHENWELT wissenschaftlich nachgegangen und kommt nicht nur zur Bejahung der Frage, sondern zu dem Ergebnis, daß die Solidarität eine naturgegebene Eigenschaft aller lebenskräftigen Geschöpfe ist. Alle kameradschaftlich lebenden Tiere gründen ihr Gemeinschaftsdasein ausschließlich auf die natürliche Veranlagung zur kameradschaftlichen Brüderlichkeit, die, wie Kropotkin eindringlich dartut und wie Darwin bestätigt, die den Kampf der Arten gegeneinander ergänzende Lebensform zur Erhaltung der Arten darstellt. Die Jagdgemeinschaften der Wölfe sind ebenso wie die Massenwanderungen des Damwildes zur Auffindung fruchtbarer Wohngebiete Beispiele in Freiheit organisierten gesellschaftlichen Lebens. Hier wirkt kein Staat, also keine zentrale Regierungsmaschinerie, sondern Anarchie, deren Wesen Gustav Landauer als Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit kennzeichnet. In dem philosophischen Ergänzungswerk zu seiner naturwissenschaftlichen Arbeit über die Gegenseitige Hilfe, in der "Ethik" setzt aber Kropotkin den Begriff vollständig gleich mit dem der Freiwilligkeit, wie er



An die Leser des Kain!

Die über Länder und Völker hereinbrechende Katastrophe ist nicht mehr aufzuhalten. In diesem Augenblick wäre es müßiges Tun, Kritik zu üben oder Schuld zuzuteilen. Die Ereignisse nehmen mir, der ich um der Menschlichkeit willen meine Zeitschrift geschaffen habe, die Feder aus der Hand.

Die Leser, die in vierzig Monaten mein Wollen erkannt haben, werden meine Stellung verstehen und billigen. Ich habe nur die Wahl, ganz zu schweigen oder zu sagen, was jetzt niemandem frommt und was unter dem geltenden Ausnahmerecht meine persönliche Sicherheit gefährden kann. Ein Drittes ist unmöglich, da ich meine Überzeugungen nicht verleugnen und nicht fälschen kann. Auch den Ausweg, den Inhalt der Zeitschrift auf die Glossierung belangloser Kleinigkeiten oder auf kunstkritische Betrachtungen zu beschränken, verschmähe ich. In dieser Stunde, wo es um das Schicksal aller geht, gibt es außerdem nichts Wesentliches und nichts, was eine Zeitschrift für Menschlichkeit angehen könnte.

Deshalb habe ich mich entschlossen, die Herausgabe des „Kain" während der Dauer des Kriegszustandes zu unterbrechen. Nachher werde ich wieder auf dem Plan sein, um die Wege zu Frieden und Glück suchen zu helfen. Möge es bald sein!

Erich Mühsam.

München, Anfang August 1914.
Akademiestraße 9.

die Begriffe Gerechtigkeit und Gleichheit mit dem Begriff der Gleichberechtigung gleichsetzt. Durch diese klaren Deutungen, der im allgemeinen Gebrauch reichlich verwaschenen Worte Freiheit und Gleichheit, füllt sich ihr Wert mit jedem Mißverständnis entrücktem sozialen Inhalt. Zugleich jedoch leuchtet ein, daß Goethes immer wieder herangezogene Äußerung, wo Gleichheit sei, könne keine Freiheit bestehen, vor der rechten Würdigung beider Begriffe nicht standhält. Im Gegenteil: Freiheit, als Freiwilligkeit jeder Leistung im Zusammenklang der Gesellschaft erfasst, ist nur vorstellbar, wo Gleichheit im Sinne von Gleichberechtigung gilt. Gleichberechtigung aller in der menschlichen Gesellschaft aber bedingt Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen die Menschen ins Leben treten und ihre Gaben und ihre Persönlichkeit zum eigenen Vorteil und zum Nutzen der Gesamtheit entfalten zu können. Diese Voraussetzungen scheinen nur im Sozialismus gegeben zu sein, wobei die Frage, ob der kollektivistische oder der kommunistische Sozialismus vorzuziehen sei.

Zukunftssorge mag es sein, die Erkenntnis hingegen, daß es staat- und herrschaftsloser Sozialismus sein muß, Bedingung gesellschaftlicher Freiheit ist. Goethe wollte mit seiner Behauptung die liberalistische Formel der französischen Revolution "FREIHEIT, GLEICHHEIT, BRÜDERLICHKEIT" als leer tönende Redensart verdammen. Wenden wir diese Formel in der Bedeutung an: FREIWLLIGES SCHAFFEN GLEICHBERECHTIGTER INDIVIDUEN IM DIENSTE GEGENSEITIGER HILFE, so erhalten wir das soziale Programm einer Menschengemeinschaft, in der die Freiheit das gesellschaftliche Prinzip ist.

Eine solche Auffassung widerspricht nicht, sondern bestätigt Goethes Lebensideal: Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit! Denn Persönlichkeit kann wertvolle Eigenschaften niemals losgelöst von der gesellschaftlichen Gesamtheit entfalten. Ja, Persönlichkeit und Gesellschaft können von jeder freiheitlichen Perspektive gesehen, nur als vollkommene Einheit begriffen werden. Die auf der Kameradschaft gleichberechtigter Menschen errichtete freie Gesellschaft ist ein Organismus, dem alle Elemente der Persönlichkeit innewohnen mit Einschluß selbst des individuellen Empfindungslebens, während jeder Mensch, der unter natürlichen, das heißt freiheitlichen Umständen lebt, sich nicht nur als Glied der gesellschaftlichen Kette, als Rädchen im Riesenapparat des gesellschaftlichen Geschehens fühlt, sondern durchaus als identisch mit der Gesamtheit, die für ihn genau so lebendige Wirklichkeit ist, wie sein eigenes körperliches und seelisches Sein. Mensch und Gesellschaft können unter freiheitlichen Lebensverhältnissen niemals in Gegensatz geraten, sie sind gleichwertige, einander ergänzende Ausdrucksformen desselben Zustands. Daher ist auch, die Wirklichkeit einer freien Gesellschaft angenommen, die Freiheit des Einzelnen nicht begrenzt bei der Freiheit aller, wie das die reinen Individualisten postulieren; vielmehr kann tatsächliche gesellschaftliche Freiheit gar nicht zur Begrenzung der Freiheit des Einzelnen zwingen, da ja Freiheit der Persönlichkeit nicht bestände, wo sie im Widerspruch zur allgemeinen Freiheit wirken wollte. Die Willkür nämlich, die für sich selbst Rechte in Anspruch nimmt, die in der gesellschaftlichen Einheit nicht begründet sind, hat mit Freiheit gar keine Berührung: sie ist Despotie, die Unfreiheit voraussetzt, ist somit selber abhängig von der Bereitschaft anderer, sich Obrigkeit und Befehlsgewalt gefallen zu lassen und würde Gegensätze zwischen Gesellschaft und Mensch aufreißen, die die Natur nicht geschaffen hat und die dem Prinzip der Freiheit kraß zuwiderlaufen.

Die Gesellschaft der Freiheit ist ein Organismus, das heißt ein einheitliches und darum harmonisch schaltendes Lebewesen; das unterscheidet sie vom Staat und jeder Zentralgewalt, wo ein Mechanismus die Funktionen des organischen Lebens zu ersetzen sucht und wo nicht die Dinge der Gemeinschaft gemeinsam verwaltet, sondern die Menschen von anderen Menschen zur Innehaltung von auferlegten Pflichten zwangsweise angehalten werden. Es genüge hier, die beiden Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens einander gegenüberzustellen. Das System der Zentralisation der Kräfte, hat sich in aller Welt durchgesetzt und bis jetzt, kaum ernstlich bedrängt, erhalten. Das System der Förderation von unten nach oben, des Bündniswesens, der Kameradschaft und der Freiheit, dieses System der Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit muß den Beweis seiner Verwendbarkeit in der Wirklichen Welt aus der grauen Vorzeit der Menschheitsgeschichte und aus den täglichen Beispielen der uns umgebenden Tierwelt führen. Wer den Glauben an die Zukunft der Freiheit hat, wird ihn sich durch die Einwendungen der handfest praktischen Gegenwart nicht rauben lassen. Von den Mitteln, wie die Menschen zum Zustand der Freiheit gelangen könnten, soll hier schon gar nicht gesprochen werden, um so weniger als unter den verschiedenen Richtungen, die auf das gleiche Ziel, darin durchaus keine Einheitlichkeit der Meinung besteht und Bakunin zum Beispiel weitaus andere Wege einschlagen wollte als etwa Tolstoi. Wer der Freiheit ergeben ist und den Gedanken rücksichtslos in sich aufgenommen hat, daß der Mensch frei sein wird, wenn es die Gesellschaft ist, die Gesellschaft aber nur von innerlich freien Menschen geschaffen werden kann, der wird bei sich selber und in seinem nächsten Umkreis mit dem Befreiungswerk beginnen. Er wird niemandes Knecht sein und wissen, daß nur der kein Knecht ist, der auch niemandes Herr sein will. Der Mensch ist frei, der allen anderen Menschen die Freiheit läßt und die Gesellschaft wird frei sein, die kameradschaftlich Gleiche in Freiheit verbindet.

Schlagt überall an die Freiheitsglocken!

David Edelstadt, ein Pionier der jiddischen Arbeiterdichtung

von Mittwochsgruppe Frankfurt/Main

Wacht auf

Wie lange, oh wie lange noch wollt ihr Sklaven sein,
Und mit euch 'rumschleppen die schändliche Kette?
Wie lange werdet ihr viele Reichtümer schaffen,
für die, die euch euren Brotes berauben?

Wie lange noch werdet ihr mit gebeugtem Rücken stehn,
erniedrigt, heimatlos und verschmachtend?
Wacht auf, es tagt schon, öffnet eure Augen!
Und fühlt eure eiserne Macht!

Läutet die Freiheitsglocken!
Versammelt die leidenden Knechte!
Kämpft begeistert, kämpft unerschrocken,
Für eure heiligen Rechte!

Dann wird alles wieder leben, lieben und blühen,
Im freien, im goldenen Mai!
Brüder, lang genug habt ihr vor Tyrannen gekniet,
Schwört, daß ihr euch befreit!

Dieses vor über 100 Jahren verfaßte und später vertonte Gedicht klingt heute für uns wie aus einer längst vergangenen Zeit. Mit hohem Pathos verkündet es die Siegesgewißheit eines der ArbeiterInnenbewegung zutiefst verbundenen Dichters. Sein Name ist David Edelstadt, der neben Morris Vinchevsky, Morris Rosenfeld und Yosef Bovshover zu den bedeutendsten jüdisch-sozialistischen Poeten am Ausgang des 19. Jahrhunderts zählt.

I.

David Edelstadt, der nur 26 Jahre alt wurde, kam am 21. Mai 1866 im russischen Kaluga zur Welt. Sein Vater Moisey Ivanovitch diente als Zwangsrekrutierter viele Jahre in der zaristischen Armee. Seine Mutter Ethel Fiodorovna ermöglichte ihrem Sohn eine private Schulausbildung und weckte früh sein anhaltendes Interesse an Literatur. Bereits im Alter von elf Jahren veröffentlichte David Edelstadt sein erstes Gedicht und wurde vom Gouverneur von Kaluga dafür persönlich beglückwünscht.

Seit 1880 lebte er bei seinen älteren Geschwistern in Kiew und arbeitete dort in der Schuhmacherwerkstatt seines Bruders Abrasha. In der Freizeit las er russische Literatur und schrieb Gedichte. Er hörte von der sozialrevolutionären Bewegung „Narodnaja volja" („Volkswille"), die den Sturz des russischen Zarismus plante. Zugleich nahm er erstmals sein Judentum bewußt wahr. Wenige Wochen nach dem tödlichen Attentat auf Zar Alexander II fand am 8. Mai 1881 ein antisemitisches Pogrom in Kiew statt. Es beraubte David Edelstadt jeglicher Hoffnung, daß Juden und Jüdinnen jemals als Gleiche in Rußland leben können. Aufgerüttelt von diesem Ereignis engagierte er sich in einem Komitee zur Unterstützung der Pogromopfer. Schließlich entschied er, seine Heimat zu verlassen und in die USA zu emigrieren.

II.

Allein in den 1880er Jahren gelangten mehrere Hunderttausend Juden, vor allem Handwerker, aber auch Intellektuelle, in die Vereinigten Staaten. Die meisten sprachen Jiddisch. Wie viele europäische Einwanderer vor und nach ihm verband David Edelstadt Nordamerika in seinen Vorstellungen mit der Hoffnung auf einen persönlichen Neubeginn.

Nach seiner Ankunft Ende Mai 1882 reiste er zu seinen Brüdern nach Cincinnati/Ohio. Auch dort begann sich die radikale ArbeiterInnenbewegung zu regen. Ihren Kampf um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gründete sie auf die Hoffnung einer freiheitlich-sozialistischen Zukunft. Erheblichen Anteil daran nahmen das jüdischen Proletariat. David Edelstadt arbeitete in der Bekleidungsindustrie. Die Herstellung von Konfektionskleidung gehörte damals zur Hauptbeschäftigung jüdischer Immigrierter. Anfänglich nur wenig interessiert am politischen und gesellschaftlichen Leben in den Vereinigten Staaten außerhalb seines unmitttelbaren Alltags, bewegte er sich zunächst ausschließlich im Milieu jüdisch-russischer Immigranten. Schließlich öffnete sich David Edelstadt auch kulturell seiner neuen Heimat. Er lernte neue Freunde kennen, darunter Hillel Solotaroff, später ein bekannter Libertärer innerhalb der zionistischen Bewegung. Seit Mitte der achtziger Jahre der ArbeiterInnenbewegung assoziiert, schloß sich David Edelstadt dem 1885 gegründeten Jüdischen Arbeiterverein in Cincinnatti an.

Mit der Immigration osteuropäischer Arbeiter und Arbeiterinnen in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nahm die amerikanische ArbeiterInnenbewegung einen raschen Aufschwung. Vor allem zwei Flügel bestimmten Inhalt und Strategie: der sozialdemokratische und der anarchistische. David Edelstadt zählte zu den Libertären, die das staatliche Regierungssystem auf revolutionärem Weg durch eine gerechte, gleiche und freiheitliche Gesellschaft ersetzen wollten. Diesem Ziel widmet er in den folgenden Jahren seine Kreativität als Dichter und Journalist.

III.

Seit 1886 radikalisiert sich die amerikanischen ArbeiterInnenbewegung in ihrem Kampf für den Achtstundentag. Zehn- bis zwölfstündige Arbeitstage, schlechtbezahlt, ohne Sozialversicherung und Altersrente, gelten als Regel. Höhepunkt der Mobilisierung sind die „Haymarket"-Ereignisse, die David Edelstadt nachhaltig beeinflussen und seine endgültige Hinwendung zur libertären Arbeiterbewegung bewirken.

Am 1. Mai 1886 streiken mehrere hunderttausend Arbeiter. Allein in Chicago demonstrieren 80.000 Menschen. Drei Tage später erschießt die Polizei zwei Demonstranten, die Streikbrecher am Betreten ihres Arbeitsplatzes hindern wollen. Die daraus entstehende Eskalation beschreibt der Schriftsteller Horst Karasek in seinem Buch „Haymarket": „Am 4. Mai 1886 wird in den Vereinigten Staaten zum ersten Mal eine Bombe geworfen. Sie fällt in einen Polizeitrupp, der eine Arbeiterkundgebung in Chicago zu sprengen

droht. Die Polizei eröffnet das Feuer. Auf dem Haymarket, dem Heumarkt, bleibt ein getöteter Polizist zurück (sechs weitere erliegen in den folgenden Wochen ihren Verletzungen); ungezählt bleiben die erschossenen Arbeiter. Eine Welle von Hysterie erfaßt Chicago. Schließlich wird acht Anarchisten der Prozeß gemacht; sechs von ihnen sind deutsche Einwanderer."

Als Organisatoren und Redner der Kampagne für den Achtstundentag werden sie, ohne konkreten Schuldbeweis, angeklagt und sieben von ihnen zum Tode verurteilt. Der eigentliche Grund ihrer Verurteilung liegt in ihrem Bekenntnis zum Anarchismus und zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Vier der sieben Todesurteile werden am 11. November 1887 vollstreckt; Albert Parsons, August Spies, Adolph Fischer und Georg Engel enden am Galgen, der 22jährige Zimmermann Louis Lingg verübt Freitod. Michael Schwab, Samuel Fielden und Oskar Neebe erklärt man nach sieben Jahren Freiheitsentzug für unschuldig. 1889 wird der 1Mai in Erinnerung an die „Märtyrer von Chicago" auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris zum weltweiten ‚Kampftag' der Arbeiterbewegung erklärt. David Edelstadt schreibt mehrere Gedichte über die sog. „Haymarket"-Märtyrer, die in der jiddischsprachigen „Frayen arbayter shtime" („Freie Arbeiterstimme") erscheinen. In „Der 11. November" erinnert er an die Hinrichtung der vier zum Tode verurteilten Libertären:

Der 11. November

Und wieder flattern die blutroten Fahnen!
Der Freiheit heilige Stimme erklingt!
Wieder wird das Volk erinnert
An die Kämpfer, die lebten und starben für die Freiheit!
In der Weltgeschichte werden wir uns wieder
An die Seiten der Märtyrer erinnern,
Die noch frisch sind vom Blut unserer Brüder,
Ermordet von Geldsäcken, Kirche und Staat!

Fünf verblutete Geister werden schweben
Über der Volkstribüne inmitten leidender Knechte;
Und uns unbezwingbaren Mut geben,
Zu leben und sterben für Freiheit und Gerechtigkeit!

Sie erinnern uns an den Willen
Den sie den Arbeitern hinterlassen haben:
„Kämpft für eure Freiheit! Nichts und niemand
Kann euch von dieser heiligen Botschaft abhalten!"

Schreckt nicht vor den Henkern und ihren Helfershelfern zurück!
Erkämpft und schlagt an die Freiheitsglocken!
Zeigt allen Sklaven auf der Welt an,
Dass der Tag der Befreiung kommen wird!

Und auf beiden Seiten des Atlantiks
Werden die Sklaven aller Nationen
Sich in Brüderschaft die Hände reichen
Und schwören alle Ketten und Throne zu vernichten.

IV.

Fortan setzt sich David Edelstadt für Gleichheit und Freiheit nicht nur der jüdischen ImmigrantInnen, sondern für alle unterdrückten und beleidigten Minderheiten ein.

Als er wegen seines gewerkschaftlichen Engagements den Arbeitsplatz verliert, geht er 1886 nach New York. Er engagiert sich dort in der „Jewish Workers Union" und in der – erfolglosen – Kampagne New Yorker ArbeiterInnen für die Wahl des „eine Steuer allein"-Verfechters Henry George um das Amt des Bürgermeisters von New York City. Außerdem nimmt er Einfluß auf den ersten jiddischsprachigen Kreis innerhalb der libertären Bewegung: die im Herbst 1886 als Reaktion auf die „Haymarket"-Ereignisse gegründeten „Pioniere der Freiheit". Dieser um Aufklärung und Politisierung unter jüdischen Immigrantinnen und Immigranten bemühten Vereinigung schließen sich auch die osteuropäischen Einwanderer Saul Yanovsky, Hillel Solotaroff und Alexander Berkman an.

Anfang 1889 erscheint David Edelstadts erstes Gedicht in jiddischer Sprache, das die jiddisch-anarchistische Zeitung „Di varhayt" („Die Wahrheit") abdruckt. Jiddisch ist die Sprache der osteuropäischen Juden vor der Shoa. Die Nationalsozialisten vernichteten mit den sechs Millionen Juden und Jüdinnen zugleich deren Alltagssprache. Zusammengesetzt ist sie aus Deutsch, Hebräisch, Aramäisch und mehreren slawischen Dialekten. Geschrieben wird Jiddisch von rechts nach links und mit hebräischen Schriftzeichen. Als ‚Väter' der jiddischen Literatur am ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert gelten Isaak Leib Perez, Mendele Mojcher Sforim und Sholem Alejchem.

Heute verschwindet das Jiddische als lebendige Sprache. Es existiert eigentlich nur noch in ultraorthodoxen Gemeinden. Bedenkt man, daß vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 90 Prozent der zehn Millionen Juden und Jüdinnen Osteuropas Jiddisch sprachen, so wird der unermeßliche und unersetzliche kulturelle Verlust umso deutlicher. Immerhin gewinnt das Jiddische als Kultursprache an Bedeutung. Der Sprachforscher und Jiddist Jean Baumgarten faßt dessen Besonderheiten zusammen: „Die jiddische Kultur kann nur im Zusammenhang mit der hebräischen Kultur verstanden werden und mit all den anderen Kulturen, mit denen die Juden in Kontakt waren. Das Jiddische läßt sich nicht isolieren. Das Hebräische ist die heilige Sprache, die Sprache der Kommentare, der Liturgie und der Gelehrten; das Jiddische hingegen hat sich einen Platz geschaffen, um Zugang zu bestimmten Aspekten der jüdischen Kultur zu finden, die vor allem aramäisch und hebräisch waren. Weil aber nicht alle Juden hebräisch konnten, mußten die wichtigsten Botschaften und Werte der jüdischen Identität anders vermittelt werden. Das Jiddische füllte diese Brückenfunktion aus."

V.

Für David Edelstadt öffnet sich mit seinem ersten 1889 in jiddischer Sprache publizierten Gedicht „Tsuruf der varhayt" („Ruf nach Wahrheit") eine neue Welt – weitere Gedichte, Prosa und Zeitungsartikel folgen. Er entscheidet sich Jiddisch zu schreiben und zu publizieren, um die zahlenmäßig große jiddischsprachige Bevölkerung zu erreichen.

Nachdem seine gesamte Familie von Kiew in die Vereinigten Staaten ausgewandert ist, kehrt David Edelstadt aus New York nach Cincinnati zurück. Die damalige politische Aufbruchstimmung innerhalb der amerikanischen Arbeiterbewegung in den Großstädten erlebt er zunächst als Hochgefühl. Allerdings mischen sich schon bald Enttäuschungen darunter, seine Hoffnungen und Träume verfliegen so rasch wie sie gekommen waren. Die teilweise harten ideologischen Flügelkämpfe innerhalb der amerikani-

schen ArbeiterInnenbewegung bedrücken ihn. Als unerträglich empfindet er es, daß sich die organisierte ArbeiterInnenschaft im alltäglichen Überlebenskampf aufreibt und untereinander statt Einigkeit ein Klima der Mißgunst und Entsolidarisierung vorherrscht.

VI.

Neben seinem gewerkschaftlichem Engagement, z.B. Geldsammlungen für streikende Arbeiter, beteiligt sich David Edelstadt der erfolgreichen Kampagne zur Freilassung der drei zu lebenslanger Haft verurteilten „Haymarket"-Aktivisten Samuel Fielden, Michael Schwab und Oscar Neebe. Außerdem vertieft er sich in die amerikanische und englische Literatur. Er setzt sich mit Fragen des Glaubens und der Religion auseinander. Beeinflußt von dem deutsch-amerikanischen Anarchisten Johann Most bemüht er sich in seinen Gedichten, den Leser von der Nichtexistenz Gottes zu überzeugen. Anstelle des Glaubens an Gott solle die Menschheit ihre Hoffnungen auf Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit ausrichten. David Edelstadt bezieht sich wiederholt auf biblische Traditionen, z. B. die Geschichte von Moses und den Auszug der Juden aus Ägypten. Am orthodoxen Judentum kritisiert er den seiner Meinung nach überholten Glauben an Gott und die Thora. Dagegen erklärt er die Revolution zum neuen Gott, Freiheit und Gerechtigkeit zur neuen Thora, Ferdinand Lassalle, Ludwig Börne, Michael Bakunin und Karl Marx zu den neuen Propheten. Der tradierte Gottesglaube solle überwunden und ersetzt werden durch eine Botschaft der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

VII.

Die bedeutendste Station im Leben David Edelstadts ist seine Mitherausgeberschaft an der jiddischsprachigen „Freien Arbeiter Stimme". Diese 1890 von jüdischen Immigranten aus Osteuropa in New York gegründete Zeitung steht Michael Bakunin und Peter Kropotkin näher als Karl Marx und Friedrich Engels. An das bis 1977 annähernd neun Jahrzehnte bestehende Blatt erinnert der deutsche Anarchosyndikalist Augustin Souchy: „Die Gruppen der Freien Arbeiter Stimme beteiligten sich an der Gründung und Förderung von Gewerkschaften, gaben Impulse zur Bildung von Workers Circles (Arbeiterbildungsvereine), begünstigten die Bewegung der Frauenemanzipation und unterstützten alle kulturellen Bestrebungen, vor allem die Pflege des jiddischen Sprachguts. Die Freie Arbeiter Stimme war kein farbloses Nachrichtenmagazin, auch kein bloßes Diskussionsforum für abstrakte Theorien einer zukünftigen Gesellschaft, sie war der Mittelpunkt der sozialen Avantgarde jüdischer Einwanderer auf dem amerikanischen Kontinent, stets bereit für Aktionen der internationalen Solidarität. Zugleich stellte es auch kontinuierliche Kommunikation zwischen den jüdischen Anarchisten in New York, Paris und London her." Als Herausgeber der „Freien Arbeiter Stimme" 1890/91 verdient David Edelstadt zum ersten Mal Geld für sein Schreiben. Er trägt intellektuelles Niveau in die Zeitung hinein, führt sie aus ihrer Pionierphase heraus und legt den Grundstein für ihr jahrzehntelanges Erscheinen.

VIII.

1891 erkrankt David Edelstadt schwer. Eine Tuberkulose bricht aus und zwingt ihn in ein Sanatorium in Denver – jedoch vergeblich. Am 17. Oktober 1892, gerade sechsundzwanzigjährig, stirbt er und wird zunächst auf dem jüdischen Friedhof in Denver/Colorado beerdigt, später umgebettet auf den dortigen Arbeiterfriedhof. Freunde und Verehrer errichten ihm ein Monument, das 1915 in Anwesenheit seines älteren Bruders Abe Edelstadt und jüdischen Radikalen enthüllt wird. Die Teilnehmer singen seine vertonten Gedichte:

Im Kampf

Wir werden gehaßt und vertrieben,
wir werden geplagt und verfolgt,
und alles nur, weil wir lieben,
das arme, schmachtende Volk!

Wir werden erschossen, gehangen,
man raubt uns Leben und Rechte,
dafür, daß wir Wahrheit verlangen
und Freiheit für arme Knechte.

Aber uns können nicht erschrecken
Gefängnis und Tyrannei.
Wir müssen die Menschheit erwecken,
sie werde glücklich und frei!

Schmiedet uns in eiserne Ketten!
Wenn ihr uns wie Raubtiere reißt
könnt ihr doch die Körper nur töten,
aber nicht unseren heiligen Geist!

Ihr könnt uns ermorden, Tyrannen,
neue Kämpfer wird bringen die Zeit,
und wir werden kämpfen, bis wir gewonnen
und bis wir die Erde befreit.

IX.

Zum Zeitpunkt seines Todes zählte David Edelstadt zu den bedeutendsten jiddischen Dichtern. Jiddische Literatur, vor allem Lyrik, existierte in den USA seit den 1870er Jahren. Abgedruckt in sozialistischen und libertären Zeitungen diente sie der politischen Aufklärung und rief die ArbeiterInnenschaft zur direkten Aktion auf. Die zentrale Bedeutung dieser Lyrik innerhalb der Printmedien bestand darin, daß sie jeweils auf der ersten Seite erschien, direkt neben dem Hauptartikel bzw. einer Illustration. Zumeist waren die Genres inhaltlich aufeinander abgestimmt. Die Gedichte thematisierten häufig tagesaktuelle Ereignisse. Allerdings markierte diese Lyrik nie nur die bloße Beschreibung sozialer Mißstände, sondern spiegelte stets auch den ideologischen Standort des jeweiligen Autors wider.

Wiederholt hob David Edelstadt die zentrale Bedeutung des revolutionären Engagements von Frauen hervor. Gleichberechtigung konnte er sich nur jenseits von Geschlechter- und Klassengrenzen sowie nach Überwindung von Rassismus und Judenhaß vorstellen. Im 1891 gedichteten „Tsu di arbayter froyen" schrieb er:

An die Arbeiterfrauen

Arbeiterfrauen, leidende Frauen
Frauen, die schmachten in Haus und Fabrik –
Warum steht ihr abseits? Warum helft ihr nicht bauen
den Tempel der Freiheit, des menschlichen Glücks?
Helft uns das Banner tragen, das rote
vorwärts, durch Sturm, durch finstere Nächte!
Helft uns Wahrheit und Licht zu verbreiten
unter unwissenden, armen Knechten.

Helft uns, die Welt aus dem Schmutz zu erheben,
opfert wie wir alles, was euch lieb;
wir kämpfen zusammen, wie mächtige Löwen
für Freiheit, für Gleichheit, für unser Prinzip!

Mehr als einmal haben edle Frauen
erzittern gemacht Henker und Thron:
Sie zeigten, man kann ihnen anvertrauen
im bittersten Sturm die heilige Fahne.

Erinnert euch an eure russischen Schwestern,
ermordet für die Freiheit vom Zar, dem Vampir,
zu Tode gemartert in steinernen Nestern,
begraben im Schnee des fernen Sibiriens.

Gedenkt der Namen, der heiligen Namen:
Petrowskaja, Helfman, Ginsburg und andere noch
Tausende, die stets davor sich schämten
sich gehorsam zu fügen ins Sklavenjoch!

So heldenmütig standen sie im Sturm
trugen ins Finster Hoffnung und Licht!
Rache nahmen sie an wilden Tyrannen
stolz blickten sie dem Tod ins Gesicht!

Erinnert ihr euch? Dann soll ihr Leben
euch begeistern! Ihr sollt mit Erfolg
lernen und denken, kämpfen und streben
für die Freiheit und das Glück des Arbeitervolks!

X.
Kunst und Literatur dienten der europäisch-amerikanischen ArbeiterInnenbewegung im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zur Aufklärung und Bildung der Menschen, damit sie sich selbstbewußt für eine Verbesserung ihrer sozialen Lebensverhältnisse einsetzten. Auch David Edelstadts Lyrik ist primär in ihrem zeitlichen Kontext zu betrachten; zugleich ist sie aufs engste mit seiner libertären Weltanschauung verknüpft. Seine poetische Ästhetik dient dem Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Seine Gedichte boten sich zur Vertonung an und wurden weltweit auf Demonstrationen und während Arbeiterstreiks gesungen. Auch innerhalb der deutschsprachigen ArbeiterInnenbewegung waren seine Texte bekannt. Zu verdanken ist dies etwa Rosa Luxemburg, die Teile seines Œuvres aus dem Jiddischen ins Deutsche übertragen hat.

Zugleich bemühte sich David Edelstadt um dichterische Einsichten jenseits der unmittelbaren Tagesaktualität: der Auszug der Juden aus ägyptischer Sklaverei, den er als ersten Widerstand gegen Unterdrückung innerhalb der jüdischen Tradition bezeichnete, der Kampf der Afroamerikaner gegen die Sklaverei, die Französische Revolution von 1789, die Pariser Kommune von 1871 und eine ihrer libertären Protagonisten, Louise Michel, oder die „Narodnaja volja", eine russische sozialrevolutionäre Organisation, die 1881 Zar Alexander II. ermordete.

An das jüdische Proletariat

Brüder, eine dreifache Kette wir tragen –
als Juden, als Sklaven, als Denker,
es martern uns zu Tode und jagen
die Antisemiten und Henker.

Es drückt uns in Rußland der wilde „kazap"
und hier, im Lande der Freiheit
kerkert man uns ein im finsteren „shop"
wo wir bluten an der Maschine.

Die jungen Blumen, die eben erst
ihr zartes Blühen begonnen hätten
werden zertreten von Geldsäcken und Thron
gepeinigt in Sklavenketten!

Man macht uns zu Bettlern, man macht aus uns Knechte,
man würgt uns, man beugt uns nieder,
man sagt uns: Alles das ist für euch das Rechte,
beraubt man euch, dürft ihr nicht schreien.

Doch Brüder, es lebt noch der heilige Geist
der zum Helden macht auch den Schwachen,
der Kerker zerstört, die Ketten zerreißt
und befreit die geplagten Sklaven!

Er wird uns helfen, vom dreifachen Fluch
die Arbeitermasse zu erlösen,
nur dann kann die Menschheit ihr Tagebuch
ohne Tränen, ohne Schande lesen.

Brüder, diese leidende Erde
müssen wir von Ketten, von Tränen befreien!
Schulter an Schulter, mit Panzer und Schwert
vorwärts in kämpfenden Reihen!

Je schwerer der Streit, umso süßer der Sieg
umso prachtvoller sind die Früchte,
und wer fällt in dem Freiheitskrieg
der lebt in den kommenden Generationen!

Was taugt uns zu leben ohne Freiheit, ohne Recht
unter der Peitsche von Tyrannen?
Wie lange werden wir Knechte bleiben,
Sklaven ohne Heim – bis wann denn!?

Brüder, schwört: Die blutgetränkte Erde,
das Volk von Tyrannen befreien!
Schulter an Schulter, mit Panzer und Schwert
vorwärts in kämpfenden Reihen!

XI.
David Edelstadts libertäre Utopie überschritt Nationalgrenzen ebenso wie diejenigen von „Rasse" und „Geschlecht". Seine Gedichte beschreiben gesellschaftliche Verhältnisse aus der Perspektive eines Revolutionärs. Sie sollen aufklären und zur befreienden Tat führen.

Das originär ‚Jüdische' an seiner Revolutionslyrik ist die Sprache, in der sie geschrieben ist. Daß er jiddisch dichtete hing vor allem damit zusammen, daß diese Sprache von einem Großteil der jüdischen ImmigrantInnen verstanden wurde. David Edelstadts nachhaltiges Verdienst liegt darin, daß er dem jiddischen Zeitgedicht die Anerkennung als authentische Literaturgattung verschafft hat.

Literaturhinweis:
David Edelstadt, Mein Vermächtnis. Publizistik und Lieder aus der jüdischen Arbeiterbewegung in Amerika. Ausgewählt und aus dem Jiddischen übersetzt von Thomas Soxberger. Wien 1998 (Verlag Monte Verita = Edition Wilde Mischung Band 17)

Unermüdlich publiziert die Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand Bücher zum Themenkreis Widerstand im Nationalsozialismus; nachdem zwei der ersten Bände bereits vergriffen sind, Helmut Kirschey's *„A las Barricadas"* auch über Wuppertal hinaus seine LeserInnen findet, wurden nach David M. Mintert's Studie im letzten Jahr über *„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold"* (edition wahler, 2003; ISBN: 3-9808498-2-1, 153 S., 13 Euro) im neuen Jahr fast gleichzeitig zwei neue Veröffentlichungen vorgelegt. Einmal ein Band über die Jugendopposition und den Jugendwiderstand in Wuppertal von 1933 bis 1945: Christian Schott und Sven Steinacker: *„Wilde Gesellen am Wupperstrand, verfolgt von Schirachs Banditen".* edition wahler, 2004. 225 S., 17 Euro ISBN: 3-9808498-8-0. Diese Studie untersucht die Bündische Jugend, die Edelweisspiraten sowie ihre Auseinandersetzungen mit der Hitlerjugend. Zum anderen eine von Dieter Nelles herausgegebene Broschüre zum Geburtstag des Anarchosyndikalisten Hans Schmitz *„Umsonst is dat nie. Widerstand – ein persönlicher Bericht".* Besonders erfreulich sind hier jede Menge privater Fotobeigaben. edition wahler 2004, 48 S., 4.-Euro, ISBN: 3-9808498-9-9.

Die Lübecker *Erich-Mühsam-Gesellschaft* publizierte ihr *Heft 23* der Schriften u.a. mit der Preisverleihung des Mühsam-Preises an die Junge Welt und gesammelten Presseartikeln zu Mühsams 125. Geburtstag im Jahr 2003. EMG 2004, ISBN: 3-931079-31-7. Interessanter ist das *Heft 10* des Mühsam-Magazins der Erich-Mühsam-Gesellschaft (EMG 2003, ISBN: 3-931079-30-9, 12,50 Euro). Neben Mühsam-Briefen (u.a. an Heinrich Mann) druckt es zahlreiche Beiträge ab, die sich mit Mühsam beschäftigen oder einen Bezug zu Mühsam herstellen. So z.B. Christoph Knüppels Beitrag *„Antisemitische Hetze gegen Erich Mühsam in der Endphase der Weimarer Republik".* Vertreten ist auch Nikolaus Brauns, dessen Beitrag die Mühsam-Passagen aus seinem Buch zusammenfasst:

In Nikolaus Brauns Buch *„Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deuschland 1919–1938"* (Pahl-Rugenstein, 2003, ISBN: 3-89144-297-1, 354 großformatige Seiten, 32 Euro) wird Erich Mühsam häufig erwähnt, sowohl als zu unterstützender Gefangener wie auch als Veranstaltungsredner für die Rote Hilfe, z.B. vor der Berliner Volksbühe am 4.1.1925 zusammen mit dem KPD-

Alexander Navajo

und die Sorge um die

Führer Wilhelm Pieck. Ein eigenes Kapitel *„Erich Mühsam zwischen Anarchismus und Rote Hilfe"* beschreibt recht kenntnisreich Mühsams Versuche, die Rote Hilfe als überparteiliche, aber revolutionäre Organisation zu nutzen, um eine Einheitsfront revolutionärer Kräfte zumindest für diese konkrete Unterstützungsarbeit politischer Gefangener herzustellen. Nicht verschwiegen werden die Konflikte, die sich für Mühsam und andere Anarchisten, wie Herbert Wehner, aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit Kommunisten mit der FAUD und FKAD ergaben und nicht verschwiegen wird, der mangelnde Einsatz der RH für politische Gefangene in der Sowjetunion unter denen sich zahlreiche Anarchisten und linke Sozialrevolutionäre befanden.

Das *Komitee für Grundrechte und Demokratie* legte die Vorträge einer Tagung in der Ev. Akademie Arnoldshain im September 2003 vor, die sich mit der *„Politik sozialer Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression"* beschäftigt. KfGuD 2004, ISBN: 3-88906-107-9. 10Euro. Beiträge lieferten u.a. Rainer Roth: Menschenrechte und die „Krise" des Sozialstaats; Markus Wissen: Globale soziale Bewegungen und radikale Kritik; Harald Rein: Existenzgeld – eine Forderung von Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehern; Wolf-Dieter Narr: Perspektiven einer menschenrechtlich begründeten Politik des Sozialen oder Rolf Schwendter: Die Zukunft des Sozialstaats.

Durchaus auch gegen Sozialabbau, aber noch mehr mit der Militarisierung Europas haben sich Autoren wie Norman Paech, Karl Kopp u.a. beschäftigt. Unter dem Ansatz, die Militarisierung der EU und die Flüchtlingsabwehr in einen inneren Zusammenhang zu bringen, haben Rudi Friedrich (vom antimilitaristischen Connection e.V.) und Tobias Pflüger (seit kurzem Tübinger Europa-Abgeordneter als Unabhängiger auf der PDS-Liste) in der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft ein Buch zusammengestellt *„In welcher Fassung ist Europa?"* (ISBN: 3-931786-37-4; 9 Euro). Besonders interessant sind hier auch die Beiträge, die über das Thema hinausweisen und die Folgen der EU-Politik für Serbien und die Türkei darstellen: Coskun Üsterci: *„Türkei: Exportschlager Militär".*

Im Unrast-Verlag veröffentlichte *Vera Bianchi* 2003 ihre Forschungsarbeit zu den *Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg: Feministinnen in der Revolution.* Die Gruppe Mujeres Libres. Auch wenn sich die Mujeres Libres nicht als Feministinnen im heutigen Wortsinn verstanden haben, sondern als anarchistische Revolutionäre ist das Buch doch lesenswert, weil es nochmals (nach Ackelsberg, Buselmeier, Kamann u.a.) verdeutlicht, wie schwierig es auch für anarchistische Frauen war, in einer anarchistischen Revolution die Rollenzuweisung durch ihre männlichen Genossen zu durchbrechen. Besonders schön sind die Bildbeigaben in Bianchis Buch. (Zum Thema vgl. auch: Schwarzer Faden Sondernummer Feminismus, 4 Euro, im Nachdruck lieferbar).

Im Aufbau Taschenbuchverlag erschien 2004 ein Buch mit Beiträgen deutschsprachiger SchriftstellerInnen zum Spanischen Bürgerkrieg: *„Die Kinder von Guernica,* (ISBN: 3-7466-8102-2, 8,95 Euro). Es handelt sich um eine umfassende Anthologie zum Spanischen Bürgerkrieg, die

Wilde Gesellen, Spitzel, Anarchistinnen : Menschenrechte



die unterschiedlichsten Ansichten nicht ausblendet sondern bewusst nebeneinander stellt. Wilfried F. Schoeller versammelte die Beiträge und beendet das Buch mit seinem lesenswerten Beitrag *„Im Spannungsfeld der Ideologien"*. Als ersten Beitrag wählte Schoeller einen Auszug aus Augustin Souchys Buch *„Nacht über Spanien"*: „Der 19. Juli 1936", in dem der Anarchosyndikalist den Ausbruch der sozialen Revolution in Barcelona beschreibt. (Das vollständige „Nacht über Spanien" erscheint im übrigen in einer sprachlich völlig überarbeiteten Form zur Buchmesse 2004 neu in der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft). Wer jedoch zunächst einen Überblick bekommen will, dem sei diese Anthologie empfohlen, mensch findet dort u.a. auch *Paul Thalmann: „Bei der anarchistischen Miliz"* (ein Auszug aus Paul und Clara Thalmann: Revolution für die Freiheit, lieferbar in der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft); *Carl Einstein: Die Kolonne Durruti, Karl Otten: Santa Catalina u.v.a. wie Alfred Kantorowicz, Heinrich Mann, Willy Brandt, Arthur Koestler, Franz Werfel, Gustav Regler ...*

Verleumdungskampagnen und ideologische Grabenkämpfe haben auch innerhalb des republikanischen und revolutionären Lagers in Spanien zu zahlreichen Verhaftungen geführt, eine Tatsache, die häufig von Spitzeln eingeleitet wurde. Dieser speziellen käuflichen Spezies Mensch widmen die Herausgeber *Markus Mohr und Klaus Viehmann* ein neues Buch im *Assoziation A-Verlag: Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte,* ISBN: 3-935936-27-3. Die Leser bekommen einen wahrlich vielfältigen Überblick, von der Bespitzelung Bakunins bis zu FBI-Spitzeln, vom V-Mann Adolf Hitler bis zum Ministerium für Staatssicherheit, von preußischen Spitzeln bis zu den V-Männern der NPD, von Spitzeln im Knast bis zu bespitzelten Spitzeln ... die Texte lassen nichts aus und könnten doch vermutlich problemlos einen Band 2, einen Band 3, einen Band 4 hinzufügen.

Allein klären kann der Band auch nicht alle offenen Fragen wie das Kapitel um den Fall Ulrich Schmücker verdeutlicht, dessen Exekution durch die Gruppe „Schwarzer Juni" nicht unwesentlich zur Entsolidarisierung vieler Linksradikaler mit dem bewaffneten Kampf der selbsternannten revolutionären Avantgarde beigetragen hatte. Hier überzeugt Markus Mohr, der Autor des Beitrags seine heutigen LeserInnen nicht: sein Verweis auf zwei weitere V-Männer, die im Umfeld des „Schwarzen Juni" zu finden waren und von denen einer, Jürgen Bodeux, die Tatwaffe zur Hinrichtung im Juni 1974 beschaffte, lässt den Eindruck entstehen, dass der Verfassungsschutz, der seinen Spitzel Schmücker einerseits ins offene Messer der Revolutionäre laufen ließ, auch mehr oder weniger hauptverantwortlich für die Ausführung der Exekution gewesen sei. Die Rolle der authentischen Revolutionäre, ihre Selbstüberschätzung, ihre stalinistische Denkweise, ihre Blindheit für die eigene Infiltriertheit und ihre falsche Einschätzung gesellschaftlicher Realität hätten an dieser Stelle im Buch durchaus eine kritische Analyse erfordert, die mit revolutionären Mythen aufräumt, um zukünftige selbstinszenierte „Volkstribunale" unmöglicher zu machen.

Damit soll dieses Buch jedoch nicht abqualifiziert werden, es enthält zahlreiche „bessere" Beiträge, darunter auch einen von Raul Zelik: „Der Spitzel und das Massaker. Die kolumbianische Variante".

Derselbe Autor brachte im selben Verlag gemeinsam mit *Sabine Bitter und Helmut Weber* ein sehr lesenswertes „literarisches Tagebuch" zur aktuellen Situation in Venezuela heraus. *„Made in Venezuela. Notizen zur bolivarischen Revolution."* (Assoziation A, ISBN: 3-935936-28-1). Stil und Inhalt des Buches sind empfehlenswert, besonders da über die Regierung Chavez und ihre Opponenten wenig verlässliche Informationen zu bekommen sind. Im Buch wird der Putsch gegen Chavez im April 2002 beschrieben und es wird deutlich, weshalb er scheiterte. Genau die Umstände des Scheiterns sind es, die anarchistische LeserInnen besonders interessieren: die Massenmedien konnten unterlaufen werden!

„Es kommt zu einer Massenrevolte gegen die Massenkommunikationsmittel: Eine Mehrheit verweigert sich der Hegemoniemaschine. Zwar werden eine Reihe alternative Medien abgeschaltet, aber direkte Kommunikationsformen ersetzen die Politik der Repräsentation. Über das Telefonat, Internet und die motorizados – die organisierten chavistischen Motorradfahrer, die Informationen von einem Ort der Stadt in den anderen tragen – verbreitet sich die Nachricht, dass alles ganz anders ist, als die Fernsehsender berichten. In den nächsten 40 Stunden werden sich überall dort wo (der abgesetzte) Chavez vermutet wird, meist vor Kasernen, Menschen versammeln." (S. 63)

(Die Titel der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft und der edition wahler sind auch

Drei Jahre Trotzdem Verlagsgenossenschaft

Nicht nur wird der Schwarze Faden wieder regelmäßig zu lesen sein, sondern auch der Trotzdem Verlagsgenossenschaft wird in Zukunft wieder eine Plattform zur Verfügung stehen, in der wir über Neuigkeiten, Entwicklungen und Pläne zu berichten können. Allerdings ist die Freude über die positive Entwicklung beim Schwarzen Faden nicht ungetrübt. Denn Wolfgang Haug, Initiator und Begründer sowohl der Zeitschrift als auch des Trotzdem Verlags und später der Verlagsgenossenschaft, hat sich aus der Alltagsarbeit des Verlags zurückgezogen und wird sich in Zukunft nur noch um den Schwarzen Faden kümmern. Wie wichtig die Zeitschrift für die anarchistische Szene ist, haben nicht zuletzt zahlreiche Anfragen nach einer neuen Ausgabe im letzten Jahr gezeigt. Die Konzentration auf den Schwarzen Faden ist aus Sicht des Verlags zu bedauern, doch angesichts von Privatleben, Job und politisch-publizistischem Engagement nur zu verständlich. Auch wenn er auf der letzten Mitgliederversammlung am 19. Juni nicht mehr für den Vorstand kandidierte, bleibt er dem Verlag mit seinen Kontakten, seiner Erfahrung und als Redakteur des Schwarzen Fadens erhalten. Dir lieber Wolfgang ein herzliches Danke schön für die letzten 26 Jahre und auf gute Zusammenarbeit in der neuen Konstellation.

Mit Wolfgangs Rückzug aus der Alltagsarbeit ist auch ein weiterer Einschnitt verbunden: Das Verlagsbüro ist in den letzten Monaten fast vollständig von Grafenau nach Frankfurt umgezogen. (Siehe Kasten) Im Rhein-Main-Gebiet bildete sich inzwischen um Aufsichtsrat und Vorstand eine Gruppe von Leuten, die in Zukunft die Verlagsarbeit tragen wird. Noch sind längst nicht alle Arbeitsbereiche abgedeckt und die Gruppe wird sicherlich noch wachsen (müssen), doch langsam kann eine der zu Grunde liegenden politischen Ideen, die genossenschaftliche Arbeitsteilung, umgesetzt werden.

Ist auch die Neuorganisation des Verlags zeitweilig in den Vordergrund getreten, so haben wir doch in 2004 bereits 3 neue Bücher veröffentlicht:

Die 100 „schönsten" Schikanen gegen Fußballfans, herausgegeben vom Bündnis aktiver Fußballfans erschien bereits im Januar. Das Buch enthält viele Beiträge von Fußballfans über die Repression und Willkür rund ums Stadion, über Zensur, Datenbanken, Reisebeschränkungen, DNA-Analysen oder Videoüberwachung durch Polizei und Ordnungsdienste. Doch das Buch zeigt vor allem auf, dass das geschilderte Verhalten kein Zufall und keine spezielle „Behandlung" von Fußballfans ist, sondern Ausdruck einer umfassenden Tendenz staatlicher Repression. Von diesem Buch ist für den Herbst bereits die dritte Auflage geplant.

In welcher Verfassung ist Europa. Europäische Union und Flüchtlingsabwehr, herausgegeben von Rudi Friedrich und Tobias Pflüger macht deutlich, dass die EU eine umfangreiche Abschottungs- und Militärpolitik entwickelt und wie diese im Rahmen der geplanten EU-Verfassung legitimiert werden soll.

Zu diesem Buch ist im November von mit der DFG-VK Hessen eine Veranstaltungsreihe mit Rudi Friedrich geplant. Interessenten können sich bis Mitte August bei der DFG-VK, Tel.: 069-43 14 40 oder E-Mail: dfgvkhessen@t-online.de, melden.

Und ab Mitte Juli ist endlich der lange angekündigte utopische Roman von William Morris, Kunde von Nirgendwo, im Handel.

Kunde von Nirgendwo, 1890 erstmals erschienen und längst schon ein Klassiker der utopischen Romane, ist der Entwurf einer nachindustriellen Zukunft. Die kapitalistische Ordnung ist unter gegangen und einer Gesellschaft gewichen, die den sinnlichen Fähigkeiten und den ästhetischen Bedürfnissen der Menschen Raum gibt.

Für den Herbst geplant sind Nacht über Spanien, Augustin Souchys Bericht über seine Erlebnisse im Spanischen Bürgerkrieg; Noam Chomskys Analyse der US-Politik im Nahen im Mittleren Osten Pirates and Emperors; von M. Wilk u.a. zusammengestellte Beiträge sowohl zur Geschichte der Sozialen Bewegungen in Deutschland als auch zu deren aktuelle Fragestellungen Soziale Bewegung zwischen Kooperation und Konfrontation, sowie ein Buch über die Kunst des kreativen Straßenprotests. Straßentheater, Reclaim-the-Street-Parties, Demoblöcke in Pink und Silber – neue Aktionsformen, entstanden aus dem Zusammentreffen von Aktivismus und Kunst, Alltagserfahrungen, neuen politischen Theorien und vielem mehr sind in den letzten Jahren immer stärker Teil des öffentlichen Protests geworden. Beschrieben werden im Buch viele unterschiedliche Aktionsformen, ihre Herkunft und die Möglichkeiten ihrer Anwendung.

Diesen kurzen Überblick über die Arbeit des Verlags möchte ich nicht ohne den Hinweis schließen, dass die Genossenschaft auch weiterhin die Unterstützung in Form neuer Genossinnen und Genossen bedarf. Knapp 150 Mitglieder sind auf Dauer als Grundlage unserer Arbeit zu wenig. Wer also unsere Arbeit als neues Mitglied unterstützen möchte kann entweder die Beitrittserklärung ausfüllen und uns zuschicken oder sich vorher bei uns über genauer informieren.

Dieter Schmidt
Trotzdem Verlagsgenossenschaft

Trotzdem
Verlagsgenossenschaft eG

Beitrittserklärung

An: **Trotzdem Verlagsgenossenschaft eG,**
Verlagsbüro Schmidt, Mainzer Landstrasse 107, 60329 Frankfurt

Von: ....

Adresse: ....

Datum:

Betreff: Antrag auf Mitgliedschaft in der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft EG

Ich möchte Mitglied in der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft werden und zeichne

.... Genossenschaftsanteile zu je 250 Euro.

Den Betrag/Gesamtbetrag über .... überweise ich innerhalb eines Monats auf das Konto

Trotzdem-Verlagsgenossenschaft eG

Darmsheimer Bank eG, BLZ 600 698 42, Ktonr. 22 432 000

Das Geld ist für die Arbeit der Trotzdem Verlagsgenossenschaft eG bestimmt und darf nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Alle Unterzeichner und Unterzeichnerinnen dieser Beitrittserklärung werden einmal jährlich zur Vollversammlung der Genossenschaft eingeladen und können den Weg des Verlags auf diese Weise mit beeinflussen. Alle Mitglieder werden über Rundbriefe über wichtige Entwicklungen und Entscheidungen informiert und können jedes Buch (auch mehrfach) zu 30% Rabatt beziehen.

Persönliche Angaben

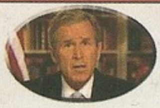
Name/Vorname ....

Adresse ....

PLZ/Ort ....

Tel/Fax ....

e-mail (wichtig für Infos) ....



"Let me explainify the war against Iraq a little bit in Texas terminologragy."

We Shell not EXXONNERATE Saddam Hussein for his actions.
We will Mobilize to meet this threat in the Persian Gulf until an AMOCOble solution is reached.
Our plan is to BPrepared.
Failing that, we ARCOming to kick his ass.

DemocracyMeansYou.com